

JAHRESBERICHT 2014

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



JAHRESBERICHT 2014
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT FLUCHT UND ASYL	6
Lampedusa in der Bundesrepublik	7
«Strom & Wasser» – Floßtour im Sommer 2014	9
Refugees Welcome – Was heißt hier «willkommen»?	10
Geförderte Projekte zum Schwerpunktthema	12
Rassismus im Gesundheitswesen	12
Unterstützung über nationale Grenzen hinweg	13
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	14
Die Fellowships	15
We do Care! Sorgen für Morgen	16
II. Streikkonferenz in Hannover	17
Angriff auf die Demokratie als Lebensform	18
«Luxemburg Lectures»	19
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	20
Veranstaltungen zu TTIP und TISA	21
Die schwedische Künstlerin Gunilla Palmstierna-Weiss zu Gast in Deutschland	22
«Politik als Veränderungsprojekt»	22
Neues Format: Bildungsmaterialien	23
STIFTUNGSVERBUND	24
Bildungsarbeit in den Ländern	24
Baden-Württemberg: Zu Ehren von Ernst und Karola Bloch	26
Bayern: Die Waffen nieder!	26
Berlin: Edward Snowden – Wer schützt uns vor der NSA?	27
Brandenburg: Der Weg in die deutsche Einheit	27
Bremen: Drohnenkriege	28
Hamburg: Südafrika 2014 – Zwanzig Jahre nach der Apartheid	28
Hessen: Rojava und das «Terrorkalifat»	29
Mecklenburg-Vorpommern: Die Benjamins. Eine deutsche Familie	29
Niedersachsen: Veranstaltungsreihe «Fußball und Gesellschaft»	30
Nordrhein-Westfalen: Re:Organisieren der Linken in der Krise	30
Rheinland-Pfalz: 200. Geburtstag von Jenny Marx	31
Saarland: Linsen aus St. Petersburg	31
Sachsen: Nachhaltigkeit versus Wachstumsdenken	32
Sachsen-Anhalt: Zweite Hochwasserkonferenz in Magdeburg	32
Schleswig-Holstein: Antimilitaristische Hafenrundfahrt in Kiel	33
Thüringen: Gedenken an 1989 und die «Offene Arbeit Erfurt»	33
ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	34
Bindeglied zwischen Nordafrika und Europa	35
Zwischen Fußball-Weltmeisterschaft und Ökosozialismus	36
Perspektiven der Friedenspolitik	36
Linke in der Regierung	37
Adressen Auslandsbüros	38

GEFÖRDERTE PROJEKTE	40
DAS STUDIENWERK	50
Bildung ohne Grenzen	52
Zur Situation von Geflüchteten in österreichischen Sammelunterkünften	53
Vertrauensdozentinnen und -dozenten	54
POLITISCHE KOMMUNIKATION	56
«Die Bestellungen sind deutlich gestiegen»	57
Hinter den Kulissen des schönen Scheins	58
Die Zeitschriften der Stiftung: LuXemburg und RosaLux	59
ARCHIV UND BIBLIOTHEK	60
Profilierung des Archivbestandes	60
Ausstellung zum Tag der Archive	61
Die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung	61
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	62
1914 – 1939 – 1989. Wendepunkte europäischer Geschichte	62
«Nach dem Schlachtenlärm»: Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges	63
Bundestag bewilligt Baumittel für die Rosa-Luxemburg-Stiftung	64
In memoriam Dieter Schlönvoigt	65
Eindrücke vom NSU-Prozess	66
Treuhandstiftungen	67
10. Hermann-Henselmann-Kolloquium: Urban Austerity	67
PERSONALENTWICKLUNG	68
GREMIEN	70
Wachsende Bedeutung und Verantwortung der Rosa-Luxemburg-Stiftung	70
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	71
Mitglieder des Vorstandes	72
Neue Gesichter im Vorstand	73
Wissenschaftlicher Beirat	73
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats	74
Moderne Dialogforen	75
Gesprächskreise	75
ORGANIGRAMM	76
STIFTUNGSHAUSHALT	78
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	84

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ban Ki Moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat das Jahr 2014 als eines der schlimmsten Jahre in der internationalen Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Der fortdauernde Bürgerkrieg in Syrien mit bislang mehr als 200.000 Toten, der Vormarsch des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak, die fortdauernde Gewalt und Destabilisierung in Libyen, Somalia und anderen afrikanischen Staaten, ein erneuter Gaza-Krieg mit über 2.000 Toten und aus europäischer Sicht nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine sind nur einige der vielen Konflikte, die dieses traurige Urteil bestätigen. Eine solche internationale Zuspitzung stellt auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Hinblick auf ihre analytische, politikbegleitende und ihre Bildungsfunktion vor vielfältige Herausforderungen.

Analytisch ist die Stiftung gefordert, weil sie immer wieder darauf hinweisen muss, dass eine verfehlt deutsche, europäische und Nato-Politik zu manchen dieser Konflikte erheblich beigetragen hat. Beispielhaft sei hier auf eine Politik gegenüber Russland verwiesen, die nicht dem Geist entspricht, der aus der sowjetischen Akzeptanz der deutschen Einheit 1990 erwächst. Ein weiteres Beispiel für eine solche verfehlt Politik ist die vor allem von Großbritannien und Frankreich betriebene Militärintervention gegen das diktatorische Gaddafi-Regime im Jahr 2011, in deren Folge Libyen zunehmend zu einem Land geworden ist, in dem Gewalt herrscht, das mit Waffen überschwemmt ist, in dem sich dschihadistische Gruppen ausbreiten und das Ausgangspunkt für Fluchtbewegungen über das Mittelmeer ist. An die westliche Verantwortung zu erinnern bedeutet etwa im Falle Russlands allerdings nicht, sich positiv auf die Regierung Putin zu beziehen, deren Politik es auch dem Moskauer Stiftungsbüro und seinen Kooperationspartnerinnen und -partnern schwer macht, emanzipatorische Arbeit zu leisten.

Nicht alle Entwicklungen bedürfen neuer Erklärungen und Deutungen, aber manche durchaus. Der – mittlerweile zunächst gestoppte – Vormarsch des IS hat das Freund-Feind-Schema im Nahen und Mittleren Osten zumindest in Ansätzen erschüttert, wie sich etwa im Verhältnis zwischen den USA und dem Iran erahnen lässt. Auch die Rolle der Kurdinnen und Kurden und gerade auch der türkischen PKK sowie der syrischen PYD wird in Deutschland seit dem letzten Jahr anders betrachtet, waren es doch in erster Linie kurdische Kräfte, die – mit US-amerikanischer Hilfe – den IS-Vormarsch in Kobanê stoppten und den Eziden zur Hilfe kamen.

Der Aufstieg Chinas erst zur ökonomischen und nun zunehmend auch zur politischen und militärischen Weltmacht ist deutlich erkennbar; was genau dieser Aufstieg für die Situation in den einzelnen Weltregionen bedeutet, wird sich zeigen. Das gilt mehr noch für die Auswirkungen des Klimawandels



Dagmar Enkelmann und Florian Weis

auf die Konflikte und Machtkonstellationen in der Welt. Dass Wassermangel, Kämpfe um Energieressourcen, klimabedingte Fluchtbewegungen und andere Folgen ökologischer Krisen den Frieden gefährden, ist klar, doch welche Anforderungen das an eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik stellt, bedarf erheblicher analytischer und konzeptioneller Anstrengungen. Dies gilt auch für die über Jahre gewachsene Entwicklung, bei der gewaltsame Konflikte zwischen Staaten durch asymmetrische Konfliktverläufe nicht staatlicher Akteure überlagert wurden.

In der inländischen Bildungsarbeit der Stiftung haben im Jahr 2014 vor allem die Auseinandersetzung mit dem Vormarsch des IS und die Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden eine wichtige Rolle gespielt. Ein weiteres internationales Thema, das in der Bildungsarbeit in Deutschland und in unseren Büros in Brüssel und New York intensiv bearbeitet wurde, ist die «Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft» (TTIP). Dabei interessierte die Stiftung weniger das oft zitierte Chlorhühnchen als vielmehr die Sorge, dass das geplante Abkommen die normalen staatlichen Rechtswege durch nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichte ebenso gravierend schwächen könnte wie die kommunale, föderale und nationale Daseinsvorsorge. Diese und andere mögliche Einschränkungen der demokratischen Rolle von Legislative, Exekutive und Judikative in Deutschland und der Europäischen Union könnten aber einen ohnehin schleichend verlaufenden Prozess der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie, die bisweilen als «Postdemokratie» bezeichnet wird, verschärfen. Wenn Parlamente und die für sie kandidierenden Politikerinnen und Politiker sowie Parteien immer weniger gestalten und entscheiden können, leistet dies sinkenden Wahlbeteiligungen und einer wachsenden sozialen Spaltung der Wählerschaft Vorschub.

Angesichts des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung an diesen Epochenbruch und seine Nachwirkungen erinnert. Die wissenschaftliche Kontroverse um den australischen Historiker Christopher Clark und seine Einordnung des Kriegsbeginns 1914 ist in ihren empirischen Befunden durchaus ernst zu

nehmen, wenngleich seine Schlussfolgerungen, die auf eine Entlastung der deutschen Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg, wie sie mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor von Fritz Fischer postuliert wurde, von den meisten Referentinnen und Referenten der Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht geteilt wurden. Der Erste Weltkrieg war tatsächlich ein globaler Krieg, und so hat die Stiftung in vielen ihrer Auslandsbüros, so etwa in Südafrika, wo der Krieg in der Erinnerungskultur sehr präsent ist, Projekte aus diesem Anlass durchgeführt. Der Bogen der Geschichtsarbeit wurde dabei auch zu anderen Jahrestagen geschlagen, so etwa der Erinnerung an die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im Jahr 1994, aus denen Nelson Mandela als erster schwarzer Präsident hervorging, oder den 25 Jahren Umbruch und Wende in der DDR und anderen realsozialistischen Ländern.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit Jahren als gleichberechtigte Partnerin unter den sechs parteinahen politischen Stiftungen anerkannt. Mit der erstmaligen Bewilligung von Haushaltsmitteln für ein Bauvorhaben im Juni beziehungsweise November 2014 für die Bundeshaushalte 2014 und 2015 samt weiterer Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2016 bis 2018 wird künftig auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen eigenen Standort bekommen. Dieser wird an der Straße der Pariser Kommune 8 in Berlin-Friedrichshain entstehen, unweit unseres jetzigen Sitzes am Franz-Mehring-Platz 1. Von der Pariser Kommune 1871 ist es nur ein kleiner gedanklicher Schritt zu Karl Marx, dessen 200. Geburtstag am 5. Mai 2018 mit Sicherheit in vielerlei Art begangen wird – von uns, neben vielen anderen Aktivitäten, wahrscheinlich mit der Einweihung unseres neuen Stiftungsgebäudes.

Am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow in Thüringen zum ersten Ministerpräsidenten aus den Reihen der LINKEN gewählt. Seine rot-rot-grüne Regierung hat sich eine Reihe von Veränderungen zum Ziel gesetzt, zu denen auch eine andere, positivere und offenere Haltung gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderinnen und Zuwanderern sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus und die fragwürdigen Verquickungen rund um den mörderischen NSU gehören. Diese Themen hat Bodo Ramelow in seiner vierjährigen Zeit als Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung bis zum November 2014 aktiv vorangetrieben und begleitet, zusammen mit anderen Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung, wie der Schwerpunkt dieses Jahresberichts zeigt. Wir danken Bodo Ramelow für seine außerordentlich intensive Mitarbeit und Unterstützung und wünschen ihm, der natürlich Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung bleibt, für seine Arbeit als Ministerpräsident des Freistaates Thüringen alles Gute und viel Erfolg.

DR. DAGMAR ENKELMANN
Vorsitzende des Vorstandes

DR. FLORIAN WEIS
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

SCHWERPUNKT FLUCHT UND ASYL

Im Jahr 2014 standen die Themen Flucht und Asyl besonders häufig auf der politischen Tagesordnung. Es lässt sich sogar mit einigem Recht sagen, dass dies das Jahr eines zweiten «Asylkompromisses» war: Seit 1993, als das Asylrecht nach Artikel 16 des Grundgesetzes faktisch abgeschafft wurde, hat es nicht so viele Neuregelungen zur Aufnahme von Schutzsuchenden in Deutschland gegeben. Wie zu Beginn der 1990er Jahre sind einzelne positive Änderungen aber vor allem durch strengere Richtlinien, verstärkte Repressionen und die Ausweitung der Gründe für Abschiebungen erkaufte worden.

Eine zentrale Frage ist nach wie vor, wer überhaupt als «schutzwürdig» zu gelten hat – und welche der Schutzwürdigen besondere Aufmerksamkeit verdienen. Die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als «sichere Herkunftsländer» legitimierte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag etwa damit, dass durch die schnellere Ablehnung von «offensichtlich unbegründeten» Asylanträgen aus dieser Region Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak bevorzugt behandelt werden könnten. Nicht nur Politikerinnen und Politiker der Oppositionsfractionen wiesen darauf hin, dass deutsche Gesetze andere Länder nicht «sicher» machen, im Falle der genannten Balkanstaaten vor allem für Roma, albanische Minderheiten sowie Lesben und Schwule. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisierte, dass verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt worden seien für «längst überfällige halbherzige Verbesserungen» etwa im Bereich der Finanzierung des Lebensunterhalts und der Unterbringung von Flüchtlingen.

Zum Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli 2012 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), die seit 1993 nicht mehr erhöht worden waren, als «evident unzureichend» und damit verfassungswidrig eingeschätzt. Das Grundgesetz garantiere ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das als Menschenrecht zu gelten habe. Neben der physischen Existenz müssten dadurch auch die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen sowie ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht werden, und zwar deutschen wie nicht deutschen Staatsangehörigen. Der Aufenthaltsstatus dürfe nicht pauschal als Ursache für ein niedrigeres Existenzminimum zugrunde gelegt werden. Zum ersten Mal schien die von links, einschließlich der Partei, geforderte Abschaffung des AsylbLG, verbunden mit einer vollständigen Gleichstellung von Asylsuchenden und Geduldeten bei der Versorgung mit Sozialleistungen, in den Bereich des Möglichen zu rücken. Allerdings konnte im Herbst 2014 mit den Stimmen von Baden-Württemberg im Bundesrat eine Übereinkunft durchgesetzt werden, die es erlaubte, die Westbalkanstaaten als «sicher» einzustufen *und*

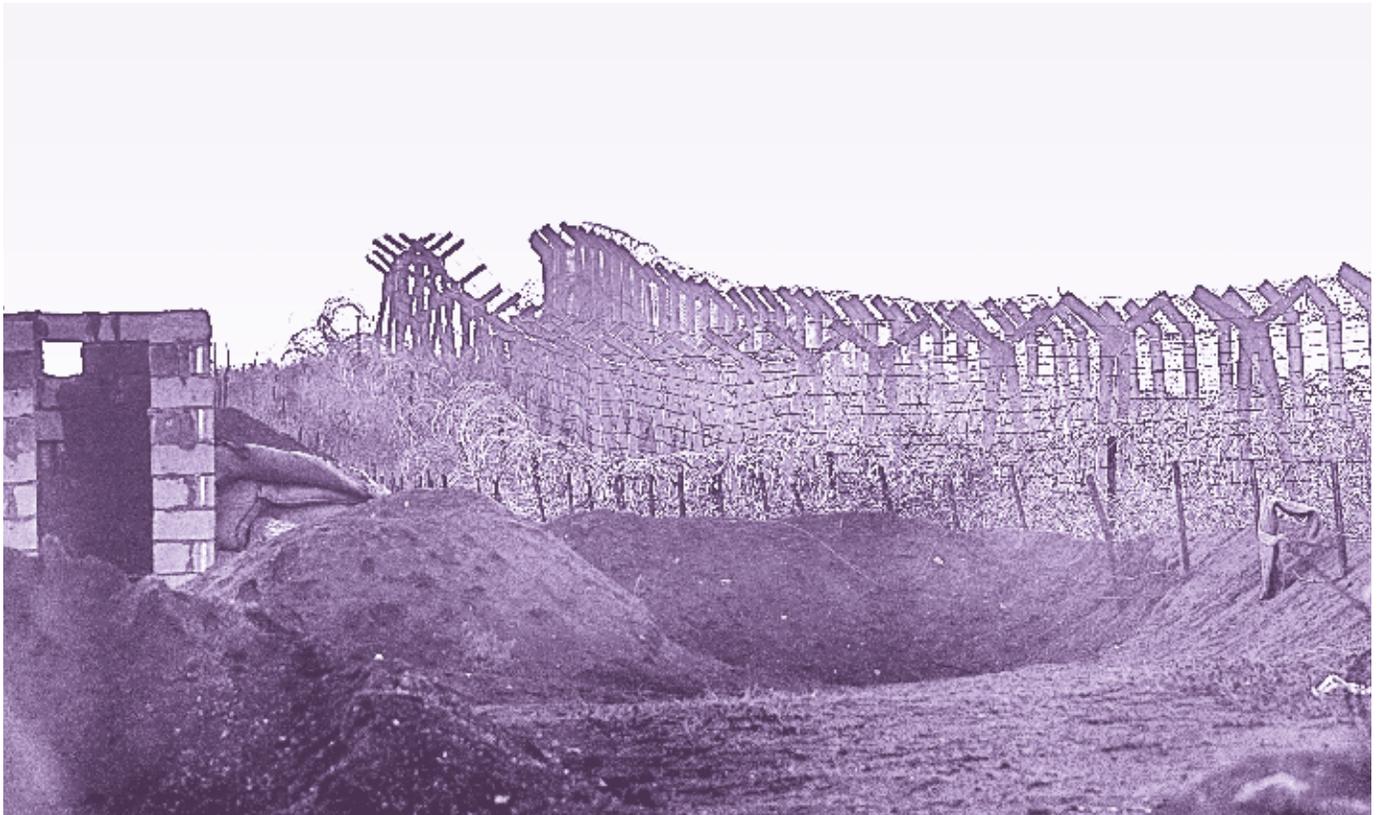
das AsylbLG in seinen Grundstrukturen zu belassen. Entlastung für die Kommunen kam in Form einer auf zwei Jahre angelegten finanziellen Unterstützung für den Ausbau von Unterbringungskapazitäten. Zudem wurde der Sozialhilfesatz für Menschen im Asylverfahren, wie vom Gericht gefordert, angehoben. Trotzdem entsprachen die Reformen nicht einmal dem Notwendigen, denn sowohl Auflagen für den Aufenthaltsort von Flüchtlingen (Residenzpflicht) als auch Arbeitsverbote und der Grundsatz «Sachleistung vor Geldleistung» blieben bestehen. Nach wie vor ist die medizinische Versorgung von Geflüchteten fast überall desolat. Nichtmedizinisches Personal in Ämtern entscheidet auch weiterhin darüber, ob ein «Notfall» vorliegt und somit eine medizinische oder therapeutische Behandlung gestattet wird oder nicht. Diese Abschreckungspolitik wie auch das Gebot, einer großen Gruppe von Migrantinnen und Migranten aus Südosteuropa «unter keinem Gesichtspunkt» ein Aufenthaltsrecht zugestehen, kommen dabei keineswegs denjenigen zugute, die als Legitimation für diese Politik erhalten müssen. Viele Menschen, die aus Syrien flüchten, werden, wenn sie es überhaupt bis nach Deutschland schaffen, wieder in diejenigen EU-Länder zurückgeschoben, in die sie als Erstes eingereist sind. Von den geschätzt drei Millionen Syrerinnen und Syrern auf der Flucht haben die weitaus meisten in den Nachbarländern Jordanien, Libanon, Türkei und Irak Aufnahme gefunden.

Von den schätzungsweise 70.000 Flüchtlingen aus Syrien, die seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2011 in Deutschland Schutz gesucht haben, konnte nur etwa ein Viertel im Rahmen der humanitären Aufnahmeprogramme des Bundes und der Länder gefahrlos einreisen.

LAMPEDUSA IN DER BUNDESREPUBLIK

Bereits im Sommer 2013 war auf EU-Ebene nach fast 15-jährigen Verhandlungen ein neues «Asylpaket» verabschiedet worden, das nun Zug um Zug in den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt wird. Es sieht vor allem Erleichterungen bei der Inhaftierung und Abschiebung von Flüchtlingen vor, was kaum etwas an der angespannten Situation, insbesondere in den Mittelmeeranrainerstaaten, ändern wird. Es sind nach wie vor die «Erstankunftsländer» Griechenland, Zypern oder Italien, die unter der unsolidarischen Lastenverteilung in der EU infolge der sogenannten Dublin-Vereinbarung zu leiden haben, während die Länder in Nord- und Mitteleuropa davon profitieren, von «sicheren Drittstaaten» umgeben zu sein. Erst die Tausenden von Toten im Mittelmeer und das erneute Ansteigen der Asylanträge hierzulande haben diese

Kein Durchkommen, nirgendwo: geschlossener Grenzübergang zwischen dem kurdischen Rojava und der Türkei im Dezember 2014





Am 1. März 2014 demonstrieren in Hamburg mehrere Tausend Menschen gemeinsam mit Lampedusa-Flüchtlings für eine menschlichere Asylpolitik und ein dauerhaftes Bleiberecht.

«Komfortzone» zumindest vorübergehend erschüttert. Rückschiebungen nach Griechenland und Italien mussten ausgesetzt werden, weil dort kein funktionierendes Asylsystem vorausgesetzt werden kann, das nur annähernd humanitären Standards gerecht wird. Eine Bankrotterklärung auch deutscher Politik.

Vierorts ist deswegen auch hier die Neueinrichtung von Sammelunterkünften beziehungsweise der Ausbau bestehender Kapazitäten notwendig geworden, oft gefolgt von neonazistischen und populistischen Kampagnen, die mit Gewalt gegen deren Bewohnerinnen und Bewohner einhergehen. Initiativen zur Schaffung einer «Willkommenskultur» vor Ort mussten in den meisten Kommunen erst (wieder) etabliert werden (siehe hierzu das Interview mit Inva Kuhn vom Gesprächskreis Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung), häufig im Zusammenspiel mit der Selbstorganisation von Asylsuchenden, Geduldeten und Illegalisierten, die immer selbstbewusster Forderungen in die öffentliche Debatte einbringen. Sie kämpfen beispielsweise für ein Ende der «Residenzpflicht» und aller Abschiebungen und lehnen die Unterbringung in Lagern grundsätzlich ab.

Die Auseinandersetzungen in Hamburg, Berlin, München und anderen Städten haben eine Vielzahl neuer und unerwarteter Protestformen, Bewegungsdynamiken und Organisationsexperimente hervorgebracht. «Lampedusa in Hamburg», die breite Mobilisierung gegen die Räumung der besetzten Gehart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg, Camps und Märsche, die nicht nur mit der «Residenzpflicht» brachen, sondern auch nationalstaatliche Grenzen überschritten, begleiteten die amtliche Rede über «Arbeits- und Wirtschaftsflüchtlinge» und

verschoben den Diskurs wenigstens zum Teil in eine emanzipatorische Richtung. Die zweite Hilfe-Konferenz «Beyond Aid – Von Wohltätigkeit zu Solidarität», die die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit medico international, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Goethe-Universität im April 2014 in Frankfurt am Main durchführte, widmete sich unter anderem der Frage, welche Formen der Kooperation und der Unterstützung in einer globalisierten Welt notwendig sind – im Verhältnis zwischen Globalem Norden und Globalem Süden, aber auch innerhalb des Globalen Nordens. Das «Recht zu gehen» wurde in einen Zusammenhang mit dem «Recht zu bleiben» gesetzt und griff die Analyse der selbstorganisierten Proteste auf: «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!»

Globale Arbeitsteilung, Naturzerstörung, die Unterstützung autoritärer Regime und nicht zuletzt die aktive Rolle Deutschlands darin waren Themen der Seminarreihe «Refugees Welcome!», die die Bundesstiftung gemeinsam mit Landesstiftungen, kommunalpolitischen Foren und selbstorganisierten Strukturen von Asylsuchenden und Geduldeten im vergangenen Jahr organisierte. In fast allen Bundesländern fanden Workshops statt, die nicht nur die Grundzüge des Asylrechts und die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen vermittelten, sondern auch Fluchtursachen und lokale Interventionsmöglichkeiten in den Fokus rückten, um vor Ort rechten «Bürgerprotesten», der Alternative für Deutschland (AfD) und anderen rassistischen Mobilisierungen gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Situation von Frauen gelegt, die in den Lagern oft wesentlich stärker unter der Isolation leiden, vor allem dann, wenn sie allein oder mit Kindern geflohen sind.

«STROM & WASSER» -
FLOSSTOUR IM SOMMER 2014

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzte auch 2014 auf die Zusammenarbeit mit selbstbewussten Organisationen von (ehemaligen) Asylsuchenden, Roma, Schwarzen, Migrantinnen und Migranten sowie People of Color. Ein Höhepunkt gemeinsamer Aktivitäten war eine Tour auf dem Main, Neckar und Rhein im Juli in Richtung Berlin mit zwei zu Flüchtlingsbooten umgestalteten Flößen. Mit von der Partie waren der Musiker Heinz Ratz, der zusammen mit seiner Band «Strom & Wasser» in den letzten beiden Jahren Konzerte mit Musikern aus Flüchtlingslagern organisiert hatte, Initiativen von asylsuchenden und geduldeten Frauen sowie zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer. Mit dieser von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Aktion wurde auf die schwierige Situation von Flüchtenden allgemein hingewiesen, vor allem aber auf die besondere Verletzlichkeit von fliehenden Frauen und Kindern. Das zusammen mit verschiedenen nationalen und lokalen Initiativen organisierte Rahmenprogramm bot zahlreiche Möglichkeiten zu Diskussionen und Begegnungen. Unter anderem fanden in den aufgesuchten Flüchtlingsunterkünften Aufführungen von Clowns, Puppenspiele und Konzerte statt, bei denen alle eingeladen waren, sich zu beteiligen.



Freier Download unter www.rosalux.de/publication/40847

Koray Yilmaz-Günay, Freya-Maria Klinger
REALITÄT EINWANDERUNG
KOMMUNALE MÖGLICHKEITEN DER TEILHABE, GEGEN DISKRIMINIERUNG
Crashkurs Kommune Bd. 9, 120 Seiten, VSA-Verlag, Hamburg 2014

Das Thema Einwanderung wird auch in den Kommunen heftig diskutiert. Ob es die Einrichtung eines Übergangwohnheims für Asylsuchende ist, die Benennung einer öffentlichen Straße nach dem Opfer eines rassistischen Mordes oder der Neubau einer Moschee. Dabei zeigt sich: Fragen von Asyl, die Zugänglichkeit von Verwaltung, die Planung von partizipativen Instrumenten, die Stadt- und Raumplanung oder aber das soziokulturelle Angebot sind von jeher auch kommunale Themen, die aktiv gestaltet werden können.

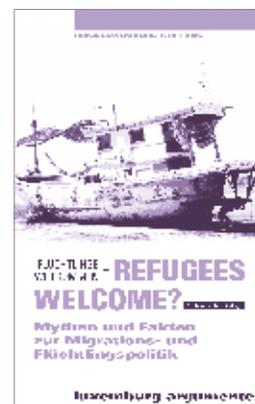
WEITERE PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Vassilis Papastergiou, Eleni Takou
MIGRATION IN GREECE
ELEVEN MYTHS AND EVEN MORE TRUTHS
Publication of the RLS Office in Greece
Download unter: www.rosalux.de/publication/40646

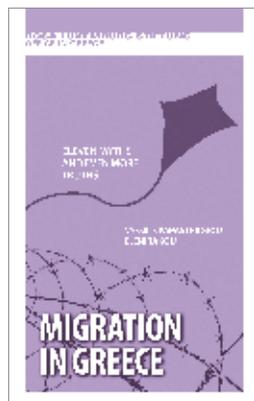
Liz Fekete
RECHTE GEWALT IN EUROPA
DAS KONZEPT DES ANTI-EXTREMISMUS SCHWÄCHT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND
Standpunkte 17/2014
Download unter: www.rosalux.de/publication/40827



Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
FLUCHT UND VERTREIBUNG IM SYRIEN-KONFLIKT
EINE ANALYSE ZUR SITUATION VON FLÜCHTLINGEN IN SYRIEN UND IM LIBANON
Download unter: www.rosalux.de/publication/40677



Christian Jakob
FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN - REFUGEES WELCOME?
MYTHEN UND FAKTEN ZUR MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK
luxemburg argumente Nr. 8 2., vollständig überarbeitete Auflage
Download unter: www.rosalux.de/publication/40329





Im März 2014 wollte die NPD in Berlin an vier verschiedenen Orten gegen Flüchtlinge demonstrieren, stieß jedoch auf lauten Protest von Gegendemonstrantinnen und -demonstranten.

REFUGEES WELCOME - WAS HEISST HIER «WILLKOMMEN»?

EIN GESPRÄCH MIT INVA KUHN VOM GESPRÄCHSKREIS MIGRATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ÜBER DAS SEMINAR «FLUCHT, ASYL UND WILLKOMMENSKULTUR IN DER KOMMUNE», DAS IM JAHR 2014 EIN DUTZEND MAL ANGEBOTEN WURDE.

Inva, du hast mit anderen Mitgliedern des Gesprächskreises Migration die Seminarreihe «Refugees Welcome» mitentwickelt. Worum geht es bei den Seminaren und was war der Anstoß für die Reihe?

Kuhn: Die gewaltsamen Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen und der Anstieg rassistischer und neonazistischer Angriffe auf (Sammel-)Unterkünfte von Asylsuchenden in der gesamten Bundesrepublik hat uns im Gesprächskreis Migration sehr beschäftigt. Im Austausch mit den Referentinnen und Referenten für Migration und Kommunalpolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstand die Idee – passend zu den Kommunalwahlen in elf Bundesländern im Jahr 2014 –, ein Bildungsangebot für Mandatsträgerinnen und -träger zum Thema Asyl, Migration und «Willkommenskultur» zu entwickeln. Entstanden ist ein Seminar, das sich als Einstiegsangebot für kommunalpolitisch Aktive versteht, die kommunale Migrationspolitik im Rat, im Kreistag oder auch in Bündnissen und Netzwerken gestalten müssen oder mitgestalten wollen. Neben der Einführung in die Grundlagen des bundesdeutschen Asylrechts und Fakten zu Fluchtursachen und Antragszahlen bietet der Workshop die Möglichkeit, lokale Strategien zu ent-

wickeln, um rassistisch aufgeladene Konflikte in der Kommune, im Stadtteil oder im Bezirk zu vermeiden oder aber auch präventive Arbeit zu leisten: Was tun, damit es nicht brennt? Darüber hinaus liegt der Fokus des Workshops auf kommunalpolitischen Zuständigkeiten, wie die medizinische und psychosoziale Versorgung der Asylsuchenden oder die Unterbringung. Das sind klassische kommunale Pflichtaufgaben, die mit der Bereitstellung bestimmter Leistungen und der Schaffung partizipativer Instrumente und soziokultureller Angebote auf kommunaler Ebene zu tun haben.

Ein wichtiges Anliegen des Seminars ist es zudem, selbstorganisierten Zusammenhängen von Asylsuchenden eine Plattform zur Vernetzung zu geben: Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Selbstorganisationen und Unterstützerkreisen tauschen sich aus und stehen als Ansprechpersonen zur Verfügung. Dadurch können konkrete Unterstützungsangebote im Detail ausgearbeitet und koordiniert werden, um kommunale Kämpfe gemeinsam und auf Augenhöhe anzugehen.

In der Ankündigung wird von «Willkommenskultur» gesprochen. Was verstehst du darunter?

Kuhn: Der Begriff «Willkommenskultur» ist insbesondere im Zusammenhang mit migrationspolitischen Themen mit Vorsicht zu genießen. Von «Willkommenskultur» spricht das konservative Lager, wenn es um «nützliche Zuwanderer» geht. Ausgehend von neoliberalen Verwertungslogiken heißt man hierzulande offiziell Menschen willkommen, die dem wachsenden Druck des demografischen Wandels

begegnen und ihn auffangen sollen. Doch was ist mit dem Rest? Menschen, die aufgrund von Naturkatastrophen, autoritären Regimen, Bürgerkriegen, Entrechtung und Ausbeutung fliehen mussten? Wer heißt sie willkommen? Sicherlich nicht jene Staaten, die an den EU-Außengrenzen Flüchtlinge aufhalten, ertrinken lassen und ermorden. Auch nicht jene, die den Schutz der Migrantinnen und Migranten anderen Ländern überlassen.

Mit der Dublin-II-Verordnung konnte die Bundesrepublik bis zum Beginn der Finanzkrise Schutzsuchende erfolgreich abweisen. Damit ging auch der konsequente Abbau der Unterbringungskapazitäten einher. Im Jahr 2013 wurden aufgrund der Bürgerkriege in Syrien und im Irak über 100.000 Erstanträge auf Asyl in der Bundesrepublik gestellt. Das stellte die Kommunen vor eine große Herausforderung und führte in den allermeisten Fällen zu unzumutbaren Wohn- und Lebensbedingungen für Flüchtlinge und Migrantinnen. Denn zu den praktischen Problemen kommen noch zwei Grundprobleme hinzu: Zum einen ermöglichen die Rechtslage und die zuständigen staatlichen Institutionen kein einfaches Leben – insbesondere nicht für traumatisierte Flüchtlinge – und zum anderen gehören rassistische und neonazistische Bedrohungen zum Alltag.

In vielen Orten wurde die Problematik früh erkannt. Es haben sich schnell Initiativen und Bündnisse gebildet, die eine «Willkommenskultur» entwickelt haben und umsetzen, indem sie zum Beispiel ein gemeinsames Willkommensessen organisieren, Asylsuchende bei Behördengängen unterstützen oder auch Übersetzungen und Beratung jeglicher Art anbieten.

Jenseits der karitativen Unterstützungsarbeit ist meiner Ansicht nach der politische Kampf für Bleiberecht, für menschenwürdige Unterbringung und für humane medizinische Standards unentbehrlich. Unser Referenzpunkt für den Begriff «Willkommenskultur» waren die zivilgesellschaftlichen Akteure und selbstorganisierten Initiativen, die einen erheblichen Teil der politischen Arbeit und humanitären Unterstützung leisten.

Warum ist das Thema Flucht und Asyl für die Linke relevant?

Kuhn: Das Thema ist für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke von grundlegender Bedeutung: Für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten muss sowohl in den Parlamenten, Bezirksversammlungen oder Kreistagen als auch auf der Straße gestritten und gekämpft werden. Das mag inhaltsleer klingen, aber was ich damit meine, ist die Verknüpfung von asyl- und migrationsthematischen Aspekten mit anderen kommunalen Themen: Angelegenheiten wie die Unterbringung haben auch direkt mit Stadt- und Raumplanung zu tun. Die Schnittmengen für gemeinsame Politik lassen sich auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene erkennen. Flucht kann nicht als ein isoliertes Problem wahrgenommen werden, es muss auf allen Ebenen mitthematisiert und angegangen werden.

Welche Unterschiede gibt es in den verschiedenen Orten, in denen die Seminare stattfinden? Wie geht ihr auf die lokalen Gegebenheiten ein?

Kuhn: An einigen Orten war es nicht möglich, selbstorganisierte Gruppen und Initiativen von Geflüchteten in den Prozess einzubeziehen, da es sie nicht überall gibt. Das erschwert die Arbeit erheblich, da eine «Willkommenskultur» immer mit den Beteiligten gemeinsam organisiert werden muss. Des Weiteren mussten wir immer wieder feststellen, dass die Dichte der angebotenen inhaltlichen Schwerpunkte teilweise zu groß war und die veranschlagte Zeit nicht ausreichte. Grundsätzlich haben wir uns schon im Vorfeld mit den Verantwortlichen über die lokalen Gegebenheiten ausgetauscht und versucht, die konkrete Situation vor Ort und die Interessen der Teilnehmenden in unser Konzept zu integrieren.

Wie kommt es, dass es ein so großes Interesse an den Seminaren gibt?

Kuhn: Das Thema Flucht ist allgegenwärtig. Brandanschläge auf Unterkünfte sind keine Seltenheit. In vielen bundesdeutschen Großstädten toben seit einiger Zeit rassistische Proteste – im Dezember 2014 gingen allein in Dresden über 17.000 Pegida-Anhängerinnen und -Anhänger auf die Straße. Das ist besorgniserregend, denn nicht nur in Dresden, sondern auch in Dortmund, Düsseldorf, Leipzig und Ostfriesland sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Themen wie «Islamisierung» oder «Überflutung» bringen Menschen in großer Zahl auf die Straße. Die völkische und rassistische Haltung kann bei diesen Zahlen nicht mit irgendeiner diffusen Angst gerechtfertigt werden.

Man muss das Kind beim Namen nennen – es ist ein Rassismus-Problem, das wir in der Gesellschaft haben. Denn die Tatsache, dass Themen wie «Heimatschutz» als gemeinsamer Nenner fungieren, verdeutlicht auch, wie weich die Übergänge zwischen der Mitte der Gesellschaft und der extremen Rechten sind, wenn sie Seite an Seite gegen «die Zerstörung der deutschen Identität» vorgehen. Ich sehe hier eine neue Inszenierung des «Kampfs der Kulturen», der in den letzten 30 Jahren immer wieder Konjunktur hatte. An vielen Orten besteht aber großes Interesse, diesen rassistischen Entwicklungen lokale Strategien entgegenzusetzen – unsere Seminare sind offenbar der richtige Ort dafür.

Und wie wird es im Jahr 2015 mit der Seminarreihe weitergehen?

Kuhn: Bis März 2015 waren wir in Brandenburg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen unterwegs. Jetzt wollen wir die Reihe erst einmal ruhen lassen. Bei Bedarf werden aber «Bildungskontakte», Referentinnen und Referenten vermittelt. Zudem sind wir gerade dabei, eine inhaltliche und methodische Handreichung zu diesem Seminar zusammenzustellen, die dann Multiplikatorinnen und Interessierten zur Verfügung gestellt werden kann. Auch überlegen wir, eine Fortbildung für Teamerinnen und Teamer durchzuführen.

GEFÖRDERTE PROJEKTE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

- Dominik Berg: Dokumentarfilmproduktion «Hart an der Grenze. Die Mauern der Festung Europa – eine Reise mit Elias Bierdel»; 5.000 Euro
- Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V.: 12. Konferenz «Jugendliche ohne Grenzen» (11.–14.6.2014, Bonn); 1.000 Euro
- sub/urban e. V.: Herausgabe der Online-Publikation «Stadt und Migration. Neue Forschungsansätze zu Citizenship, Macht und Agency», Themenheft, sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung Band 2–3/2014; 1.000 Euro
- Bruno Watara Aourfah: Interviews, Informationsveranstaltungen und Online-Publikation «Im Dunkeln. Die Situation von langjährig Geduldeten»; 1.000 Euro
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.: Publikationsbeihilfe für Broschüre «Rassismus und Justiz»; 1.000 Euro
- Julia Friese: Erarbeitung und Produktion «Welt ohne Grenzen *3» – Hörspiel für soziale Gerechtigkeit und globale Bewegungsfreiheit; 1.000 Euro
- Marc Holland-Cunz: Übersetzungen für die Website «With WINGS and ROOTS» zur Geschichte von Migration und migrantischem Leben in Deutschland und den USA; 1.000 Euro
- Ljupcho Temelkovski: Postproduktion des Dokumentarfilms «Safety First» über Leben und Arbeit der Roma in Mazedonien; 1.000 Euro
- Netzwerk für Zusammenarbeit iranischer Frauen e. V.: Seminar «Frauen, Bürgerpflichten und Bürgerrechte in der Zivilgesellschaft. Konsequenzen der Exilerfahrung» (24.–26.1.2014, Frankfurt am Main); 750 Euro
- Johannes Frick: «Draußen» – multimediale Theaterproduktion zum Umgang mit Flüchtlingen; 300 Euro

Dreharbeiten auf Lesbos für den von der Stiftung geförderten Film «Hart an der Grenze»



RASSISMUS IM GESUNDHEITSWESEN

MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR GEFLÜCHTETE, MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

«Die Aktivisten, die bei unserer Initiative mitmachen, sind vielfach französischsprachig und kommen aus Kamerun, Benin, Frankreich, aber auch aus Deutschland, aus Kenia und seit Kurzem auch aus der Schweiz», übersetzt Juliette ihren Mitstreiter Péguy. Beide engagieren sich seit zwei Jahren zusammen mit 15 weiteren Aktivistinnen und Aktivisten bei der Berliner Gruppe «Corasol – Initiative gegen Rassismus und für Solidarität mit Geflüchteten». Die Gruppe, die sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, versucht durch öffentliche Veranstaltungen und gezielte Aktionen, auf die schwierige Situation von Geflüchteten und Migrantinnen in Deutschland aufmerksam zu machen und dabei sowohl die zugrunde liegenden Strukturen zu beleuchten und strukturellen Rassismus zu kritisieren als auch konkrete Hilfe zu leisten.

WEITERFÜHRENDE LINKS:

- <http://corasol.blogspot.de/>
- <https://de-de.facebook.com/pages/Corasol/367393760047474>

Unterstützt durch den Initiativfonds des Jugendbildungswerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung lud Corasol im Rahmen einer regelmäßigen Küfa (Küche für alle) Ende Juni 2014 Vertreterinnen und Vertreter des MediBüros ein. Das MediBüro stellt eine Verbindungsstelle für Geflüchtete dar und vermittelt Ärztinnen, die auch ohne Identitätsfeststellung und Krankenschein behandeln und bestenfalls die Sprache der Patienten beherrschen. Der Sprachaspekt stellt eine besondere Herausforderung bei der medizinischen Versorgung dar, weil es aufgrund von Missverständnissen zu Fehldiagnosen kommen kann. Von staatlicher Seite werden allerdings keine Dolmetscherinnen zur Verfügung gestellt.

Die Lockerung der Residenzpflicht zwischen Brandenburg und Berlin hat zur Verbesserung der Situation im Gesundheitsbereich beigetragen. Auch die Abschaffung der Lebensmittelgutscheine, die Geflüchtete statt Geld bekamen, ist ein Schritt nach vorn, da nun etwa private Zuzahlungen im medizinischen Bereich überhaupt möglich werden. «Doch dort, wo es ernst wird und zum Beispiel operiert werden muss, fehlt dem MediBüro nach wie vor das Geld», erklärt Péguy. Eines ist der Gruppe Corasol klar: Die Arbeit im Gesundheitsbereich ist ein politischer Kampf. Die Unterbringung in Lagern macht viele Menschen krank. Es geht deshalb nicht nur um die Unterversorgung, die technisch zu lösen wäre, sondern um die Beendigung des rassistischen Ausschlusses von Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten.



Im Jahr 2006 markierte dieses Grenzschild zwischen Deutschland und Polen noch eine EU-Außengrenze. Das östliche Nachbarland war damals noch kein Schengen-Mitglied.

UNTERSTÜTZUNG ÜBER NATIONALE GRENZEN HINWEG

«OSTSEEEKONFERENZ FLUCHT UND MIGRATION»

Die Asylpolitik der Europäischen Union hat dazu geführt, dass Flüchtlinge kreuz und quer durch Europa reisen müssen. Zivilgesellschaftliche Unterstützungsarbeit macht aber oft an nationalen Grenzen halt. Dieser Problematik begegnet das Baltic Sea Network on Migration Issues, das vom 6. bis 9. März 2014 in Kiel zur «Ostseekonferenz Flucht und Migration» zusammenkam.

24 Organisationen aus den Ostseeanrainerstaaten – Flüchtlingsinitiativen und Gruppen aus dem kirchlichen Umfeld – tauschten sich über die Situation für Flüchtlinge in Estland, Lettland, Polen, Skandinavien und Deutschland aus.

In verschiedenen Workshops zu Themen wie «Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge», «Religiöse Verfolgung sowie Taufe und Konversion im Asylverfahren», «Arbeitsmigration» und «undokumentierte Migrantinnen und Migranten» diskutierten die 100 Teilnehmenden aus zwölf Ländern die Schwierigkeiten mit Dublin-Verfahren, dem Menschen- und Frauenhandel und

der Traumatisierung von Flüchtlingen und Migrantinnen und erarbeiteten explizite Forderungen. Dabei standen die Umsetzung von EU-Recht in den jeweiligen Ländern, die spezifische Situation für Flüchtlinge und Migranten, die sich daraus ergibt, und die entsprechenden Formen der Unterstützungsarbeit vor Ort im Vordergrund. Ganz praxisnah diskutierten die Anwesenden etwa über die Möglichkeit der Begleitung von Menschen, die als «Dublin-Fälle» innerhalb der EU abgeschoben werden, und über die Umsetzung von kirchlichen Initiativen zur praktischen Flüchtlingssolidarität. Rückenwind für das Anliegen der Flüchtlingsorganisationen gab es durch die Politik: Sowohl Anke Sporendonk (Ministerin für Justiz, Kultur und Europa in Schleswig-Holstein) als auch Stefan Schmidt (Beauftragter des Landes Schleswig-Holstein für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen) begrüßten die Teilnehmenden zu Beginn der Tagung.

Zum Abschluss der Konferenz wurde eine gemeinsame Resolution verabschiedet und die weitere informelle sowie formelle Zusammenarbeit beschlossen. Um das Ziel einer nachhaltigen Vernetzung von Flüchtlingsinitiativen im Ostseeraum zu erreichen, war die Konferenz ein wichtiger Baustein.

Hier konnten sich die Beteiligten persönlich kennenlernen, Bedarfe und Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten und konkrete Verabredungen treffen. Die weitere Vernetzung wird anhand verschiedener Projektideen fortgesetzt.

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

«Was tun? Und wer verdammt nochmal tut es?» Mit diesen Worten insistierte der US-amerikanische Marxist und Geograf David Harvey auf die Beantwortung der Frage, wer denn die Subjekte der Transformation sein können und werden. In dieser Diskussion, die das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) vor Jahren – ausgehend von Hans-Jürgen Urbans Begriff einer «Mosaik-Linken» – mit angestoßen hat, gibt es inzwischen einiges an neuen Erfahrungen, um die Fragmentierung der Linken zu überwinden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Forschungen und der strategischen Debatten zur Reorganisierung der Linken in Spanien und Griechenland hat das IfG am Konzept der «verbindenden Partei» gearbeitet, das auch als Grundlage für Überlegungen zur Parteientwicklung in der Partei DIE LINKE diene. Dabei geht es nicht nur um die Verbindung von Partei und Bewegung, sondern auch um eine stärkere Verankerung in der Bevölkerung durch die Organisation rund um konkrete Alltagsprobleme vor Ort. Dies macht unter anderem die Stärke der neuen Solidarstrukturen der Zivilgesellschaft in Verbindung mit Parteien neuen Typs in Griechenland und Spanien aus.

Das IfG versucht auch ganz praktisch, die Mosaiksteine zusammenzubringen und mit (organischen) Intellektuellen, sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gewerkschaften und Partei gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Das geschieht nicht nur in wissenschaftsorientierten Formaten, sondern verstärkt auch in partizipativen und organisierenden Praxen, also strategischen Dialogen, Ratschlägen oder Aktionskonferenzen. Ein Beispiel für ein organisierendes Format war die Aktionskonferenz «Care-Revolution» mit über 500 Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie mehr als 60 beteiligten Initiativen (von Gewerkschaftsgruppen über Selbsthilfeorganisationen pflegender Angehöriger und migrantischen Haushaltsarbeiterinnen bis hin zu links-akademischen Aktivistinnen und Aktivisten), um regional und spektrenübergreifend Akteure zu vernetzen und eine übergreifende politische Plattform zu gründen. Im Jahr 2015 soll das Projekt mit einem großen Pflege- und Gesundheits-Ratschlag fortgeführt werden.

Das IfG organisierte 2014 zudem die mittlerweile III. Transformationskonferenz unter dem Titel «Wie geht eigentlich ein «richtiges» Leben im «Falschen»?» und publizierte seine transformationstheoretischen Überlegungen in dem umfangreichen, von Michael Brie herausgegebenen Band «Futuring».

Wichtige Themen für das IfG waren im vergangenen Jahr auch die Erneuerung der Gewerkschaften, die Rechtsbrüche des autoritären Austeritätsregimes, die Entwicklung rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte in Europa sowie die «Weltkrisenpolitik» von Syrien bis Venezuela, von der Ukraine bis Mali.

Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit dem Jahr 2012, um die Kooperationen zwischen Stiftung und Wissenschaft zu intensivieren.

DIE FELLOWSHIPS

Corinna Genschel, seit der Gründung in der Kontaktstelle Soziale Bewegungen bei der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag tätig. Die Kontaktstelle ist ein spezifischer Versuch, die Kooperation von Bewegungen und Partei ohne feste Institution auf Dauer zu stellen, wobei es auch Momente der Institutionalisierung gibt, wenn man darunter etwa verbindliche Regeln der Zusammenarbeit und Absicherung versteht. Als Fellow wird Corinna Genschel die Erfahrungen und strategischen Lehren aus diesem Experiment reflektieren und auswerten, auch auf Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Bewegungen und Partei.

Dieter Klein, Langzeit-Fellow am IfG, legte 2014 seinen Grundlagenbeitrag «Doppelte Transformation» vor (in: «Futuring. Perspektiven der Transformation», hrsg. von Michael Brie) und überprüfte zusammen mit Achim Wahl die Anwendbarkeit dieses Konzepts auf die Transformationsprozesse in Lateinamerika, um damit Konflikte innerhalb der Linken um die Bewertung der Praxis linker Regierungen vor Ort zu versachlichen (der entsprechende Text wird 2015 publiziert). Daneben stellte Klein auf zahlreichen Veranstaltungen sein im Rahmen des Fellowships erarbeitetes und 2013 erschienenes Buch «Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus» vor.

Isabell Lorey arbeitet am European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp) in Berlin und ist Mitherausgeberin von *transversal texts*. Ihre Forschung zur Regierung der Prekären (2012) ist verwoben mit sozialen Bewegungen und der Frage nach neuen demokratischen Praxen, wie sie in den Protestbewegungen seit dem Jahr 2011 entwickelt werden. Über die Theorie und Praxis neuer Konzepte der Demokratie kam sie ins Gespräch mit dem IfG. Ihren Ansatz stellte sie auch bei diversen Veranstaltungen, etwa in den Landesstiftungen, zur Diskussion; nachzulesen ist die Entwicklung ihrer Positionen in der Zeitschrift *LuXemburg*.

Rainer Rilling, ebenfalls Langzeit-Fellow am IfG und Redakteur der Zeitschrift *LuXemburg*, hat wie kein anderer durch verschiedene Veröffentlichungen (u. a. in *LuXemburg*, den *Blättern für deutsche und internationale Politik* sowie in *Telepolis*) die Rezeption von Thomas Pikettys «Kapital im 21. Jahrhundert» in der Linken geprägt. Mit seinem Beitrag «Transfor-



Fellow Raul Zelik auf einer Veranstaltung im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung

mation als Futuring» (in «Futuring», hrsg. von Michael Brie) hat er zudem eine neue Denkrichtung eröffnet. Seine Botschaft: Die Herrschenden haben mit «Futuring», dem Vorgehen auf die Zukunft, die vielleicht wichtigste Technik von Machtausübung entwickelt; es ist an der Zeit, dass die Linke durch ihre Politik des «Futuring» die Ordnungen der Zeit verändert und damit zu einer solidarischen Transformation beiträgt.

Steve Williams, ehemaliger Geschäftsführer von People Organizing to Win Employment Rights (POWER), arbeitet bereits seit 2011 mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen und ist einer der profiliertesten Vertreter des «Transformative Organizing». Aufbauend auf seiner Erfahrung als Organizer und den bereits früher im Rahmen der Stiftung publizierten Texten wirkte er in mehreren Workshops mit, unter anderem bei «... denn die Köchin soll den Staat regieren!» – Erfahrungen mit «Transformative Organizing» und auf der Konferenz «Cross_Solidarity. ReOrganisierung der Linken in der Krise», die am 7. November 2014 in Bochum stattfand. Es ist geplant, diesen Ansatz bei der Organisierung in sozialen Brennpunkten zu erproben.

Raul Zelik, bekannter Schriftsteller und Sozialwissenschaftler, arbeitet als Fellow am IfG an einer Flugschrift zu acht zentralen Problemen linker Transformation. Sein Ziel ist es, in mehreren Einführungstexten neuere gesellschaftskritische Theorie in einen Dialog mit politischer Praxis zu setzen. Bislang erschienen Überlegungen zu einer Sozialdemokratie unter radikalen Vorzeichen am Beispiel von Südamerikas «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», Reflexionen zu Möglichkeiten einer linken Außenpolitik sowie «Elf Thesen zu Podemos und der «demokratischen Revolution» in Spanien» als Versuch, das Phänomen einer Partei anderen Typs zu klären.



Protestaktion am 17. März 2014: Beschäftigte des Uniklinikums Charité fordern einen Tarifvertrag, der eine Mindestbesetzung auf den Stationen garantieren soll.

WE DO CARE! SORGEN FÜR MORGEN

Die Angebote öffentlicher Daseinsvorsorge sind auch bei uns nach Jahren der Austeritätspolitik und Privatisierungen löchrig geworden – die Schuldenbremse spitzt diese Situation weiter zu und wälzt die Folgen einer staatlich verordneten Sparpolitik auf die Kommunen ab. Diese sind unterschiedlich finanzkräftig; von Region zu Region entstehen so große Differenzen in der Qualität. Hochwertige Gesundheitsversorgung, gute Bildung, menschenwürdige Pflege und der Zugang zu Mobilität oder schönem Wohnraum werden zu einer Frage von Arm und Reich. Angesichts unzulänglicher Angebote werden sorgende Tätigkeiten in die Haushalte zurückverschoben, führen dort zu Überforderung und stabilisieren die traditionellen Geschlechterrollen. Immer noch sind es überwiegend Frauen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten.

Aber auch hier sind die Unterschiede groß: Können gut ausgebildete Frauen in Doppelverdiener-Haushalten noch einen Teil der Reproduktionsarbeit auslagern, steht diese Möglichkeit Alleinerziehenden und Beschäftigten, die mit ihrem Einkommen gerade so über die Runden kommen, nicht offen. Hier wird gesellschaftlich gering geschätzte und schlecht entlohnte Arbeit auf der sozialen Leiter nach unten verschoben und mit Migrationsregimen verschränkt. Häufig sind es Migrantinnen, die Putzjobs machen und in halblegalen oder komplett illegalisierten Kontexten alte Menschen pflegen. Insgesamt

gilt: Wer nicht über hohe Einkommen und Vermögen verfügt, sich nicht privat zusatzversichern, hohe Mieten und Kindermädchen zahlen, Weiterbildung oder Nachhilfe privat finanzieren kann, muss mit minderer Qualität leben. Die Risiken liegen bei jedem und jeder einzelnen.

SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS LÖSUNG

Die Entwicklung demokratisch gestalteter sozialer Infrastrukturen eröffnet Perspektiven für linke Politik. Kostenfreie soziale Dienstleistungen egalieren nicht nur den Zugang zu gesellschaftlichen Gemeingütern, sie nehmen auch Druck aus überspannten Arbeitsverhältnissen und bieten damit die Chance, Reproduktionsarbeit insgesamt anders und vor allem zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Ein Ausbau sozialer Dienste bietet gleichzeitig die Möglichkeit, gute Jobs zu schaffen und wichtige gesellschaftliche Bereiche nach und nach der Markt- und Profitlogik zu entziehen.

Für die sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen für Mobilität, Energie oder Wohnen lassen sich Investitionsprogramme entwickeln, die qualitatives «Wachstum» in Bereichen ermöglichen, in denen der Einsatz natürlicher Ressourcen gering und die Umweltbelastung niedrig ist, aber der Zugesinn an Lebensqualität sehr hoch. Hier können Ansätze für «gerechte Übergänge» entstehen und erste Schritte in Rich-

tung eines grundlegenden Umbaus des Produktionsmodells erfolgen. Es bieten sich strategische Interventionspunkte für ein neues linkes Projekt, in dem «Transformation» nicht das Geschäft gesellschaftlicher Großakteure ist, sondern aus der Perspektive der Lebensweise und des Alltags konzipiert werden kann. Um für solche Schritte zu streiten, gibt es potenziell breite Koalitionen aus Gewerkschaften, linken Parteien, Feministinnen und sozialen Bewegungen, und selbst mit Teilen des Postwachstumsspektrums sind hier realpolitische Handlungsperspektiven denkbar. Hier können tragfähige Mitte-unten-Bündnisse (Michael Brie) geschaffen werden, die Einstiege in eine «doppelte Transformation» (Dieter Klein) möglich machen.

Allerdings entstehen solche Bündnisse nicht aus der bloßen Behauptung gemeinsamer Anliegen und Optionen. Sie müssen entlang von konkreten Anliegen geschmiedet und zu organisierenden Projekten zusammengefügt werden. Eine Vielzahl von Kämpfen um soziale Reproduktion der letzten Jahre hat gezeigt, dass hier verbindende Praxen entstehen können. Diese reichen von erfolgreichen Arbeitskämpfen in Bereichen feminisierter Sorgearbeit über Bündnisse rund um Privatisierungen von Krankenhäusern bis zur Selbstorganisation von pflegenden Angehörigen. Aber auch im Bereich Wohnen, Energie und Mobilität entstehen europaweit innovative Koalitionen. Es gilt, diese praktisch auf einander zu beziehen und die Kräfte zu bündeln.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG GOES CARE

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit der Themenachse «Transformationen: sozial, ökologisch, geschlechtergerecht» einen originellen Akzent gesetzt. Ein Schwerpunkt der Arbeit des letzten Jahres und künftiger Projekte liegt in der Verschränkung von feministisch inspirierten, auf den Ausbau sozialer Infrastrukturen zielenden Sozialpolitiken und Einstiegen in einen sozialökologischen Umbau. Die Kritik am erschöpfenden Umgang des gegenwärtigen neoliberalen Produktionsmodells mit den zwei Quellen des Reichtums, Natur und Arbeit, bildet eine analytische Klammer, die gleichzeitig die Richtung wünschenswerter Transformation bestimmt: Mit dem Begriff der Reproduktionsökonomie (Mario Candeias) ist ein Produktionsmodell skizziert, für das der behutsame Umgang mit natürlichen wie menschlichen Ressourcen und die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zentral ist.

An die Erfahrungen insbesondere mit dem «organisierenden Format» der Aktionskonferenz «Care Revolution» (2014) anschließend und bisher entstandene Kooperationen weiterführend, wird 2015 eine große Strategiekonferenz zu Pflege und Gesundheit stattfinden. Diese wird gemeinsam mit der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und dem Netzwerk Care Revolution organisiert und im engen Austausch mit der Gewerkschaft ver.di und unter Einbindung aktiver Sekretäre und Ehrenamtlicher sowie Referentinnen und Referenten

aus Wohlfahrtsverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorbereitet.

Am Beispiel Pflege wird ein politisch derzeit stark umkämpfter Bereich sozialer Reproduktion unter die Lupe genommen. Hier finden seit Jahren wichtige gewerkschaftliche Kämpfe statt, in denen innovative Streikformen entwickelt werden konnten. Aber auch der Bereich häuslicher Pflege und das Dilemma pflegender Angehöriger stehen politisch weit oben auf der Tagesordnung: Die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der Pflegeversicherung individualisiert das Problem der Versorgung von alten und kranken Menschen beziehungsweise verschiebt es ins Ehrenamt oder in oftmals undokumentierte Arbeitsverhältnisse. Damit sind auch Fragen der demokratischen Kontrolle und Gestaltung sozialer Infrastrukturen aufgeworfen.

In dieser Breite scheint das Feld geeignet, Organisierung- und Bündnisperspektiven von Erwerbstätigen, Betroffenen und Angehörigen exemplarisch auszuloten, um sowohl fachpolitische als auch strategische Fragen des Ausbaus eines gemeinsamen Öffentlichen voranzubringen.

II. STREIKKONFERENZ IN HANNOVER

Etwa 700 Menschen nahmen vom 2. bis 4. Oktober 2014 im Hannoveraner Kulturzentrum Pavillon an der II. Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung teil. Sie stand unter dem Motto «Gemeinsam Strategien entwickeln, Konflikte führen, Beteiligung organisieren». Die Konferenz wurde von der Stiftung zusammen mit dem ver.di-Bezirk Hannover/Leine-Weser und dem ver.di-Bildungswerk Hannover organisiert und von der IG Metall, der IG BAU, der NGG und der GEW (alle Hannover) unterstützt. Mit ihr wurde die Themenlinie «Gewerkschaftliche Erneuerung» weiterentwickelt, die in der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012 mit dem Schwerpunkt «Politische Streiks im Europa der Krise» begonnen und im Jahr darauf mit der ersten Konferenz «Erneuerung durch Streik» in Stuttgart fortgeführt wurde.

Im Vergleich zur Stuttgarter Konferenz konnte die Teilnehmerzahl um etwa 200 gesteigert werden. Auch das Programm wurde ausgebaut und umfasste 22 Arbeitsgruppen, sechs Praxisseminare, sechs Branchenaustauschtreffen, eine internationale Auftaktveranstaltung sowie eine Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung. Etwa 110 Referentinnen und Referenten wirkten an diesem Programm mit, überwiegend haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Praxis und Theorie. Zu den Vortragenden auf der Konferenz zählten Hans-Jürgen Urban (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall), Bernd Riexinger (Vorsitzender der Partei DIE LINKE), Ingrid Artus (Professorin für Soziologie, Universität Erlangen) und Harald Memenga (Bezirksgeschäftsführer von ver.di Hannover/Leine-Weser). Aber auch Kolleginnen und Kollegen aus aktuellen Auseinandersetzungen bei Amazon oder Enercon kamen zu Wort.



Podiumsdiskussion auf der II. Streikkonferenz in Hannover, Anfang Oktober 2014

Die Konferenz zeichnete sich durch die gewerkschafts- und branchenübergreifende Beteiligung von Aktiven aller Altersgruppen aus, darunter erfreulich viele jüngere. Im Zentrum stand der Erfahrungsaustausch. Diskutiert wurden Erfahrungen mit Streiks, ihrer Vorbereitung und Durchführung. Dabei ging es um möglichst demokratische, partizipative und zugleich effektive Streikformen. Aber auch Konflikte jenseits des Streiks und Fragen der kollektiven Strategieentwicklung, der Politisierung von Branchenauseinandersetzungen und der Solidaritätsarbeit waren Thema.

Probleme gewerkschaftlicher Organisierung in prekären Bereichen nahmen einen großen Raum ein. Bereits auf dem Auftaktpodium diskutierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus den Niederlanden, Großbritannien und der Türkei ihre Erfahrungen mit Kämpfen unter prekären Bedingungen. In Arbeitsgruppen debattierte man über die Auswirkungen von Teilzeit, Niedriglöhnen und Befristungen auf die Streikfähigkeit, über die Möglichkeit von Gegenwehr auch unter schwierigen Bedingungen und darüber, wie gemeinsame Strategien von Kern- und Randbelegschaften aussehen könnten.

Ein weiteres Thema war die gewerkschaftliche Solidarität mit Flüchtlingen. Peter Bremme von ver.di Hamburg berichtete über die kollektive Aufnahme von 180 Geflüchteten in die Gewerkschaft. Zwei von ihnen sprachen auf der Konferenz, ebenso ein Vertreter einer Flüchtlingsgruppe, die auf dem Platz vor dem Veranstaltungsort ein Protestcamp errichtet hatte.

Es gab auch Raum zur Diskussion aktueller gewerkschaftlicher Konfliktthemen wie dem geplanten Gesetz zur Tarifeinheit, wozu ein eigenes Forum angeboten und am Ende der Konferenz eine Resolution verabschiedet wurde.

Die Atmosphäre auf der Konferenz war solidarisch und produktiv, das Feedback sehr positiv. Vielfach wurde der Wunsch nach einer Anschlusskonferenz geäußert. Darüber wird nach einer ausführlichen Auswertung in der Stiftung und im Konferenzvorbereitungskreis entschieden.

ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM

ANALYSEN ZUM NEUEN RECHTSPOPULISMUS
IN DEUTSCHLAND

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist im Jahr 2014 eine neue rechte Partei in das Europäische Parlament und in drei Landesparlamente eingezogen. Diese Wahlerfolge kamen nicht überraschend; bereits bei der Bundestagswahl 2013 war die AfD nur knapp an der Sperrklausel gescheitert. In seinen Analysen hat das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) schon früh darauf hingewiesen, dass die Parteien links von der Union schwächer werden und sich eine rechte außerparlamentarische Bewegung herausbildet. Die AfD fungiert dabei in Deutschland als parlamentarische Sammlungsbewegung rechtspopulistischer, national- und wertkonservativer Kräfte, in der auch für Akteure der Neuen Rechten Platz ist. Diese Bewegung, zu der die Pegida-Aufmärsche hinzukamen, muss als der bislang schwerste Angriff aus der «Zivilgesellschaft» auf die Demokratie als Lebensform, auf das alltägliche demokratische Zusammenleben verstanden werden.

Das IfG, die Akademie für Politische Bildung und der Bereich Politische Kommunikation befassten sich 2014 im Rahmen ihrer je eigenen Möglichkeiten mit dem anwachsenden Rechtspopulismus. Über den Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen wurden Diskussionen über wissenschaftliche Studien zur AfD und zum Rechtspopulismus organisiert und unterschiedliche Sichtweisen auf die AfD online verfügbar gemacht. Eine Broschüre analysierte zentrale ideologische Diskursmuster der AfD und entwickelte Gegenargumentationen. Auf das Zusammenwirken von AfD und Rechtsextremen wurde hingewiesen. Wie groß das Bedürfnis ist, mehr über den aufkommenden Rechtspopulismus und Möglichkeiten demokratischer Gegenstrategien zu erfahren, machten die vielen Anfragen nach Referentinnen und Referenten deutlich. Der im Laufe des Jahres 2014 neu gegründete Arbeitszusammenhang AG Umfragen und Alltagsbewusstsein befasste sich mit einer Reihe von empirischen Untersuchungen zu Ressentiments und Ungleichwertigkeitsideologien in der Bevölkerung. Danach muss von einer Verfestigung, Polarisierung, ja Radikalisierung vorhandener Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ungleichwertigkeit ausgegangen werden, nicht von einer Verbreiterung. Was schon länger unbemerkt von der Öffentlichkeit vorhanden war, ist mit der neuen Partei und dem von ihren Erfolgen ausgehenden Rückenwind für außerparlamentarische Mobilisierungen auf die öffentliche politische Bühne getreten. Gleichzeitig, so ein zweites Fazit, ist davon auszugehen, dass die gesellschaftspolitischen Konfliktlinien, an denen der Rechtspopulismus in Deutschland erfolgreich war, fortbestehen werden.

Die Beschäftigung mit Rechtspopulismus und sozialem Nationalismus wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Arbeit bleiben. Die Auseinandersetzung mit den Akteuren und Ideologien des Rechtspopulismus und die Stärkung der vielfältigen Gegenkräfte sind dabei zwei Seiten einer Medaille.

«LUXEMBURG LECTURES»

Im Rahmen der «Luxemburg Lectures» lädt die Stiftung immer wieder Intellektuelle aus der ganzen Welt zu Vorträgen ein. Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 2014 waren die Krise in Griechenland und die Alternativen von Syriza, der Kampf gegen Ungleichheit und Freihandelsabkommen, neue Demokratiekonzepte und die politische Ökonomie sozialer Medien.

«LUXEMBURG LECTURES» 2014

10. FEBRUAR 2014

Euclid Tsakalotos (Ökonom, Griechenland)

DIE FEUERPROBE DES WIDERSTANDS

Diskussion zur Eurokrise (mit Sahra Wagenknecht)

19. FEBRUAR 2014

John Hilary (War on Want, Großbritannien)

DIE ARMUT DES KAPITALISMUS

KONFLIKTE UM NATÜRLICHE RESSOURCEN, ARBEITSRECHTE UND NAHRUNGSMITTEL-SOUVERÄNITÄT

1. APRIL 2014

Andreas Xanthos (Gesundheitswissenschaftler, Syriza, Griechenland)

DIE KATASTROPHE IST LÄNGST DA

KRISE DER ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSVERSORGUNG, WIDERSTAND UND SOLIDARITÄT IN GRIECHENLAND
Mit Harald Weinberg, MdB DIE LINKE

6. MAI 2014

Giorgos Chondros (Syriza, Griechenland)

SYRIZA ANTE PORTAS - WIE WEITER IN GRIECHENLAND?

Mit Eva Völpel, taz

7. MAI 2104

Isabell Lorey (Politikwissenschaftlerin, Basel/Berlin)

DIE ERFINDUNG PRÄSENTISCHER DEMOKRATIE

SOZIALE BEWEGUNGEN UND NEUE FORMEN DER ORGANISIERUNG
Mit Alex Demirović und Mario Candeias

8. MAI 2014

Kari Polanyi-Levitt (Ökonomin, USA)

VON DER GROSSEN TRANSFORMATION ZUR GROSSEN FINANZIALISIERUNG

ALTERNATIVEN ZUM ÖKONOMISMUS DER LINKEN UND DER RECHTEN

In Kooperation mit dem John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin



Die «Luxemburg Lectures» sind auch im YouTube-Kanal der Stiftung zu finden.

24. JUNI 2014

James Cypher (Militärökonom, USA)

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER MILITÄR-INTERVENTIONEN DER USA

26. JUNI 2014

Silvia Federici (Feministin, Italien)

AUFSTAND AUS DER KÜCHE

KRISE, SOZIALE REPRODUKTION UND LEBENSWEISE

27. OKTOBER 2014

Oliver Marchart (Politischer Philosoph, Österreich)

THE CRACK

DAS POLITISCHE, DIE POLITIK UND DIE RISSE IM SOZIALEN
In Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin

1. DEZEMBER 2014

Friedrich Schorlemmer (Theologe und Publizist, Lutherstadt Wittenberg)

GIER ODER GLÜCK, HABEN ODER SEIN, KONKURRENZ ODER SOLIDARITÄT

6. DEZEMBER 2014

Frederic Jameson (marxistischer Literaturtheoretiker, USA)

REPRESENTING GLOBALIZATION

WIE LÄSST SICH GLOBALISIERUNG REPRÄSENTIEREN?

12. DEZEMBER 2014

Christian Fuchs (Ökonom, Großbritannien)

KRISE, KOMMUNIKATION, KAPITALISMUS

FÜR EINE KRITISCHE POLITISCHE ÖKONOMIE DER MEDIEN UND DES INTERNETS IM ZEITALTER VON APPLE, FACEBOOK, GOOGLE UND TWITTER

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung ist die übergreifende Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird von allen Bereichen sowie von den Regionalbüros und Landesstiftungen angeboten. Angesiedelt ist die kontinuierliche Entwicklung, Evaluation und Etablierung eines bereichsübergreifenden Bildungsverständnisses in der Akademie für Politische Bildung. Ein zentrales Ziel unserer Arbeit ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, handlungsfähiger in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten zu werden. Unsere Angebote reichen von Abendveranstaltungen und Tagesworkshops über Wochenendseminare bis hin zu modularen Weiterbildungen sowie Arbeitshilfen und Bildungsmaterialien für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, Hierarchiebewusstsein und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, leiten unser Tun. In der Partei DIE LINKE oder in Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso selbstverständlich zu unseren Zielgruppen wie Menschen aus sozialen Bewegungen. Wir wollen Basiswissen vermitteln und neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement eröffnen. Wir versuchen, die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik zu durchbrechen und durch Methodenreichtum und -wechsel auch komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen.

Wichtige Säulen der Akademie für Politische Bildung sind die Kommunalakademie, das Team «Weiterbildung für Politik» und das Jugendbildungsnetzwerk mit ihren jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Immer stärker arbeiten wir interdisziplinär sowie bereichsübergreifend zusammen. Wir wollen damit die Verschränkungen unserer Arbeitsgebiete – ökonomische Alphabetisierung, Zeitgeschichte, Geschlechterverhältnisse, Neonazismus und andere Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit, Migration und soziale Bewegungen, europäische Politik und Internationalismus sowie sozialökologische Transformation – sichtbar machen und in diesen Feldern gesellschaftliche Veränderungsprozesse unterstützen.

Auch im Jahr 2014 setzten wir uns mit der für eine linke politische Stiftung zentralen Frage auseinander, wie wir unsere Zielgruppen ausweiten sowie räumliche, sprachliche und andere Zugangsbarrieren und Ausschlussmechanismen abbauen können, um dem Ziel einer möglichst weitreichenden Inklusion näherzukommen. Ab 2015 wird sich mit Silke Veth als Direktorin und Koray Yilmaz-Günay als stellvertretender Direktor ein neues Leitungsteam um die alten und neuen Aufgaben der Akademie für Politische Bildung kümmern. Dr. Evelin Wittich, Stiftungsmitbegründerin und langjährige Direktorin der Akademie für Politische Bildung, ist nun die neue Leiterin der «Fokusstelle Rosa Luxemburg».



Proteste in Berlin im Oktober 2014: Mehr als 250 Organisationen aus ganz Europa haben sich zusammengeschlossen, um Unterschriften gegen TTIP und CETA zu sammeln

VERANSTALTUNGEN ZU TTIP UND TISA

Dass inzwischen mehr Menschen in Deutschland wissen, was sich hinter den Kürzeln TTIP und TISA verbirgt, geht nicht zuletzt auf die unermüdliche Bildungs- und Aufklärungsarbeit von kritischen Journalistinnen und Journalisten sowie NGOs im vergangenen Jahr zurück. Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung darf sich auf die Fahnen schreiben, dazu frühzeitig und maßgeblich beigetragen zu haben, sei es in Form von geförderten Publikationen oder durch Veranstaltungsreihen.

Bereits im Mai 2014 brachte das Brüsseler Büro die Informationsschrift «Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen» von John Hilary (Geschäftsführer der NGO War on Want) heraus. Die Studie von Hilary ist inzwischen in sieben Sprachen übersetzt worden. Er ist einer der wichtigsten unabhängigen Experten in Bezug auf die potenziellen Auswirkungen von TTIP auf Staaten, die nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. John Hilary war auch Referent einer größeren öffentlichen Diskussionsveranstaltung zu den geopolitischen Konsequenzen von TTIP und des «Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen» (TISA), die am 18. September 2014 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin stattfand. Mit von der Partie waren Ulrike Herrmann und Andreas Zumach von der *tageszeitung*, Sven Hilbig von Brot für die Welt, Sanya Reid Smith vom Third World Network, Martin Beckmann von ver.di sowie Jürgen Buxbaum als Vertreter von Public Services International. Dieser weltweite Zusammenschluss von Gewerkschaften hat die bis dato erste Studie zu den Folgen von TISA für den öffentlichen Dienst erstellt.

Nicht nur diese könnten zum Teil dramatisch ausfallen, wenn nicht politisch entgegengesteuert wird. Auch Produkte der Länder des Südens werden, so die Einschätzung der geladenen Expertinnen und Experten zum TTIP-Abkommen, durch die geplante Senkung der Zölle zwischen der EU und den USA teurer und damit weniger konkurrenzfähig werden. Das würde für sie zu einem reduzierten Handelsvolumen etwa in der Textilbranche führen. Länder, die nicht Teil des Abkommens sind

(sogenannte Drittländer), müssten zu noch geringeren Kosten produzieren, was in der Regel zulasten der Löhne geht. Außerdem würde der Abbau der nicht tarifären Handelshemmnisse den Anpassungsdruck auf diese Länder erhöhen, da faktisch die in TTIP ausgehandelten Normen über den Geltungsbereich der EU und der USA hinausgehend Wirksamkeit hätten. Für Drittstaaten ist TTIP grundsätzlich nachteilig, da niemand ihre Positionen im Rahmen der Verhandlungen vertritt.

Das gilt auch für TISA, das 50 Länder und fast den gesamten weltweiten Handel mit Dienstleistungen umfasst. TISA wird noch geheimer verhandelt als TTIP, und dies mit gutem Grund: Nicht nur nationale Regierungen sollen an seine Vorgaben gebunden sein, sondern auch Kommunen, die man bei Verstößen haftbar machen will. Zudem sollen Vereinbarungen unumkehrbar sein. Das heißt etwa, dass ein einmal privatisiertes Elektrizitäts- oder Wasserwerk nicht rekommunalisiert werden kann. Ähnliches würde im Prinzip auch für das Gesundheits- und Bildungswesen sowie den gesamten Kulturbetrieb, etwa Theater und Museen, gelten. Staatliche Unternehmen sind nur dann von TISA ausgenommen, wenn sie im strengen Sinne inländisch agieren, also keine grenzüberschreitenden Dienste anbieten. Auf der Veranstaltung in Berlin wurde auch die sogenannte regulatorische Kooperation diskutiert, ein Instrument, mit dem Regierungen, die TTIP und TISA zustimmen, sich um ihre gesetzgeberische Gestaltungsmacht bringen. Denn handelsrelevante Gesetzesinitiativen und -vorschläge müssen demnach vor ihrer Verabschiedung in den nationalen Parlamenten einem Expertengremium (in dem auch Lobbyistinnen und Lobbyisten vertreten sein sollen) vorgelegt werden. Und hier zeigt sich der Kern des Übels: TTIP, CETA und TISA markieren die schleichende Abschaffung der Demokratie. Sie unterwerfen staatliches Handeln offen und schamlos den Anforderungen des Welthandels, indem sie ordnungspolitische Handlungsoptionen verunmöglichen. Angesichts dieses skandalösen Vorhabens wird die Stiftung sich auch in Zukunft mit diesen Abkommen und anderen Aspekten des ungerechten globalen Wirtschaftssystems beschäftigen und dazu Bildungsveranstaltungen anbieten.



Gunilla Palmstierna-Weiss mit ihrem Ehemann Peter Weiss

DIE SCHWEDISCHE KÜNSTLERIN GUNILLA PALMSTIERNA-WEISS ZU GAST IN DEUTSCHLAND

Gunilla Palmstierna-Weiss, international bekannte Bildhauerin, Keramikerin, Szenografin, Kuratorin, Autorin und Partnerin des 1982 verstorbenen Schriftstellers Peter Weiss, kam Anfang November 2014 nach Deutschland. Zunächst war sie zu Besuch im Peter-Weiss-Haus in Rostock und danach im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Auf ihrer Reise wurde sie von ihrem Sohn, dem Künstler und Gestalter Mikael Sylwan, begleitet.

Unterhaltsam gab die begnadete Erzählerin Einblicke in ihre Kindheit und Jugend in Österreich, Frankreich und Holland. Sie schilderte, wie sie in Stockholm als junge Frau in Weiss' frühen Experimentalfilmen schauspielerte und freiberufliche Set- und Kostümbildnerin wurde. An ihren Mann erinnerte sie sich folgendermaßen: «Er war ein sehr schöner Mann, mit Ausstrahlung. Das war aber nicht das Wichtigste. [...] Wir [konnten] über Sachen reden, die zu dieser Zeit in Schweden keine Themen waren wie zum Beispiel über Surrealismus und über Psychoanalyse. Wir haben von Anfang an eine intellektuelle Diskussion gehabt.» Man könnte ihre Beziehung zu Peter Weiss, mit dem sie ab 1952 liiert war, auch als symbiotisch bezeichnen, ihre künstlerischen Arbeiten beeinflussten und bedingten sich wechselseitig. Gemeinsam erlebten sie die stürmischen 1968er Jahre in Paris, Amsterdam und Berlin und nahmen radikal zu weltweiten politischen Entwicklungen Stellung.

Ihre Auftritte in Rostock und Berlin nutzte Palmstierna-Weiss auch, um sich gegen die einseitige Interpretation von Peter Weiss zu wehren, der, so ihre Kritik, meist nur als politisch engagierter Schriftsteller verstanden werde. Wer seinen Roman «Die Ästhetik des Widerstands» laut lese, höre jedoch, dass die Sätze wie musikalische Kompositionen seien. Für Gunilla Palmstierna-Weiss war ihr Ehemann «ein Künstler, Filmemacher und Autor – ein Poet im besten Sinne». Und das ist es vor allem, was seine Werke auch heute noch so spannend macht.

«Mit dem Theater fing unsere Zusammenarbeit an, begann der Dialog, der dreißig Jahre währte. Wir haben nicht zusammen gearbeitet, weil wir zufällig zusammenlebten. Uns verband die berufsmäßige Auffassung von Arbeit, von Kunst und von der Gesellschaft. – Eine lange Entstehungsgeschichte. [...] Ich habe mehr oder weniger zufällig eine ähnliche Biographie wie Peter, und vielleicht sehe ich deswegen in seiner Arbeit auch andere Strukturen und Bezüge als diejenigen, die sein Werk von außen betrachten.»

Gunilla Palmstierna-Weiss

«POLITIK ALS VERÄNDERUNGSPROJEKT»

Im Jahr 2014 bot die Rosa-Luxemburg-Stiftung zum ersten Mal den Qualifizierungskurs «Politik als Veränderungsprojekt» an. Dieser geht auf eine langjährige Kooperation mit anderen linken Weiterbildungsträgern und Organisationen wie attac, die Bewegungstiftung, ver.di, die Partei DIE LINKE oder die Interventionistische Linke zurück. Gemeinsam hatte man die Vision von einem Weiterbildungsprojekt für das «linke Mosaik». Das Angebot sollte sich also an Menschen richten, die linke Politik selbstverständlich als Bündnisarbeit verstehen, die eine Kultur des kollektiven Handelns im eigenen Wirkungskreis etablieren und sich am Aufbau vernetzter Strukturen beteiligen wollen.

Mit einem solchen Vorhaben betrat die Stiftung Neuland. Dementsprechend wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die aufbauend auf Erfahrungen aus der attacademie, den Politikmanagementkursen der Stiftung oder dem U35-Programm von ver.di ein Konzept entwickeln sollte. Zunächst musste ein roter Faden erarbeitet werden. Klar war, dass ein solches Angebot sowohl Teilnehmende und ein Team als auch Lernorte und eine Lernkultur braucht, die das «linke Mosaik» repräsentieren. Und genau dies war für die Beteiligten der Antrieb zur Mitarbeit: die Möglichkeit, damit die Begrenztheit der Fortbildungen im eigenen Organisationsumfeld zu überwinden.

Der Kurs startete im Oktober 2014 mit 18 Teilnehmenden, die sich in der Partei DIE LINKE, in Gewerkschaften, NGOs, der radikalen Linken oder lokalen Politinitiativen engagieren. Zum ersten Mal trafen sie sich im Waldhotel in Elgersburg, das zweite Mal in der Kommune Niederkaufungen. 2015 wird der Kurs an linken Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland fortgesetzt. Die Heterogenität der Teilnehmenden, die sich auch in verschiedenen theoretischen Bezügen, Aktionsformen, Kommunikationskulturen und politischen Strategien niederschlägt, setzt einen Lernprozess voraus, der Unterschiedlichkeit zum Ausgangspunkt macht und nicht eine zusammenführende Idee. Der erste Lernschritt besteht darin,

sich gegenseitig von den eigenen Kommunikations- und Entscheidungskulturen oder Transformationsvorstellungen zu erzählen. Beim ersten Modul zum Thema Kooperation prallten ganz verschiedene Praxen und Vorstellungen aufeinander, einerseits ausgefeilte Mehrheitsprinzipien und Wahlämter, andererseits Konsenskultur und ein Führungsverständnis, das auf kollektive Aushandlungsprozesse setzt. Im zweiten Modul wurden innerlinke Trennlinien spürbar, als Fragen auftauchten, ob in der eigenen Utopie von einer anderen Gesellschaft noch Platz wäre für Staat, Markt oder Geld oder wer dann die Reproduktionsarbeit übernehmen würde. In einem zweiten Lernschritt wurde dann eine Reihe von Theorien, Modellen oder Werkzeugen zur gesellschaftlichen Veränderung vorgestellt und in Bezug auf ihre Tauglichkeit in verschiedenen Kontexten überprüft. In diesem Modul sollten die Teilnehmenden im Spannungsfeld zwischen der populären Veränderungsidee des «schmelzenden Eisbergs» (Kotter) und dem «Moving Action Plan» (Moyer) ihre eigene Strategie entwickeln. In einem dritten Schritt ist vorgesehen, dass sich die Teilnehmenden bei der Anwendung der erarbeiteten Inhalte in konkreten Projekten unterstützen.

Neben der inhaltlichen Fortbildung besteht der Nutzen dieser Herangehensweise darin, die Heterogenität des «linken Mosaiks» erlebbar zu machen. Dies mutet den Teilnehmenden einiges zu, es wird nicht versucht, bestehende Differenzen wegzumoderieren, im Gegenteil. Der Kurs hat den Anspruch, Wege aufzuzeigen und auszuprobieren, wie Spannungen nicht nur ausgehalten, sondern für eine Zusammenarbeit produktiv gemacht werden können. Die Gewerkschaftskollegin soll zum Beispiel erkennen, dass sie von der Kritik und den Ansichten eines anarchistischen Stadtteilaktivisten durchaus profitieren kann, und umgekehrt. Ein linkes Bündnisprojekt, sei es «Dresden Nazifrei» oder Blockupy kann nicht darauf angewiesen sein, dass alle sich gut verstehen und sich immer einig sind, um handlungsfähig zu sein. Herauszubekommen, wie eine Kooperation trotzdem funktionieren kann, ist Gegenstand, Anspruch und strategischer (Neu-)Wert dieses Kurses.

NEUES FORMAT: BILDUNGSMATERIALIEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein neues einheitliches Format für Bildungsmaterialien entwickelt. Die Hefte richten sich vor allem an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der politischen Bildung, die für die Vorbereitung von Seminaren oder Workshops einen niedrigschwelligen Zugang zu einem bestimmten Thema und Empfehlungen zu Methoden und möglichen Abläufen von Veranstaltungen suchen.

Die Hefte gliedern sich in drei Teile:

- Im inhaltlichen Teil wird das Thema einleitend präsentiert und politisch-theoretisch sowie historisch eingebettet. Es werden Grundbegriffe erläutert und Hintergrundinformationen zum Thema geliefert. Des Weiteren findet sich hier eine erste kritische Auseinandersetzung mit Ein-

satzmöglichkeiten und potenziellen Fallstricken der im zweiten Teil vorgestellten Methoden.

- Im zweiten Teil der Hefte werden mindestens drei Methoden so vorgestellt, dass sie ohne externe Unterstützung eingesetzt werden können. Eine Darstellung des möglichen Ablaufs sowie Hinweise zu Raum-, Zeit- und Materialanforderungen erleichtern die Vorbereitung und Durchführung eines Seminars.
- Im Serviceteil geben Literatur-, Medien- und Linklisten einen Überblick zu weiterführenden Publikationen und Materialien. Dies ermöglicht Teamerinnen und Teamern, das Thema umfassender vorzubereiten, und liefert Teilnehmenden Hinweise zur vertiefenden Beschäftigung. Eine Adressliste von Trägern und Institutionen, die zum jeweiligen Thema arbeiten, informiert darüber hinaus über Andockmöglichkeiten und Kontakte vor Ort, um sich gegebenenfalls extern beraten zu lassen.

Auf der Website www.rosalux.de/bildungsmaterialien, die die Bildungshefte ergänzt, finden sich neben der PDF-Datei des jeweiligen Bildungshefts die dazugehörigen Arbeitsblätter, Links zu Audio- und Videomaterial sowie gegebenenfalls Aktualisierungen und Ergänzungen zum Heft.

Das erste Heft der neuen Reihe widmet sich dem Thema Netzwerken. In Vorbereitung befinden sich drei Bildungshefte zu den Themen intersektionale Bildungsarbeit, Prekarisierung und Kommunismus.



STIFTUNGSVERBUND

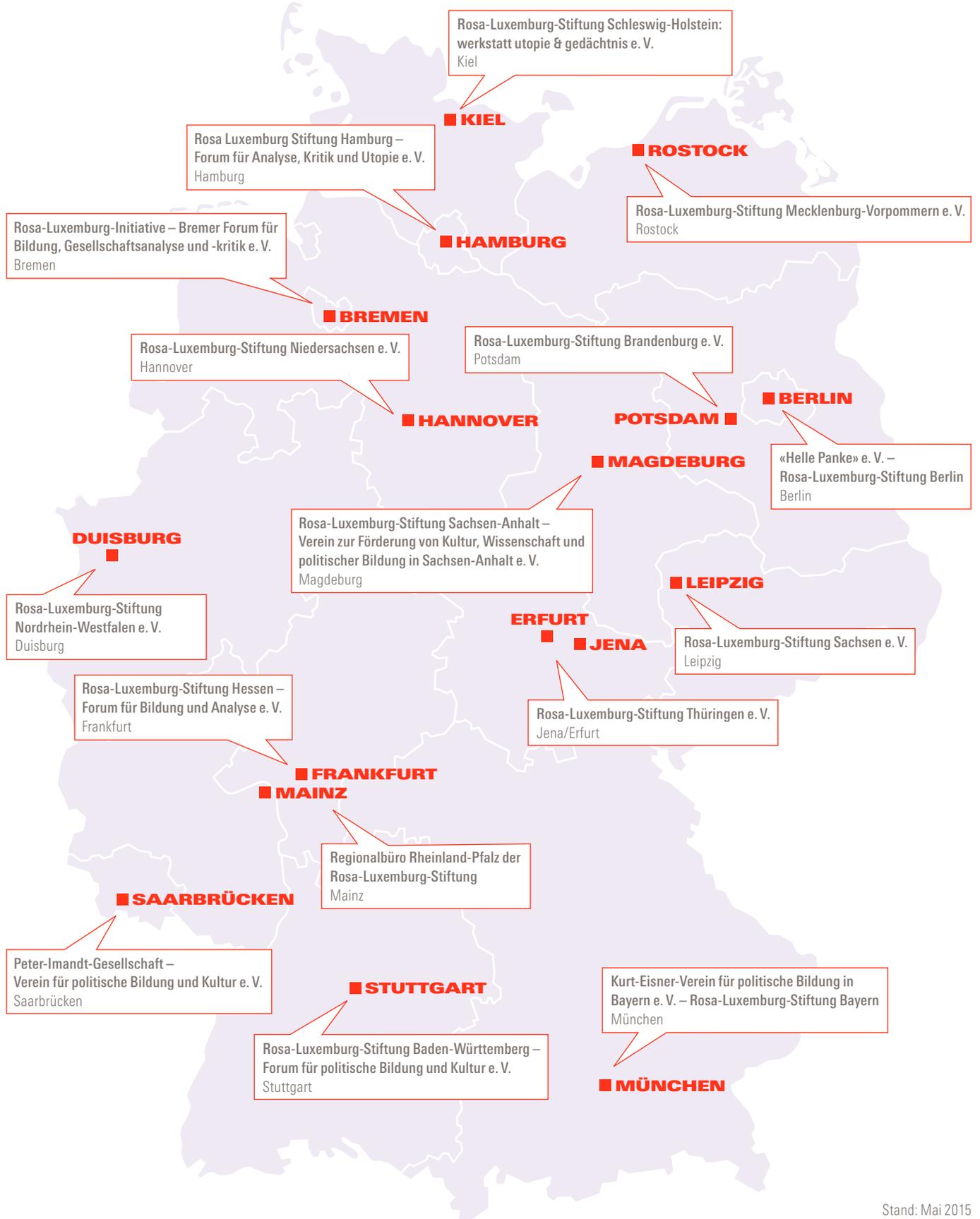
BILDUNGSARBEIT IN DEN LÄNDERN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet seit vielen Jahren aktiv in allen 16 Bundesländern. Dort findet ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit in enger Kooperation mit den Landesstiftungen statt: Im Jahr 2014 gab es etwa 2.200 Veranstaltungen mit rund 104.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an eine breite Öffentlichkeit. Die Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, anderen Bildungsträgern und Kommunalpolitikerinnen und -politikern und arbeiten teilweise auch länderübergreifend zusammen.

Auf lokaler Ebene organisieren in größeren Flächenländern wie Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Rosa-Luxemburg-Clubs die vielfältigen Bildungsangebote. Darüber hinaus entwickelten sich regionale Arbeits- und Freundeskreise, Kontaktstellen und Bildungszirkel in zahlreichen Orten zu wichtigen Kooperationspartnern. In zunehmendem Maße organisieren die Landesstiftungen nachhaltige Bildungsangebote wie Workshops, Tages- und Wochenendseminare, Konferenzen, Ausstellungen, Exkursionen und Bildungsreisen. Der überwiegende Anteil der umfangreichen Arbeit in den Bundesländern wird ehrenamtlich geleistet.

Der Bereich Bundesweite Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen sowie untereinander. Finanziert wird die Arbeit der Landesstiftungen teils durch Zuwendungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, teils durch eigene Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel in unterschiedlicher Höhe eingesetzt werden.

Mit über 500 Veranstaltungen lag im Jahr 2014 ein inhaltlicher Schwerpunkt auf zeitgeschichtlichen und geschichtspolitischen Fragestellungen, insbesondere auf Themenstellungen zum Ersten Weltkrieg, zum antifaschistischen Widerstand, zur Geschichte der DDR und zum Weg in die Deutsche Einheit. Aktuellen Problemen der internationalen Politik widmeten sich rund 400 Veranstaltungen, angesichts zunehmender bewaffneter Konfliktaustragung befassten sich allein 184 Veranstaltungen mit Fragen von Krieg und Frieden. Weitere wichtige Themen waren Kapitalismuskritik/Alternativen und Demokratieentwicklung sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus. Ergänzt wurden diese Schwerpunkte durch ein vielfältiges Angebot zu wirtschafts-, sozial- und genderpolitischen Fragen, zu philosophischen und gesellschaftstheoretischen sowie zu kulturell-künstlerischen Themen. Der Teilnehmerkreis setzt sich inzwischen zu etwa 40 Prozent aus Frauen zusammen, der Anteil der unter 30-Jährigen liegt bei rund 30 Prozent.





Bloch-Biograf Arno Münster auf der Veranstaltungsreihe zu Ehren des Philosophen



Teilnehmerinnen des Frauenstimmrechtskongresses in München 1912

BADEN-WÜRTTEMBERG

ZU EHREN VON ERNST UND KAROLA BLOCH

Im Winter 2014 organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg in Tübingen eine Veranstaltungsreihe zur Erinnerung an Ernst und Karola Bloch. Ihr gesamtes Leben war von dem Grundsatz «Denken heißt überschreiten» geprägt: Ins Exil gezwungen, versuchten sie nach dem Zweiten Weltkrieg im «Realsozialismus» Fuß zu fassen. Der Weggang und Bruch mit der DDR führte sie 1961 nach Tübingen. Beide arbeiteten weiterhin an «konkreten Utopien»: Ernst Bloch als Philosoph in seinen Schriften und Karola Bloch als Architektin in ihrem politischen Engagement, in dem ihre «Sehnsucht des Menschen, ein wirklicher Mensch zu werden» einen Ausdruck gefunden hat.

Am 21. November 2014 folgten rund 80 Interessierte der Einladung zu einem kulturellen Abend, an dem Welf Schröter vom Talheimer Verlag aus Texten von Ernst Bloch vorlas und aus der Autobiografie von Karola Bloch, die ihre Familie im Holocaust verloren hat. Ergänzt wurde die Lesung durch den Ernst-Bloch-Chor, der thematisch passende Lieder vortrug. Auf einem Workshop am 28. November führte der Philosoph Matthias Mayer dann zunächst allgemein in Ernst Blochs Philosophie ein und stellte danach dessen Schrift «Erbschaft dieser Zeit» (1935) vor, in der Bloch der gesellschaftlichen Entwicklung der späten Weimarer Republik und der Frage nachgeht, warum der deutsche Faschismus zu einer Massenbewegung werden konnte. Am 3. Dezember sprach der bekannte Bloch-Biograf Arno Münster an der Universität Tübingen zum Thema «Menschenwürde, Naturrecht, aufrechter Gang und konkrete Utopie im Denken von Ernst Bloch». Auf der Grundlage des Buchs «Naturrecht und menschliche Würde» (1961) führte Münster unter anderem Blochs These aus, dass der Freiheitsgedanke der bürgerlichen Revolution versöhnt werden müsse mit der sozialen Emanzipationslehre von Karl Marx. Die Veranstaltungsreihe war sehr erfolgreich und soll im Jahr 2015 fortgesetzt werden.

BAYERN

DIE WAFFEN NIEDER!

Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges lud die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) in Kooperation mit dem Kurt-Eisner-Verein dazu ein, sich mit bedeutenden Friedensaktivistinnen zu beschäftigen, die sich gegen den Ersten Weltkrieg ausgesprochen hatten. Dies war die einzige Veranstaltungsreihe in Deutschland, die sich anlässlich dieses Jahrestages speziell mit der Position von Frauen auseinandersetzte und an mutige Frauen erinnerte, die Kriege entschieden ablehnten, egal wo und von wem sie geführt wurden. Zugleich wurde betont, dass ihre Forderungen nach der Ächtung militärischer Konflikte und dem Verbot von Waffenproduktion und -exporten erschreckend aktuell sind. Insgesamt fanden zehn Veranstaltungen in ganz München statt. Im Mittelpunkt der Reihe standen: die erste Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, die Gründungsmitglieder der IFFF Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, die Aktivistinnen der Münchner Frauenbewegung Ellen Ammann und Luise Kiesselbach, die Kriegsgegnerin und Feministin Clara Zetkin, die Künstlerin Käthe Kollwitz, die Chemikerinnen Gertrud Woker und Clara Immerwahr, die über den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln aufklärten, und abschließend die «Kassandra des Ersten Weltkrieges»: Rosa Luxemburg. Unter den 19 Referentinnen und Referenten befanden sich nur zwei Männer. Insgesamt kamen 365 Personen zu den Vorträgen. Nach Auswertung der Teilnahmelisten lag der Frauenanteil bei 70 Prozent und der Altersdurchschnitt bei 53 Jahren. Diese Angaben zeigen, dass vor allem Frauen der Nachkriegsgeneration für die Reihe begeistert werden konnten, die grundsätzlich zu einer der wichtigsten Zielgruppen von Veranstaltungen der Friedensbewegung zählen. Die Veranstaltungen boten zudem ausreichend Raum, um sich intensiv über politische Ereignisse der Vergangenheit, zum Beispiel die damalige Rolle der SPD, auszutauschen, aber auch um über gegenwärtige Kriege mit Blick auf die Situation von Frauen zu diskutieren.



Großer Andrang vor dem Kulturhaus Astra in Berlin-Friedrichshain



Angeregte Diskussionen am Rande der Potsdamer Konferenz zur Deutschen Einheit

BERLIN

EDWARD SNOWDEN – WER SCHÜTZT UNS VOR DER NSA?

Im Sommer 2013 begann eine Enthüllungsserie über staatliche Überwachung und über ihre helfenden Hände in der Internetindustrie. Seitdem wird immer deutlicher, wozu digitale Ausspähungstechnologien heute fähig sind. Zu verdanken haben wir diese Enthüllungen Edward Snowden. Mithilfe von Journalisten veröffentlicht der ehemalige Mitarbeiter US-amerikanischer Geheimdienste seitdem seine Erkenntnisse. Und zahlte dafür einen hohen Preis: Snowden floh um den halben Erdball und strandete in Moskau.

«Captain Snowden gegen NSA, BND und für eine Welt ohne Geheimdienste?», so lautete der Titel einer Diskussionsveranstaltung der Hellen Panke e. V. Sie fand am 8. Mai in der Friedrichshainer Partylocation Astra Kulturhaus statt – und war damit eine interessante Veranstaltungsalternative zur Abschlussparty der Netzkonferenz «re:publica». Weit über 500 Besucherinnen und Besucher – altersmäßig und hinsichtlich der biografischen Hintergründe sehr durchmischt – kamen. Thema der Veranstaltung, die von der Sprecherin des Chaos Computer Clubs (CCC) Constanze Kurz moderiert wurde, waren politische und praktische Frage, wie die und der Einzelne vor flächendeckender Überwachung und Datensammelwut durch Geheimdienste und Konzerne geschützt werden können. Auf dem Podium saßen die Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) und Gregor Gysi (DIE LINKE). Ströbele hat als einziger deutscher Parlamentarier Edward Snowden in seinem Moskauer Exil besucht, während Gysi schon sehr früh politisches Asyl für Snowden in Deutschland gefordert hat. Und so bestimmte den Abend vor allem die Frage, ob Snowden nach Berlin kommen kann, um vor dem NSA-Untersuchungsausschuss auszusagen. Bis heute lehnt die Bundesregierung eine Einreise Snowdens ab. Die Causa Snowden und der Umgang mit der schwer kontrollierbaren Welt der Geheimdienste wird die Bundesstiftung und die Landesstiftungen vermutlich noch länger beschäftigen.

BRANDENBURG

DER WEG IN DIE DEUTSCHE EINHEIT

Auf das Ende der DDR und den Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands war man in keinem der europäischen Nachbarländer und auch nicht in den USA vorbereitet. Diese Ansicht vertraten Wissenschaftler aus sechs europäischen Staaten während der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg am 18. Juni 2014 in Potsdam veranstalteten Konferenz «Das Ende des Kalten Krieges und der Weg in die deutsche Einheit. Sichtweisen in europäischen Nachbarländern».

In einem Einleitungsvortrag berichtete Hans Misselwitz, 1990 Staatssekretär im DDR-Außenministerium, über Kontakte seines Ministeriums zu den Partnern in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Danach trugen Mark Allinson (University of Bristol), Bogdan Koszel (Universität Poznan) sowie Gilbert Merlio (Université Paris IV) ihre Sichtweisen auf die Rolle der Regierungen ihrer Länder in den Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit vor. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere in Frankreich und Großbritannien zunächst Bedenken gegenüber einem zu großen Einfluss des vereinigten Deutschland in der Europäischen Union vorherrschten. Polen verband mit dem deutschen Vereinigungsprozess die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Des Weiteren äußerten sich Seppo Hentilä (Universität Helsinki), Hannes Hofbauer (Promedia Verlag Wien) und Thomas Wegener Friis (Universität Odense) zu ihren Erkenntnissen über die politische und mediale Debatte in ihren Ländern. Österreich hatte vor allem wirtschaftlich von der deutschen Zweistaatlichkeit profitiert, trug 1989 allerdings entscheidend zur Abwanderung vieler Ostdeutscher über seine Grenze zu Ungarn bei. Dänemark begegnete der Vereinigung aufgrund historischer Erfahrungen mit Deutschland mit Skepsis, während Finnland den Vereinigungsprozess nutzte, um seine Beziehungen zur Sowjetunion auf neuer Grundlage zu regeln. Es ist geplant, bis Ende des Jahres einen Tagungsband mit den erweiterten Vorträgen der Referenten zu publizieren.



Nahaufklärungsdrohne der Bundeswehr im Einsatz in Afghanistan



Nelson-Mandela-Statue vor der Botschaft Südafrikas in Washington

BREMEN

DROHNENKRIEGE

Drohnenkriege sind Ausdruck einer rasanten Entwicklung: vom «Krieg gegen den Terror» nach 9/11 zur Kriegsführung der Zukunft, einer Zukunft, die gelegentlich der Science Fiction zu entstammen scheint, in der Roboter die schmutzigen Kriege der Menschen kämpfen und sich schließlich gegen ihre Schöpfer erheben. Letzteres liegt noch nicht im Bereich des Möglichen, aber Wege zur Erschaffung autonomer Kampfroboter werden bereits beschritten.

Zum Thema Drohnenkriege fanden im vergangenen Jahr bundesweit Veranstaltungen mit Norbert Schepers, Politikwissenschaftler und Leiter des Bremer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bei verschiedenen Organisationen statt. Eine kleine Kampagnen-Website zur Veranstaltungstournee bietet einen Abstract des Vortrages und Texte zu verschiedenen Aspekten des Themas, eine Terminübersicht und nicht zuletzt ein einstündiges Vortragsvideo sowie weiterführende Links. Das Vortragsangebot entstand aus einer ersten, experimentellen Veranstaltung im Rahmen des 2013 neu gestarteten Bremer «jour fixe», die auf rege Resonanz gestoßen war. Darauf folgten gut zwei Dutzend Vortragstermine im Jahr 2014, die zeigten, dass oft als «dröge» empfundene gesellschaftliche Fragen in Bezug auf Technik und Sicherheitspolitik anschaulich und fesselnd erklärt werden können.

Dass hiermit eine gewisse inhaltliche Leerstelle in Bezug auf ein wichtiges sicherheitspolitisches Thema geschlossen wurde, war ein weiterer Zugewinn für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dabei geht es um Verbindungen von Technik und Krieg sowie speziell um die Rolle von digitaler Informationstechnologie, um die globale Geheimdienstaffäre und nicht zuletzt auch um die Aufarbeitung der weltweiten Antiterrorkriegsführung. Schließlich bieten diese Debatten und Themen Raum für die programmatische Weiterentwicklung der uns nahestehenden parteilichen Akteure in einem sonst eher durch innerlinke Spaltungen gelähmtem Feld der Sicherheitspolitik.

HAMBURG

SÜDAFRIKA 2014 – ZWANZIG JAHRE NACH DER APARTHEID

Es dominieren vor allem Schreckensmeldungen die gegenwärtige Berichterstattung aus Südafrika. Sie zeichnen ein einseitiges Bild von einer der jüngsten Demokratien auf dem Globus. Zwanzig Jahre nach dem Ende der Herrschaft eines sich rassistisch legitimierenden Regimes wollte die Stiftung daher dem Zerrbild von Südafrika etwas entgegensetzen: eine siebenenteilige Veranstaltungsreihe mit Expertinnen und Experten, darunter Denis Goldberg, Armin Osmanovic, Carmen Ludwig und Ingrid Laurien. Der Jahrestag der ersten freien und gleichen Wahlen am Kap war der unmittelbare Anlass, doch spielte auch eine Rolle, dass seit dem Massaker in Marikana im August 2012 – 34 streikende Bergleute sind dabei von der Polizei erschossen worden – die gesellschaftlichen Konflikte im «neuen Südafrika» erschreckende Formen angenommen haben. Marikana stellt eine andauernde Belastungsprobe für den regierenden ANC und seine Allianz mit der Kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU dar.

Angesichts des gesteigerten Interesses an Südafrika bot der Jahrestag dieses letzten bedeutenden Umbruchs im 20. Jahrhundert die Chance, nicht nur dem vorherrschenden Bild von faszinierender Tierwelt, gutem Wein und ausufernder Kriminalität entgegenzuwirken, sondern nach den gesellschaftlichen Errungenschaften und Enttäuschungen zu fragen. Wir wollten auch herausfinden, was linkspolitische Initiativen hierzulande von der ausgeprägten und robusten Zivilgesellschaft in Südafrika lernen können. *Community building* und die Orientierung an materiellen Interessen, die enge Verknüpfung von Klassen-, Bildungs- und Gesundheitskämpfen und das Insistieren auf dem Recht, ein würdiges und sicheres Leben führen zu können, waren einige wichtige Aspekte, die in der Reihe vorgebracht wurden. Die intensiven Diskussionen während der von durchschnittlich 45 Personen besuchten sieben Veranstaltungen geben Hoffnung, dass wir mit unseren Absichten richtig lagen.



Tausende demonstrierten 2014 für den Kampf der Kurden in Rojava wie hier in Leipzig.



Justizministerin Hilde Benjamin auf dem Frauenkongress der DDR am 26. Juni 1964

HESSEN

ROJAVA UND DAS «TERRORKALIFAT»

Internationale Politik sowie Friedens- und Sicherheitspolitik waren im Jahr 2014 die besonderen Schwerpunkte der politischen Bildungsarbeit in Hessen. 21 von insgesamt 77 Veranstaltungen fielen in diese Kategorie. Dabei waren die aktuellen Entwicklungen im Irak, in Syrien, in der Türkei und in der Ukraine die wichtigsten Themen. Große Aufmerksamkeit erhielten Veranstaltungen zu Rojava, dem kurdischen Teil von Syrien, und zum «Terrorkalifat des IS». Auch die Zeitschrift *Infobrief Türkei*, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen gefördert wird, widmete zwei ihrer Ausgaben diesen Themen. Zwei Artikel wurden ins Englische übersetzt und konnten auf einigen Internetseiten in den USA platziert werden. Besonders der Rosa-Luxemburg-Club Kassel konnte mit seinen Angeboten zu internationaler Politik ein junges Publikum ansprechen. Auffallend war, dass Veranstaltungen zu Rojava in der Mehrzahl von Frauen besucht wurden.

Den Jahreshöhepunkt bildete der alljährlich in Kassel stattfindende «Bundesweite Friedensratschlag», der von der Stiftung unterstützt wird. Alle Workshops waren gut besucht, insbesondere das Referat des Politikwissenschaftlers Sinan Birdal, Dozent an der Isik Universität in Istanbul. Birdal referierte über die türkische Außenpolitik und speziell über den Kampf der kurdischen Bevölkerung gegen Terrorismus, Repressionen und Staatsversagen. Dabei gab er einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Großmächte und deren Politik im Mittleren und Nahen Osten. In Bezug auf die Türkei machte er die Probleme mit demokratischen Reformen sowie dem sogenannten Friedensprozess in der kurdischen Frage deutlich. Der «Bundesweite Friedensratschlag» mit über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie das große Interesse an Angeboten zum Thema internationale Politik haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen ermutigt, es auch im Jahr 2015 zum Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit, insbesondere in Nordhessen, weiterzuentwickeln.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

DIE BENJAMINS. EINE DEUTSCHE FAMILIE

Im Kaleidoskop unseres politischen Bildungsangebots nimmt Zeitgeschichte einen breiten Raum ein. Nicht selten erregen solche Veranstaltungen die Gemüter, weil mit bestimmten zeitgeschichtlichen Personen auch persönliche Erfahrungen verbunden sind. Dies trifft auch zu, wenn der Name Hilde Benjamin, ehemalige Justizministerin der DDR (1953–1967), fällt. Beleuchtet man deren Biografie im Kontext der deutschen Geschichte, relativiert sich indes das Bild von der «blutrünstigen roten Hilde», wie Uwe-Karsten Heye, Journalist, Diplomat und früherer Regierungssprecher, in seinem im letzten Jahr erschienenen Buch «Die Benjamins – eine deutsche Familie» zeigen kann. Am 14. Juli 2014 fand auf Einladung der Stadtbibliothek und der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Zeughaus Wismar eine gut besuchte Lesung mit ihm statt.

Das spannende Psychogramm dieser Familie basiert auf bislang unbekanntem Archivalien und Zeitzeugengesprächen. Es widmet sich fünf Personen: neben dem berühmten Philosophen Walter Benjamin dessen Schwägerin Hilde, ihrem Mann Georg, der als jüdischer Arzt und Kommunist im KZ Mauthausen ermordet wurde, dessen Schwester Dora, die im Schweizer Exil verstarb, und schließlich dem Sohn von Hilde und Georg, Michael, Professor für Recht in Ost-Berlin, der Zeit seines Lebens mit dieser Familiengeschichte rang. Der Abend rückte manches Zerrbild aus den Zeiten des Kalten Krieges zurecht, insbesondere jenes über Hilde Benjamin, die der von Nazis geprägten westdeutschen Nachkriegsjustiz ein Dorn im Auge war. Ungeachtet vieler widerstrebender Emotionen zeigten sich die über 100 Gäste sehr beeindruckt von der Veranstaltung. Die *Ostsee-Zeitung* fasste es so zusammen: «Uwe-Karsten Heye machte mit seiner Lesung Mut, [...] endlich zu einem offenen Dialog zwischen Ost und West zu kommen. «Wir müssen endlich ins Gespräch kommen, um die Vereinigung auch mental nachzuholen [...] Wir werden nicht drum herumkommen, die gegenseitigen Vorurteile zu relativieren.»»



Politisches Engagement: Bande im Karl-Liebknecht-Stadion in Babelsberg, 2014



#cross_solidarity II: Begegnungen, Diskussionen, Austausch

NIEDERSACHSEN

VERANSTALTUNGSREIHE «FUSSBALL UND GESELLSCHAFT»

Kaum ein Ereignis zieht derart viele Menschen in seinen Bann wie der Männerfußball. Auch im Jahr 2014 gab es während der Weltmeisterschaft in Brasilien wieder Massenaufmärsche zwischen Euphorie, Hysterie und Kommerz. Gute Gründe für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Niedersachsen, sich mit den sozialen und politischen Kontexten der Fifa-WM zu beschäftigen, ebenso wie mit dem enormen Stellenwert, den der Fußball in unserer Gesellschaft einnimmt.

Zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe im letzten Mai befasste sich die Landesstiftung mit den nationalistischen Aspekten dieses Sports. Der renommierte Fanforscher Gerd Dembowski analysierte ideologiekritisch den «Party-Patriotismus» und Kampagnen wie «Schwarz-Rot-Geil». Mit der ehemaligen Profifußballerin Tanja Walther-Ahrens, die Präsidiumsmitglied des Berliner Fußballverbandes ist, sprachen wir über männliche Dominanz und Geschlechterbilder, die im Profifußball transportiert werden und Sexismus und Homophobie Vorschub leisten. Die Reihe befasste sich auch mit dem wachsenden Widerspruch zwischen Faninteressen und Vermarktungsabsichten der Vereine und ging der Frage nach, ob man heute gar von einer Gentrifizierung des Fußballs sprechen kann. Selbstverständlich thematisierten wir auch die Fifa-WM selbst. Dabei stellte der Journalist Christian Russau die negativen Auswirkungen der WM auf weite Teile der brasilianischen Gesellschaft heraus, darunter die Verteuerung der Lebenshaltung sowie die Vertreibung von Favela-Bewohnerinnen und -Bewohner zwecks Errichtung neuer Fußballstadien und Zufahrtsstraßen. Die überdurchschnittlich hohen Teilnehmerzahlen belegen das große Interesse an kritischer Analyse zum Thema Fußball. Ebenso erfreulich war es, dass wir viele junge Menschen erreichen konnten, die zu Veranstaltungen in klassischen Formaten eher selten kommen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Niedersachsen wird sich daher auch weiterhin mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Fußballs kritisch auseinandersetzen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

RE:ORGANISIEREN DER LINKEN IN DER KRISE

Das Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungsinitiativen ist mitunter konfliktreich. Die Akteure setzen an verschiedenen Punkten an und differieren in ihren Arbeitsweisen. So stoßen sie jeweils schnell an Grenzen des für sie Machbaren. Auch nationale Grenzen erschweren die Zusammenarbeit. Wie also lassen sich das lokal Besondere und das grenzüberschreitend Allgemeine verbinden? Wie gelingt gegenseitige Solidarität?

Diesen Fragen widmete sich die dreitägige Konferenz «#cross_solidarity II – Re:Organisieren der Linken in der Krise», die Anfang November 2014 in Bochum stattfand (als Folgekonferenz von «#cross_solidarity – Internationale Solidarität in der Krise?!»). Organisiert wurde die internationale Tagung von Mitarbeiterinnen und Kollegen der Stiftung aus Berlin, der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen sowie dem Team des Kulturzentrums Bahnhof Langendreer.

In Bezug auf den Bereich Care und das «Recht auf Stadt» wurden die Synergien, die aus solidarischer Zusammenarbeit erwachsen können, herausgestellt. Immer wieder trat aber auch Skesps hinsichtlich einer Annäherung an andere politische Akteure zutage. Dabei ging es um Enttäuschungen oder die Sorge, vereinnahmt zu werden oder weitreichende, radikale Forderungen zugunsten von «Realpolitik» aufgeben zu müssen. Engagiert wurde über «Politik von unten» jenseits von Stellvertreterpolitik diskutiert. Die Tagung bot auch Raum für strategische Fragen und Analysen, etwa zu Perspektiven der Blockupy-Mobilisierung oder Organisations- und Kampfformen prekärer Gruppen. Wertvolle Impulse gaben unter anderem Stevie Williams aus den USA (Transformative Organizing), Nikhil Dey aus Indien (Right to Information-Campaign), Eleni Chatzmichali aus Griechenland (Solidarity4all und Solidarische Kliniken), Heiner Köhnen (Transnational Information Exchange), Vertreterinnen und Vertreter der PAH (Plattform der Hypotheken-Opfer) aus Spanien und vom Centro Sociale ESC-Atelier aus Italien.



Intellektuell, sensibel, politisch engagiert: Jenny Marx



Linsen: traditioneller Eiweißlieferant, als Fleisch noch ein Luxus war

RHEINLAND-PFALZ

200. GEBURTSTAG VON JENNY MARX

Rund 70 Interessierte folgten Mitte Februar 2014 der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Volkshochschule Trier und der Jenny-Marx-Gesellschaft für politische Bildung zur «Geburtstagfeier für die couragierte Frau an der Seite des berühmten Sohnes der Stadt Trier, Karl Marx» in die Volkshochschule am Domfreihof. Den Auftakt bildete ein Vortrag von Rolf Hecker aus Berlin, dem Mitherausgeber der «Briefe von und an Jenny Marx» (Dietz Verlag, 2013), der zum Thema «Jenny Marx und ihre Freundschaft zu den alten 48ern» sprach. Das Publikum kam zudem in den Genuss einer herausragenden szenischen Lesung des Berliner Kalliope-Teams rund um Gisela M. Gulu. «Zwei Frauen im Schatten eines Genies» lautete der Titel dieses fiktiven Gesprächs zwischen Mutter und Tochter.

Heckers Resümee: Jenny Marx war nicht nur die Gattin an der Seite ihres berühmten Mannes und die Mutter seiner Kinder, sondern eine politisch engagierte Frau, die einen regen Austausch mit ihren Zeitgenossinnen und -genossen suchte. Der Briefwechsel mit an der deutschen Revolution von 1848/49 Beteiligten, wie Johann Philipp Becker (Genf), Adolf Cluß (Washington), Ferdinand Lassalle (Düsseldorf, Berlin), Victor Schily (Paris) und Joseph Weydemeyer (New York), war zeitweise besonders intensiv, so Hecker. Das inszenierte Gespräch wiederum, dem eine quellen- und literaturnahe Aufbereitung über die Protagonistinnen und ihre Zeit zugrunde liegt, vermittelte dem Publikum tiefe Einblicke in Leben, Werk und Wirken von Jenny Marx. Das vom Kalliope-Team entworfene Bild schloss unmittelbar an die Einschätzung Rolf Heckers an. Jenny Marx war mehr als die Sekretärin und «Geschäftsführerin» ihres Mannes. Sie war eine intellektuelle, sensible, politisch engagierte und auf Emanzipation hinwirkende starke Persönlichkeit, die einen wesentlichen Beitrag zu Karl Marx' wissenschaftlichem Werk geleistet hat. All dies hat die Inszenierung dem Publikum auf überzeugende Weise nähergebracht.

SAARLAND

LINSEN AUS ST. PETERSBURG

Vor allem in der Slowfood-Bewegung und nicht nur bei Vegetarierinnen und Vegetariern erfährt das Zitat des Philosophen Ludwig Feuerbach (1804–1872), «Der Mensch ist, was er isst», eine neue Aktualität und Neubewertung. Bangte man zu dessen Zeiten noch um ausreichend Nahrung, scheinen sich heute die Vorzeichen umzukehren. Der gestiegene Fleischkonsum in den sogenannten hoch entwickelten Ländern trägt zu vielen Zivilisationskrankheiten bei, in den ärmeren Ländern führt die Fleischproduktion zu Landraub, Hunger und Bodenverödung, denn schließlich müssen die «fleischerzeugenden» Tiere selbst Nahrung bekommen. Für ein Kilo Fleisch sind vier Kilo Futtergetreide erforderlich, Getreide, das dem Lebensmittelmarkt entzogen wird.

Dies hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Saarland dazu veranlasst, mit Slowfood-Saar und weiteren Initiativen ein Linsenprojekt zu starten, um das Prinzip von mehr Regionalität und weniger Viehhaltung praktisch zu unterstützen. Die im Handel erhältlichen Hülsenfrüchte stammen jedoch meist aus Übersee und von großen Saatgutherstellern. Für das Projekt fand man Unterstützung beim Wawilow-Institut im russischen St. Petersburg. Die weltweit drittgrößte Samenbank stellte unbürokratisch sechs verschiedene Linsensorten – einige über 100 Jahre alt – für Vermehrungszwecke zur Verfügung. In Gewächshäusern und im Freiland angebaut, vergehen nun bis zu fünf Jahre, bis man aus den jeweils etwa 150 einzelnen Samen mindestens 70 Kilo Saatgut pro Hektar erhält. Bis zur Markteinführung soll die Zeit mit handelsüblichen grünen oder schwarzen Linsen überbrückt werden, so die Überlegung. Die mit «K 42» oder «K 1060» bezeichneten Linsen werden dann klangvollere Namen erhalten und beim Bundessortenamt registriert werden. Über mangelndes Interesse kann sich das Linsenprojekt nicht beklagen. Schon jetzt haben zahlreiche Gastronomen und Landwirte eine Abnahme angemeldet.



Das Ende der Autogesellschaft steht immer noch aus ...



Verbesserter Hochwasserschutz tut not: überflutete Straßen in Halle (Saale) im Juni 2013

SACHSEN

NACHHALTIGKEIT VERSUS WACHSTUMSDENKEN

Am 10. September 2014 fand, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, in Kooperation mit dem Haus der Kongresse für Umwelt–Bau–Verkehr Dresden e. V. (HdK), der Initiative Sachsen im Klimawandel und dem Büro von Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE, in Dresden eine Veranstaltung mit dem Titel «Wie gelingt gesellschaftlicher Wandel? Die große Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz» statt.

Nachhaltigkeit als Alternative zum Wachstumsdenken, die neben Glück und Zufriedenheit eine friedliche Welt sichern soll, stand im Zentrum des Vortrags und der Diskussion. Der Referent Felix Ekardt ist als Jurist, Soziologe und Philosoph sowie Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Professor an der Universität Rostock tätig. Er berät Institutionen seit Langem bei der Frage, wie Wandel individuell und kollektiv bewerkstelligt werden kann. Er ging in seinen Ausführungen darauf ein, dass nicht nur Industrie und Landwirtschaft zum nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet sind, sondern jeder Mensch mit seinem Tun für den Klimawandel verantwortlich ist. Er vertritt einen gesamtheitlichen Ansatz, der viel Anregung zur Diskussion gab.

Zu dieser Veranstaltung kamen knapp 80 Personen, darunter viele Angehörige des Leibniz-Instituts. Dieser relativ große Zuspruch war sicherlich der Popularität des Vortragenden und der Aktualität des Themas geschuldet, aber auch der intensiven Öffentlichkeitsarbeit sowie der Wahl des Veranstaltungsortes.

Das «Alte Wettbüro» ist für viele in Dresden ein Ort, um über Gesellschaftsalternativen zu diskutieren, und bot mit seinen etablierten Netzwerken die Möglichkeit, verschiedene im Themenfeld Ökologie und Nachhaltigkeit aktive Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu erreichen und vom Veranstaltungskonzept zu überzeugen. Diese hatten für die Veranstaltung geworben.

SACHSEN-ANHALT

ZWEITE HOCHWASSERKONFERENZ IN MAGDEBURG

Im Jahr 2013 – nur elf Jahre nach dem «Jahrhunderthochwasser» – stieg der Elbpegel wieder bedrohlich an. Spätestens jetzt wurde deutlich: Vorsorgender Hochwasserschutz muss mehr in den Fokus gerückt werden und er muss länderübergreifend koordiniert werden. Diesem Thema widmete sich die zweite Hochwasserkonferenz am 21. November 2014 in Magdeburg, zu der die Rosa-Luxemburg-Stiftungen Sachsen-Anhalt und Brandenburg gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt geladen hatte. Rund 80 Interessierte, darunter Betroffene, Umweltschützerinnen, Mitarbeiter von kommunalen Verwaltungen, diskutierten über effektiven und umweltgerechten Hochwasserschutz.

Besonders große Resonanz fand der Einführungsvortrag von Andreas Marx, Leiter des Mitteldeutschen Klimabüros am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. Er beleuchtete zahlreiche Fakten zum Thema Klimaveränderung und führte aus, dass Extremereignisse wie Trockenheit, Hitzewellen, Waldbrand, Starkregen und Hochwasser künftig deutlich zunehmen werden. Er betonte die Bedeutung von Retentionsflächen für den Hochwasserschutz und kritisierte unnötige Flächenversiegelung. Annett Schumacher vom Biosphärenreservat Mittelelbe analysierte die Rolle von Bibern am Deich und stellte Ansätze vor, um Hochwasser- und Biberschutz zu vereinbaren. Es folgte die Vorstellung eines Hochwasserschutzprojekts in Halle, die Frank Friedrich vom Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt übernahm. Fazit: Die unterschiedlichen Interessenlagen von Hochwasserschutz, Naturschutz und Anwohnern enthalten viel Konfliktpotenzial, für das es dringend Lösungen bedarf.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion stand der länderübergreifende Hochwasserschutz im Zentrum. Das auf der Umweltministerkonferenz im Oktober 2014 beschlossene nationale Hochwasserschutzprogramm wurde insgesamt als positiver Ansatz gewertet, der weiterentwickelt werden muss.



Mit der Stiftung auf Geschichtserkundung im Kieler Hafen



Ausstellungseröffnung in der Erfurter Michaeliskirche

SCHLESWIG-HOLSTEIN

ANTIMILITARISTISCHE HAFENRUNDFAHRT IN KIEL

Zum 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges machte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein mit Attac und der örtlichen Friedensbewegung auf die Suche nach den «unfriedlichen Orten» des ehemaligen Reichskriegshafens Kiel. Während einer Hafenerkundung auf einem alten Segelschiff wurden am 14. Juni verschiedene Orte der damaligen und heutigen militärischen Infrastruktur angesteuert und in Kurzbeiträgen vorgestellt. Beginnend beim heutigen Landtag, der ehemaligen Kaderschmiede der Seefiziere, waren die U-Boot-Werft von Thyssen-Krupp, das Marinarsenal und das faschistische U-Boot-Denkmal in Möltenort Stationen. Am Ehrenmal in Laboe, dessen Ausstellung unter der Regie des Deutschen Marinebundes immer noch den Geist des Kaiserreiches versprüht, wurde das Ruder hart links gelegt, um wieder in die Kieler Förde zu gelangen.

Auf dem Rückweg entlang dem Westufer lagen die Festung, der ehemalige Kaiser-Wilhelm-Kanal und der heutige Flottenstützpunkt der deutschen Marine. Die Exkursion führte auch am Gelände des Marinefliegergeschwaders 5 vorbei. Dies ist erst vor Kurzem aufgrund der Ausrichtung auf Auslandseinsätze nach Nordholz in Niedersachsen verlegt worden. Die vierstündige Rundfahrt endete vor dem schleswig-holsteinischen Landtag, der an dem vor einem guten Jahr auf Initiative der Ratsfraktion der LINKEN in Kiellinie umbenannten ehemaligen Hindenburg-Ufer, in der Nähe des Denkmals für die Seesoldaten des Ersten Weltkrieges liegt. Zwischen den informativen Beiträgen zu den Orten der kriegerischen Vergangenheit Kiels bot das gemeinsame Zusammensein auf dem Wasser die Möglichkeit, sich zwanglos über Kiels unfriedliche Vergangenheit auszutauschen. Mit knapp 30 Menschen im Alter von 3 bis 83 Jahren an Bord war die Hafenerkundung ausgebucht. Viele friedenspolitisch Aktive und Interessierte nutzten die Gelegenheit, sich gegenseitig zu informieren, Gedanken auszutauschen und Pläne für die Zukunft zu schmieden.

THÜRINGEN

GEDENKEN AN 1989 UND DIE «OFFENE ARBEIT ERFURT»

Ende Oktober letzten Jahres widmete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen dem 25. Jahrestag der Maueröffnung mehrere Veranstaltungen. Kooperationspartner war die basisdemokratische Kirchengemeinde «Offene Arbeit Erfurt», eine der letzten verbliebenen Oppositionsgruppen aus der DDR. In dem von der Stiftung geförderten Buch «Alles verändert sich, wenn wir es verändern» (Verlag Graswurzelrevolution) wird deren Geschichte (1979–2014) erzählt, mit einem Schwerpunkt auf den Jahren 1989 und 1990. Es wird zudem der Hintergrund der Jugendopposition in der DDR im Rahmen der evangelischen Kirche beleuchtet. In den verschiedenen Kapiteln kommen ehemalige Aktive ebenso zu Wort wie die heutigen Protagonisten. Sie schildern ihre Sicht auf die «Offene Arbeit Erfurt» in den Zeiten vor und nach dem Mauerfall. Die Texte geben Einblicke in deren Arbeitsweise, die internen Debatten und ihre gesellschaftspolitische Praxis. Am Ende gibt es Ausblicke auf die mögliche Zukunft der Gruppe. Zur Vorstellung des Buches am 30. Oktober in den Räumen der «Offenen Arbeit Erfurt» kamen über 70 Interessierte.

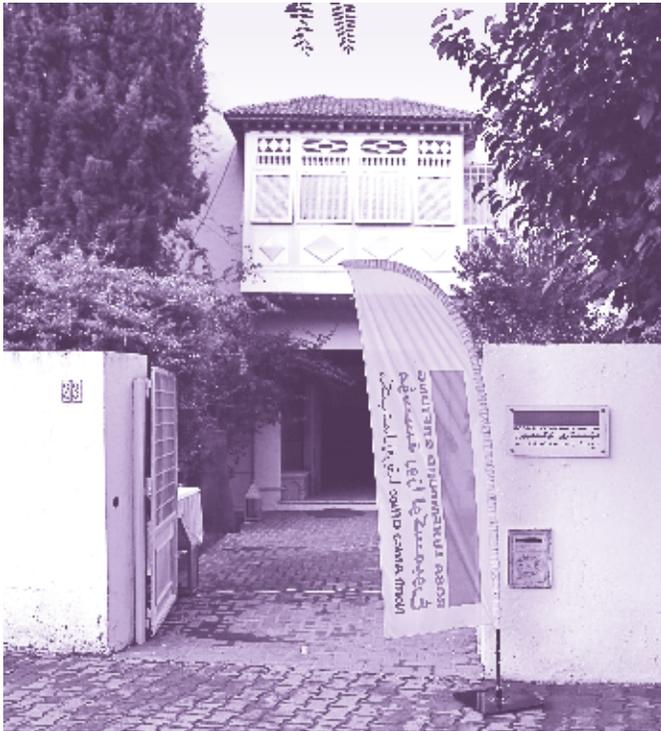
Am 31. Oktober wurde dann die Ausstellung «1989 – Frei Sein! Und heute?» in der Michaeliskirche in Erfurt eröffnet, zusammen mit etwa 70 Gästen. Diese Ausstellung umfasst zehn Tafeln, die das Wirken von ehemaligen und gegenwärtigen Aktivistinnen und Aktivisten der «Offenen Arbeit Erfurt» und ihre Position zum Thema Freiheit vor 1989 sowie aus ihrer heutigen Sicht dokumentieren. Die Ausstellung wurde innerhalb von vier Wochen von über 6.300 Personen gesehen. Die Vorführung von zwei DEFA-Filmen aus den Jahren 1989/90 sowie 1995/96 rundete die Veranstaltungsreihe ab. Ziel war es, der einseitigen Berichterstattung und den offiziellen Feierlichkeiten aus Anlass der Maueröffnung eine alternative, kritische Sicht entgegenzustellen. Dies ist wohl gelungen, zumal die beiden großen Erfurter Tageszeitungen ausführlich über die Veranstaltungen berichteten.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Zusätzlich zu der politischen Bildungsarbeit in Deutschland ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch im Ausland tätig. Finanziell wird diese Arbeit durch Mittel des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ermöglicht. Diese Zuwendungen haben sich seit dem Jahr 2010 verdoppelt und liegen gegenwärtig insgesamt bei 26,36 Millionen Euro. Seit dem Jahr 2011 bezieht die Rosa-Luxemburg-Stiftung darüber hinaus Mittel aus thematisch gebundenen Sonderfonds und Sonderinitiativen des BMZ, die den ökologisch-sozialen Umbau in sogenannten Entwicklungsländern fördern, auf gegenwärtige Krisen reagieren, Fluchtursachen bekämpfen oder sich für ein Ende des Hungers in der Welt einsetzen. Die Stiftung ist dadurch in knapp 60 Ländern auf fünf Kontinenten vertreten, vor Ort wird die Arbeit von inzwischen 17 Auslandsbüros koordiniert. Das jüngste Stiftungsbüro wurde im Oktober 2014 in Tunis eröffnet.

Mit einer Vielzahl von Konferenzen, Seminaren und anderen Veranstaltungen in den verschiedenen Ländern ist die Arbeit der Auslandsbüros darauf ausgerichtet, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, um gemeinsame Antworten auf die gegenwärtigen sozialen Fragen zu finden. So diskutierten beispielsweise im März 2014 Expertinnen und Experten auf einer internationalen Konferenz in Athen, warum linke Regierungen in Griechenland, in Europa und weltweit zurzeit so wichtig sind und wie die Programme, Konzepte und Visionen für eine linke Regierungspolitik aussehen könnten. Mit anderen Perspektiven, Positionen und Praktiken von Friedenspolitik setzte sich auch das erste internationale «Peace Event» auseinander, zu dem mehr als 50 Organisationen aufgerufen hatten und das im Juni 2014 in Sarajevo stattfand.

Neben der Arbeit vor Ort ist es ein Anliegen der Stiftung, «Südperspektiven» in die Debatten in Deutschland und Europa einzubringen. So organisierten das Büro Quito (Ecuador) und das Lateinamerika-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Teilnahme von acht Partnern aus Lateinamerika am Degrowth-Kongress 2014 in Leipzig. Die dort diskutierte Suche nach alternativen politischen und ökonomischen Wegen, die einen Ausweg aus den multiplen Krisen weisen könnten, sowie die Frage nach den Trägern eines solchen Wandels spielen in allen Teilen der Welt eine große Rolle in der Arbeit der Stiftung: in Dakar bei der inzwischen dritten großen Konferenz zu sozialen Bewegungen in Westafrika genauso wie in Indien bei einem Seminar zu vielfältigen Widerstandsformen gegen neoliberale Entwicklungen. Durch die Förderung des Austauschs und der internationalen Vernetzung kann die Arbeit der Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Bewegungen vor Ort leisten.



Eingang zum Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis

BINDEGLIED ZWISCHEN NORDAFRIKA UND EUROPA DAS NEU GEGRÜNDETE BÜRO IN TUNESIEN

Am 8. Oktober 2014 eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung nach einjähriger Registrierungsphase offiziell ihr Nordafrika-Büro in Tunis. Das Arbeitsumfeld in dieser Region ist durch die Umbrüche seit dem Jahr 2011 geprägt. Zwar hat die Demokratie in Tunesien auf der Ebene von Meinungs- und Versammlungsfreiheit Fuß gefasst. In Ägypten jedoch herrscht zurzeit wieder eine Repression gegen Oppositionelle, die mit der Situation unter der Mubarak-Diktatur vergleichbar ist. Und auch in Marokko, dem ab 2015 dritten Kooperationsland des Büros, war die begrenzte Öffnung im Zuge der Protestbewegung von 2011 nur von kurzer Dauer.

Bei aller Unterschiedlichkeit der lokalen politischen Bedingungen ähneln sich die Herausforderungen in der Region. Die Ökonomien sind schwach, Arbeitslosigkeit und Armutsraten dementsprechend hoch. Aufgrund des Drucks, für eine schnelle Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sorgen zu müssen, greifen die Regierungen zu Mitteln, die in vielen Ländern für die miserable Lage mitverantwortlich sind: Freihandel, ausländische Investitionen und Finanzierung über Kredite. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Güter sowie die Kürzung der Subventionen für die Grundversorgung sind mit einer Erhöhung der Armutsrate verbunden, der Schuldendienst geht auf Kosten von Bildung und Gesundheit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Menschen, die auf «irregulären» Wegen versuchen, ihre Länder

Das Nordafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis kooperiert mit fortschrittlichen Kräften in der Region, um neue Konzepte für eine eigenständige Entwicklung zu entwerfen. Die Stiftung unterstützt daher vor allem Initiativen innerhalb sozialer Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften durch Organisationsberatung und Training.

zu verlassen und nach Europa zu gelangen, steigt. Die Stiftung unterstützt lokale Partnerorganisationen in Tunesien und Marokko, die sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten, die in diesen Ländern alles andere als garantiert sind, einsetzen.

Die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Nordafrika auf Gesellschaften und Staaten der Region sind insgesamt leitendes Thema für die Arbeit des Auslandsbüros. In Ägypten arbeitet die Stiftung beispielsweise mit Einwohnerinnen und Einwohnern Kairo zusammen, die im Zuge weltbankfinanzierter «Stadtentwicklungspläne» von Vertreibung betroffen sind, aber auch mit einer Organisation, die mit fortschrittlichen Expertinnen und Experten aus der ganzen Region Konzepte für mehr soziale Gerechtigkeit entwickelt. Während in Tunesien die Stärkung der Gewerkschaftsarbeit und die Unterstützung des linken Parteienbündnisses Volksfront im Vordergrund stehen, wird in Marokko eine Themenpalette bearbeitet, die von den Auswirkungen von Mikrokrediten bis hin zu «europäischer Nachbarschaftspolitik» reicht.

Der Aufstand der Menschen in Nordafrika und das Ende des Despotismus, zumindest in Tunesien, schufen neue, günstige Bedingungen für ein Engagement im Bereich der Wissenschaftskooperation und eröffneten neue Horizonte. Darauf setzt das Pilotprojekt «Unabhängige Hochschulen und Förderung kritischer Forschung und Lehre als Beitrag zur Demokratisierung in Tunesien», das das Büro in Tunis koordiniert. Über Veranstaltungen zu sozioökonomischen und politischen Fragen vernetzt das Projekt kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Land mit entsprechenden Kolleginnen und Kollegen aus dem deutschsprachigen Raum. Darüber hinaus hat das Projekt zum Ziel, die Akteure des Transformationsprozesses an den tunesischen Universitäten in ihren Bemühungen zu stärken, den universellen Wert der Freiheit von Lehre und Forschung zu fördern und zu schützen.

Tunesien ist derzeit eines der wenigen Länder in der Region, in dem ein länderübergreifender Austausch möglich ist. Erste Treffen etwa zum Thema Schuldenpolitik oder zum Zweck des Erfahrungsaustausches zwischen linken Akteuren haben bereits stattgefunden. Unterstützt wird dieser Austausch durch Stiftungspublikationen, die die Arbeit linker Kräfte in der Region dokumentieren und analysieren und eine Verbindung zu den Bewegungen in Europa herstellen. Verbindungsglied zu sein – darin sieht das Stiftungsbüro seine zentrale Aufgabe.

ZWISCHEN FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT UND ÖKOZOSIALISMUS

DAS BÜRO IN SÃO PAULO

Juni 2014, zwei Tage vor dem WM-Anpfiff in Brasiliens Megametropole São Paulo: Das Auditorium des Stiftungsbüros ist bis auf den letzten Platz besetzt, und ein junger Student hat eine Frage: «Ich bin gegen diese WM, ich gehe auf die Straße. Wie kann ich es vertreten, trotzdem die Spiele im Fernsehen anzuschauen?» Heiterkeit im überwiegend jungen Publikum. «Uns geht es ja nicht darum, die WM zu verhindern», sagt Raquel Rolnik, der prominenteste Gast des Abends, «wir haben etwas viel Komplexeres vor: Wir wollen Brasilien verändern!» Die Stadtplanerin, die sechs Jahre lang als UN-Sonderberichterstellerin für das Recht auf angemessenes Wohnen tätig war, ist eine der Protagonistinnen und Protagonisten, die in der Stiftungspublikation «Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie» zu Wort kommen. Das Buch wird in diesen bewegten Wochen von Porto Alegre bis Rio de Janeiro, und auch in Deutschland, vorgestellt und bietet Anlass zur Diskussion. Raquel Rolnik weiß, wovon sie spricht, denn sie war eine der einflussreichsten Stimmen gegen Zwangsumsiedlungen. Oft verhinderte das Engagement der zwölf WM-Basiskomitees Schlimmeres.

Seit mittlerweile zwölf Jahren ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrem Büro in São Paulo präsent – damals, zur Hochzeit des Weltsozialforums, wurden schon bald die Fühler in die Nachbarschaft ausgestreckt, zu Partnerorganisationen nach Uruguay, Argentinien und Chile. Paraguay ist seit fünf Jahren auch mit von der Partie. So deckt das Büro immerhin zwei Drittel des südamerikanischen Subkontinents ab. Ende 2015 wird ein Verbindungsbüro in Buenos Aires eröffnet.

In Paraguay fand im August 2014 das alljährliche Partnerreffen statt – seit dem parlamentarischen Putsch gegen den linken Staatschef Fernando Lugo im Jahr 2012 ist das Binnenland zwar aus den Schlagzeilen, doch mehr denn je bleibt es Schauplatz eines ungleichen Wettstreits zwischen dem milliardenschweren Agrobusiness und Kleinbäuerinnen und -bauern, die sich für ihre Ernährungssouveränität stark machen.

Diesem Thema haben sich viele Partner der Stiftung in der Region verschrieben: Kleinbauern-, Bildungs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Indigene, Gewerkschaften und Intellektuelle setzen dem extraktivistischen Wirtschaftsmodell nicht nur Widerstand vor Ort, sondern auch Alternativen wie beispielsweise den Biolandbau entgegen.

In der nationalen Schule Florestan Fernandes der brasilianischen Landlosenbewegung MST nahe São Paulo werden jedes Jahr drei Monate lang rund 60 junge Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Amerika fortgebildet. Das Stiftungsbüro bestreitet jeweils drei Tage davon – diesmal ging es um das Erbe der Militärregime im südlichen Südamerika, die von 1964 (zivilmilitärischer Putsch in Brasilien) bis 1989 (Ende der Pinochet-Diktatur in Chile) andauerten. Zu den Highlights gehör-

ten die eindringlichen Berichte von Zeitzeuginnen und -zeugen, doch auch manche Kontinuitäten wurden thematisiert: Ähnlich wie in Chile habe es sich bei der brasilianischen Diktatur um ein «nationales Projekt» mit internationaler Beratung gehandelt, das nicht wirklich besiegt worden sei, betonte der Philosoph Paulo Arantes. Heute sei Brasilien eine «Demokratie niedriger Intensität».

Demokratieförderung durch Bildungsarbeit und Kritik am extraktivistischen Wirtschaftsmodell waren und sind die zwei Hauptachsen der politischen Arbeit in São Paulo. Auch nach der knappen Wiederwahl von Präsidentin Dilma Rousseff bleiben sie hochaktuell. Die heroischen Aufbruchszeiten der Linksregierungen in Südamerika sind definitiv vorbei – und ohne breiten, zivilgesellschaftlichen Druck von unten, das zeigen die letzten Jahre deutlich, ist der konservative Rollback kaum zu stoppen.

Eine öko-sozialistische Vision für die Latino-Linke, wie sie der Soziologe Michael Löwy im Büro São Paulo vorstellte, ist bislang Zukunftsmusik. Doch das Bohren dicker Bretter geht weiter.

PERSPEKTIVEN DER FRIEDENSPOLITIK

«PEACE EVENT» IN SARAJEVO

Überwindung von Militarismus und die Suche nach friedlichen Konfliktlösungsstrategien – so formulierte die Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire die Botschaft des «Peace Events» in Sarajevo Anfang Juni 2014. Rund 2.500 Teilnehmende aus 32 Ländern waren dem Aufruf zahlreicher Organisationen gefolgt und nach Bosnien gekommen. Vor dem Hintergrund des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren wurden in fast 200 Workshops, Konferenzen und einem Jugendcamp Positionen, Praktiken und Perspektiven von Friedenspolitik diskutiert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war beim «Peace Event» mit einem eigenen Programm unter dem Titel «Frieden und linke Perspektiven» vertreten. Zusammen mit dem Institut für Gesellschaftsanalyse in Berlin sowie dem Transform!-Netzwerk und der Koalition «No to War – No to Nato» organisierte das Stiftungsbüro Südosteuropa in Belgrad fünf Workshops zu historischen und aktuellen Themen.

Den Auftakt machten zwei Panels: «Rosa Luxemburg und die Europäische Linke am Beginn des Ersten Weltkriegs» und «100 Jahre Erster Weltkrieg – Die sozialistische Anti-Kriegsbewegung und die Idee der Balkanföderation». Zunächst spannten die internationalen Expertinnen und Experten einen weiten Bogen von der historischen Rekonstruktion der Positionen der «Zimmerwalder Linken» bis zur Aktualität des Werks von Rosa Luxemburg zur «Akkumulation des Kapitals» auch im heutigen Kontext. Anschließend riefen die Referentinnen und Referenten das heute weitgehend vergessene oder verdrängte politische Erbe der Balkan-Sozialisten vor allem in Serbien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland in Erinnerung. In diesen Ländern lehnten große Teile der sozialistischen Bewe-



Boris Kanzleiter (3. v. l.), Leiter des Büros der Stiftung in Belgrad, moderiert ein Podium auf dem «Peace Event» in Sarajevo im Juni 2014.

gung Kriegskredite und nationalistische Kriegsmobilisierung ab. Das Netzwerk der Balkan-Sozialisten entwickelte stattdessen die Idee einer Balkanföderation.

Es folgten zwei Workshops zu aktuellen Themen, unter anderem mit Gästen aus Syrien und Ägypten. Zum Abschluss des Programms fand eine Diskussion mit Aktivistinnen und Aktivisten aus Bosnien statt. Thema waren die Sozialproteste im Februar 2014 und die Entwicklung der Plena als einer Form der direkten Demokratie.

Dass sich in Bosnien eine breite soziale Bewegung entwickelt hat, die Widerstand gegen die verheerenden Auswirkungen neoliberaler Politik, die korrupten Eliten und den Neokolonialismus der Europäischen Union leistet, ist ein Novum. Eine solche Bewegung hat es seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1995 nicht gegeben.

LINKE IN DER REGIERUNG

INTERNATIONALE KONFERENZ IN ATHEN

Alexis Tsipras und das Linksbündnis Syriza in Griechenland sind zum Hoffnungsträger der europäischen Linken geworden – nicht erst durch die Wahlen vom Januar 2015, sondern bereits mit den Kommunal- und Europawahlen 2014. Doch große Hoffnungen bedeuten auch hohe Erwartungen – Erwartungen der Menschen in Europa, deren Leben von der Austeritätspolitik unmittelbar betroffen ist, und Erwartungen der internationalen Linken, die sich eine Signalwirkung für Europa erhofft.

Doch was genau soll dieses linke Projekt verkörpern? Warum ist es überhaupt notwendig? Und wie kann es vor dem Hintergrund eines Europas der neoliberalen Eliten gelingen?

Diese drei Fragen standen im Mittelpunkt der Konferenz «Left in Government – what, why and how», die – organisiert vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Nicos Poulantzas Institut aus Griechenland und dem Transform!-Netzwerk – im März 2014 in Athen stattfand.

Auf der Konferenz trafen Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Frankreich, Griechenland und Slowenien auf Akteure aus Island, Argentinien, Kanada und Uruguay, um Erfahrungen linker Regierungspolitik auszutauschen, zu analysieren und zu diskutieren. Dabei sollte nicht nur ein Fazit aus Regierungsbeteiligungen von linken Parteien gezogen, sondern der Blick auch auf die Zukunft gerichtet werden, auf die Herausforderungen und Möglichkeiten linker Politik in Europa.

In sechs öffentlichen Panels diskutierten unter anderem Leo Panitch (York University, Kanada) und Anej Korsika (Initiative für einen demokratischen Sozialismus, Slowenien) über mögliche Bündnispartner linker Regierungspolitik sowie Kerstin Kaiser (Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung) und Rena Dourou (Gouverneurin der Region Attika) über Dezentralisierung und lokale Politik.

Den Höhepunkt der Konferenz bildete die Diskussion zwischen Alexis Tsipras, Liêm Hoang-Ngoc (MdEP aus Frankreich) und Steingrímur J. Sigfússon (2009–2013 Finanzminister in Island) über die Aussichten einer Linksregierung im heutigen Europa: Welche Spielräume zur Umsetzung linker Politik bieten sich? Ist es möglich, das «Projekt Europa» nach links zu schieben, es demokratischer und sozialer zu gestalten? Dabei ermutigte Sigfússon Syriza eindringlich, auch und gerade dann Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn man vor den Trümmern der neoliberalen Politik der Vorgängerregierung stehe. Nun hat es Syriza gewagt.

**VEREINTE NATIONEN/
NORDAMERIKA; NEW YORK/USA**

Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen
und Dr. Albert Scharenberg
275 Madison Avenue, Suite 2114
New York, NY 10016, USA
Tel. +1 917 409 1043
ehmsen@rosalux-nyc.org
scharenberg@rosalux-nyc.org
www.rosalux-nyc.org

**MEXIKO/ZENTRALAMERIKA;
MEXIKO-STADT/MEXIKO**

Leitung: Torge Löding
General Pedro Anaya 65
Calzada General Pedro Anaya 65
Col. San Diego Churrubuscu CP
México, D.F. C.P. 04120
Tel. +52 55 5544-5500
Fax +52 (55) 55443097
torge.loeding@rosalux.org.mx
www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER; QUITO/ECUADOR

Leitung: Dr. Miriam Lang
Calle Miravalle N24-728
y Zaldumbide – La Floresta
170109 Quito, Ecuador
Tel. +593 2 2553771
miriam.lang@rosalux.org.ec
www.rosalux.org.ec

**SÜDAMERIKA;
SÃO PAULO/BRASILien**

Leitung: Gerhard Dilger
Rua Ferreira de Araujo, 36
Alto de Pinheiros
05428-000 São Paulo, Brasilien
Tel. +55 11 37969901
Fax +55 11 30979014
dilger@rosalux.de, www.rls.org.br

**EUROPÄISCHE UNION;
BRÜSSEL/BELGIEN**

Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
(kommissarisch bis 30.6.2015)
Dr. Martin Schirdewan (ab 1.7.2015)
11, Avenue Michel-Ange
1000 Brüssel, Belgien
Tel. +32 2 73876-60
Fax +32 2 73876-69
info@rosalux-europa.info
www.rosalux-europa.info

**OSTMITTELEUROPA;
WARSCHAU/POLEN**

Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
ul. Platicza 55
01-832 Warschau, Polen
Tel. +48 22 5023-550
Fax +48 22 5023-555
gwiazdecka@rls.pl, www.rls.pl

**RUSSLAND/ZENTRALASIEN/
KAUKASUS; MOSKAU/RUSSLAND**

Leitung: Tiina Fahrni
Prospekt Vernadskowo 84, kor. 2
119606 Moskau, Russland
Tel. +7 499 9560 502
Fax +7 499 9560 122
tf@rosalux.ru, www.rosalux.ru

**SÜDOSTEUROPA;
BELGRAD/SERBIEN**

Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
Gospodar Jevremova 47
11000 Belgrad, Serbien
Tel. +381 11 3038 822
Mobil +381 60 3346001
boris.kanzleiter@rosalux.rs
www.rosalux.rs



ISRAEL; TEL AVIV/ISRAEL

Leitung: Tsafirir Cohen
Rothschild Blvd. 11 – P.O.Box 536
Tel Aviv 6100401, Israel
Tel. +972 3 6228290
Fax +972 3 6855632
cohen@rosalux.co.il
www.rosalux.co.il

PALÄSTINA; RAMALLAH/PALÄSTINA

Leitung: Dr. Katja Hermann
Mub'adeen St., Ramallah/Al Bireh,
Palestine
P.O.Box 49205, Jerusalem 91491, Israel
Tel. +972 2 240 3832
Fax +970 2 240 3980
katja.hermann@rosaluxemburg.ps
www.rosaluxemburg.ps

NORDAFRIKA; TUNIS/TUNESIEN

Leitung: Peter Schäfer
23, Avenue Jughurta, Mutuelle Ville
1002 Tunis, Tunesien
pschaefer@rosalux.de
Mobil +216 5285 1852
www.rosalux.de

OSTAFRIKA; DARESSALAM/TANSANIA

Leitung: Siegfried Schröder
47, Ndovu Road, Mikochei B
Daressalam, Tansania
P.O.Box 105527, Daressalam, Tansania
Tel. +255 777 903894
Fax +255 22 2774597
Mobil +255 684 058340
eastafrika@rosalux.de
www.rosalux.co.tz

WESTAFRIKA; DAKAR/SENEGAL

Leitung: Dr. Claus-Dieter König
Villa No. 43, Sotrac-Mermoz
Dakar, Senegal
B.P. 25013, Dakar – Fann, Senegal
Tel. +221 33 869-7519
Fax +221 33 8241 995
info@rosalux.sn, www.rosalux.sn

SÜDLICHES AFRIKA; JOHANNESBURG/SÜDAFRIKA

Leitung: Dr. Armin Osmanovic
237 Jan Smuts Avenue, Parktown North
Johannesburg 2193, Republik Südafrika
P.O.Box 3156, Parklands 2121
Johannesburg, Republik Südafrika
Tel. +27 11 4475-222/-224
Fax +27 11 8805 676
info@rosalux.co.za
www.rosalux.co.za

SÜDASIEN; NEU DELHI/INDIEN

Leitung: Stefan Mentschel
C-15, 2nd Floor
Safdarjung Development Area (Market)
Neu Delhi 110 016, Indien
Tel. +91 11 4920 4670
Fax +91 11 4920 4666
Mobil +91 99 10 62 94 83
mentschel@rosalux.de
www.rosalux.de

SÜDOSTASIEN; HANOI/VIETNAM

Leitung: Liliane Danso-Dahmen
72 Xuan Dieu; Tay Ho District
Hanoi, Vietnam
Tel. +84 4 371858-36
Fax +84 4 371858-34
Mobil + 84 90 22 21 020
danso-dahmen@rosalux.de
www.rosalux.vn

OSTASIEN; PEKING/CHINA

Leitung: Dr. Lutz Pohle
Apt. 3-2-12, Sanlitun Diplomatic
Compound (South Yard)
No. 1 Gong Ti Bei Lu, Chaoyang District
100600 Peking, China
Tel. +86 10 853246-10
Fax +86 10 853246-75
Mobil +86 1370 1200475
pohle@rosalux.de

In Vorbereitung

TÜRKEI/ISTANBUL

Leitung: Kadriye Karci
karci@rosalux.de

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Die Projektförderung ist eine wesentliche Form der Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Veranstaltungs-, Publikations- und Forschungsvorhaben und kooperiert bei deren inhaltlicher Gestaltung. Im Jahr 2014 wurden rund 900 Anträge eingereicht. 143 Vorhaben konnten gefördert werden. Dafür wurden 393.200 Euro eingesetzt.

Fünf Großprojekte wurden mit insgesamt 152.000 Euro (39 Prozent des Budgets) unterstützt:

- Linke Medienakademie e. V.: Zentrale und regionale Weiterbildungsveranstaltungen zu Themen der Mediengestaltung; 49.000 Euro
- INKRIT e. V.: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus – Fertigstellung Band 8/2 («links/rechts» bis «Maschinerie»), Arbeiten an Band 9 («Massen» bis «naturwüchsig»); 35.000 Euro
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V.: Sozialreport 2014. Die deutsche Vereinigung von 1990 bis 2014. Positionen der Bürgerinnen und Bürger; 30.000 Euro
- Rolf Hecker: Neuherausgabe Marx-Engels-Werke Band 13; 28.000 Euro
- Attac Trägerverein e. V.: Fortbildungsprogramm Attacademie; 10.000 Euro

19 Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro, 74 mit Beträgen zwischen 1.000 und 4.999 Euro, 29 mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro und 16 mit Beträgen unter 500 Euro gefördert.

BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSZENTRUM BERLIN-BRANDENBURG E. V.: SOZIALREPORT 2014.

DIE DEUTSCHE VEREINIGUNG VON 1990 BIS 2014.

POSITIONEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Förderung: 30.000 Euro

Wie beurteilen die Menschen in Ost und West die Veränderungen seit dem Jahr 1990? Wie zufrieden sind sie mit ihrer Lebenssituation, was erwarten sie von der Zukunft? Welche Werte dominieren? 25 Jahre nach dem Herbst 1989 hat das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Positionen von Bürgerinnen und Bürgern in einer standardisierten Untersuchung empirisch erhoben und quantitativ ausgewertet. Der

Sozialreport 2014 präsentiert die umfangreichen Befunde, vergleicht sie mit früheren Ergebnissen und erörtert die Zusammenhänge zwischen Beurteilung und sozialer Lage. Die Ergebnisse fallen zwiespältig aus: Während der Anteil der Bevölkerung, der eine positive Bilanz der deutschen Einheit zieht, zunimmt und die Lebenszufriedenheit insgesamt steigt, ist ein Teil der Gesellschaft – etwa 20 bis 25 Prozent – von diesen Entwicklungen ausgeschlossen und sieht auch zukünftig keine Verbesserung. Ein Trend zur Angleichung der Grundwerte in Ost und West ist feststellbar. Problematisch erscheint die Nachrangigkeit des Wertes Solidarität. Aufmerksamkeit verlangt die geringe Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie und den politischen Institutionen.

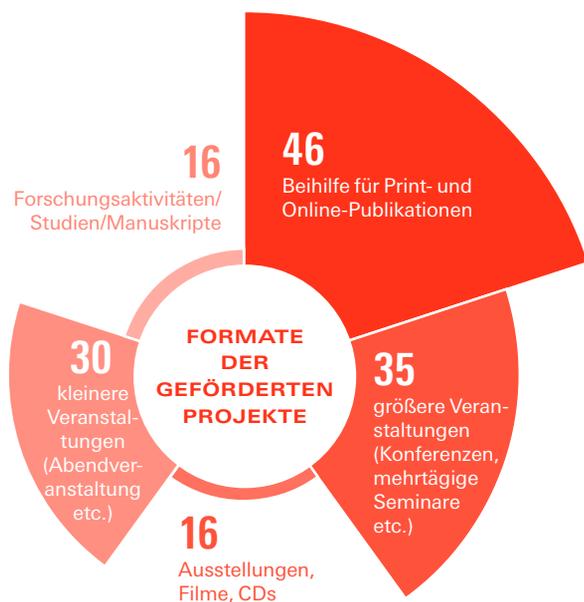
BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER (BDWI): «REORGANIZE THE LEFT – PREKARISIERUNG, SOZIALE KÄMPFE UND SUCHPROZESSE EINER ERNEUERUNG DER LINKEN» – HERBST-AKADEMIE, 11. BIS 14. SEPTEMBER 2014 IN WERFTPFUHL
Förderung: 4.000 Euro

In Europa haben die Bewegungen der «Empörten» einen neuen Zyklus sozialer Bewegungen eröffnet. Ihnen stellt sich die Frage, wie aus Formen der Selbstorganisation im prekären Alltag gesellschaftliche Organisationsprozesse entwickelt werden können, die effektive Brüche mit dem neoliberalen Ka-

pitalismus vorantreiben. Dabei entstehen auch wechselseitige Lernprozesse und Verknüpfungen zu Bewegungen und der organisierten Linken. Sie werfen unter anderem die Frage auf, wie sich eine «konstituierende Macht» von unten organisieren und welche Rolle die Parteiform für radikale gesellschaftliche Transformation spielen kann.

Mit Impulsreferaten, Vorträgen, in Workshops und Podiumsdiskussionen qualifizierten rund 50 Teilnehmende ihre Positionen zur Reorganisation der Linken. Das Programm konzentrierte sich auf die Fragekomplexe «Neue emanzipatorische Klassenpolitik und -organisation», «Verhältnis von Partei und Bewegung» sowie «Weiterentwicklung kritischer Gesellschaftstheorie». Dabei wurde die Diskrepanz zwischen hierarchisch organisierten linken Parteien und der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Interessen sie vertreten, ebenso in den Blick genommen wie die Frage nach den Bedingungen einer strukturellen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Linken. Als positives Beispiel für ein konstruktives Zusammenspiel von migrantischer Selbstorganisation und linker Bewegung wurde die Berliner Mieterinitiative Kotti & Co diskutiert. Angeregt wurde ein transnationaler Erfahrungsaustausch zwischen linken Kräften, um regionale Protest-, Bewegungs- und Organisierungserfahrungen zu bündeln.

IM JAHR 2014 KONNTEN VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 143 PROJEKTE GEFÖRDERT WERDEN





Waren damals auch bei DT64: Marion Brasch und Jürgen Kuttner beim dreitägigen Festival anlässlich des 50. Jahrestags des DDR-Jugendsenders

DRESDNER INSTITUT FÜR MEDIEN, BILDUNG UND BERATUNG: «DT64 – DAS FESTIVAL», 8. BIS 10. MAI 2014 IM KINO BABYLON BERLIN
Förderung: 1.500 Euro

50 Jahre nach der Gründung von DT64 erinnerte das dreitägige Festival an die Geschichte dieses legendären DDR-Jugendsenders. Mit Filmen, Features, Konzerten und Diskussionen wurde der Weg vom angepassten Jugendfunk zum widerständigen Radio erzählt, für dessen Erhalt in den 1990er Jahren Zehntausende junge Leute auf die Straße gingen. Den Veranstaltern gelang es, ein attraktives Programm mit prominenten Mitwirkenden zusammenzustellen. Musikalisch dabei waren unter anderen die Rainbirds, Sandow und die Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot. Christoph Dieckmann von *Die Zeit*, der erste DT64-Chef Sigmar Krause, Olaf Leitner, früher beim RIAS tätig, und Christian Flake Loren (Sandow, Rammstein) beteiligten sich an den Diskussionsrunden. Mehr als 1.100 Besucherinnen und Besucher wurden gezählt, es gab eine beträchtliche Presse- und Medienresonanz, und für viele Radiomacherinnen und -macher war das Festival ein interessanter Kontakt- und Vernetzungsraum. Am Beispiel des Jugendradios vermittelte es einen differenzierten Einblick in die DDR- und die deutsche Vereinigungsgeschichte und fragte zugleich, was junges Radio heute ist und sein kann.

.....
Mit Filmen, Features und Konzerten wurde der Weg vom angepassten Jugendfunk zum widerständigen Radio erzählt.
.....

DOMINIK BERG: «HART AN DER GRENZE. DIE MAUERN DER FESTUNG EUROPA – EINE REISE MIT ELIAS BIERDEL» – DOKUMENTARFILM
Förderung: 5.000 Euro

Wer vor 1989 DDR-Bürgerinnen und -Bürger in den Westen schleuste, wurde dort für Fluchthilfe geehrt. Wer heute Schiffbrüchigen im Mittelmeer das Leben rettet, wird als Schlepper kriminalisiert. Elias Bierdel, ehemaliger Geschäftsführer und Vorsitzender der Hilfsorganisation Cap Anamur/Deutsche Notärzte, erfuhr das in einem sechsjährigen Gerichtsverfahren. Mit einem Filmteam begab sich Bierdel nun an die grausamsten Außenposten der «Festung Europa»: nach Lesbos in Griechenland, Almería in Spanien, Ceuta in Nordafrika, Catania auf Sizilien und schließlich Lampedusa. Zu Wort kommen im Film ausschließlich Flüchtlinge und deren Helferinnen und Helfer. Eben jene, deren Stimme im Mainstream kaum vertreten ist. Was sie berichten, muss alle beschämen, die ihr Europa als Hort der Freiheit und Menschenrechte ansehen. «Sobald du Asyl beantragst, kommst du erstmal ins Gefängnis», sagt einer. «Sie schreien dich an, sie rufen dich wie einen Hund, sie respektieren dich nicht als Mensch», sagt ein anderer, der das Gefängnis hinter sich hat, und: «Es sterben viele Afrikaner. Wenn du stirbst, schmeißen sie dich einfach in den Müll.» Der Film ist im Rohschnitt fertiggestellt und wird voraussichtlich Ende 2015 mit englischen, französischen, deutschen und italienischen Untertiteln in die Kinos kommen, damit die Europäerinnen und Europäer «zu Hause» erfahren, was an ihren fernen Grenzen wirklich geschieht. «Sie wissen es», sagt ein Flüchtling. «Es ist ihnen egal. Wir sind ihnen egal.»

Mit 30 Projekten war das Feld Geschichte/Zeitgeschichte am stärksten repräsentiert. Unter anderem förderten wir:

- Altmarkkreis Salzwedel: Ausstellung «Jenny Marx 1814–1881. Eine couragierte Frau zwischen Salzwedel und London»; 5.800 Euro
- Susanne Götze: Website «Lothar Bisky – Archiv, Debatte und (Ge)Denken» – www.lotharbisky.de; 5.200 Euro
- Olaf Brühl: Erarbeitung und Online-Veröffentlichung «Männliche Homosexualität in der DDR. Chronik der Daten, Quellen und Diskurse»; 3.000 Euro
- Historikerlabor e. V.: Dokumentar-Theater-Projekt «Die Hungerplan-Konferenz. Die Neuordnung Europas und der Vernichtungskrieg. 2. Mai 1941»; 1.500 Euro
- Florence Hervé: Buchpublikation «Oradour. Geschichte eines Massakers. Histoire d'un massacre», PapyRossa Verlag, Köln 2014; 1.500 Euro

Mit 17 Vorhaben gehörte auch das Thema Gesellschaftstheorie zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Einige Beispiele:

- Ines Koburger: Teaser zur Verfilmung von Bini Adamczaks Buch «Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird»; 1.500 Euro
- Sascha Frank: «Den Gegenstrom schwimmen» – 9. Ferienuniversität Kritische Psychologie, September 2014 in Berlin; 1.000 Euro
- Stefanie Albicker: Workshop «Einstieg in die Kapitalismuskritik», Oktober 2014 in Halle/Saale; 420 Euro
- Theresa Kauder: Vortrag von Oliver Marchard im Rahmen der Ringvorlesung «Subversion und politische Differenz», Oktober 2014 an der Humboldt-Universität Berlin; 285 Euro

Thematisch weit fächerte sich die Unterstützung von Publikationen:

- Andreas Heyer (Hrsg.): Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 2: Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie, Band 4: Herder und das Ende der Aufklärung, Band 7: Schriften zur Anarchie, Tectum Verlag, Marburg 2014; 3.000 Euro
- Alexander Fischer, Katja Zimmermann (Hrsg.): Strategie einer Mosaik-Linken. Von WASG und PDS zu DIE LINKE und neuen Herausforderungen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8/2014, VSA Verlag, Hamburg 2014; 2.000 Euro
- Dirk Külow: Schalom und Alefbet. Die Geschichte des Jüdischen Gymnasiums in Berlin, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2014; 1.500 Euro
- Alexander Amberger: Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2014; 1.000 Euro

- Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808–1871). Eine politische Biographie, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2014; 1.500 Euro
- Hubert Thielicke (Hrsg.): Am Ende nichts? Krieg in Afghanistan – Bilanz und Ausblick, WeltTrends, Potsdam 2014; 1.000 Euro
- Alke Jenss, Stefan Pimmer: Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2014; 1.000 Euro
- Heike Schneider: Zu Kreuze kriechen kann ich nicht! Walter Janka – Erinnerungen und Lebenszeugnisse, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2014; 1.000 Euro
- Robert Maruschke: Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung, edition assemblage, Münster 2014; 750 Euro

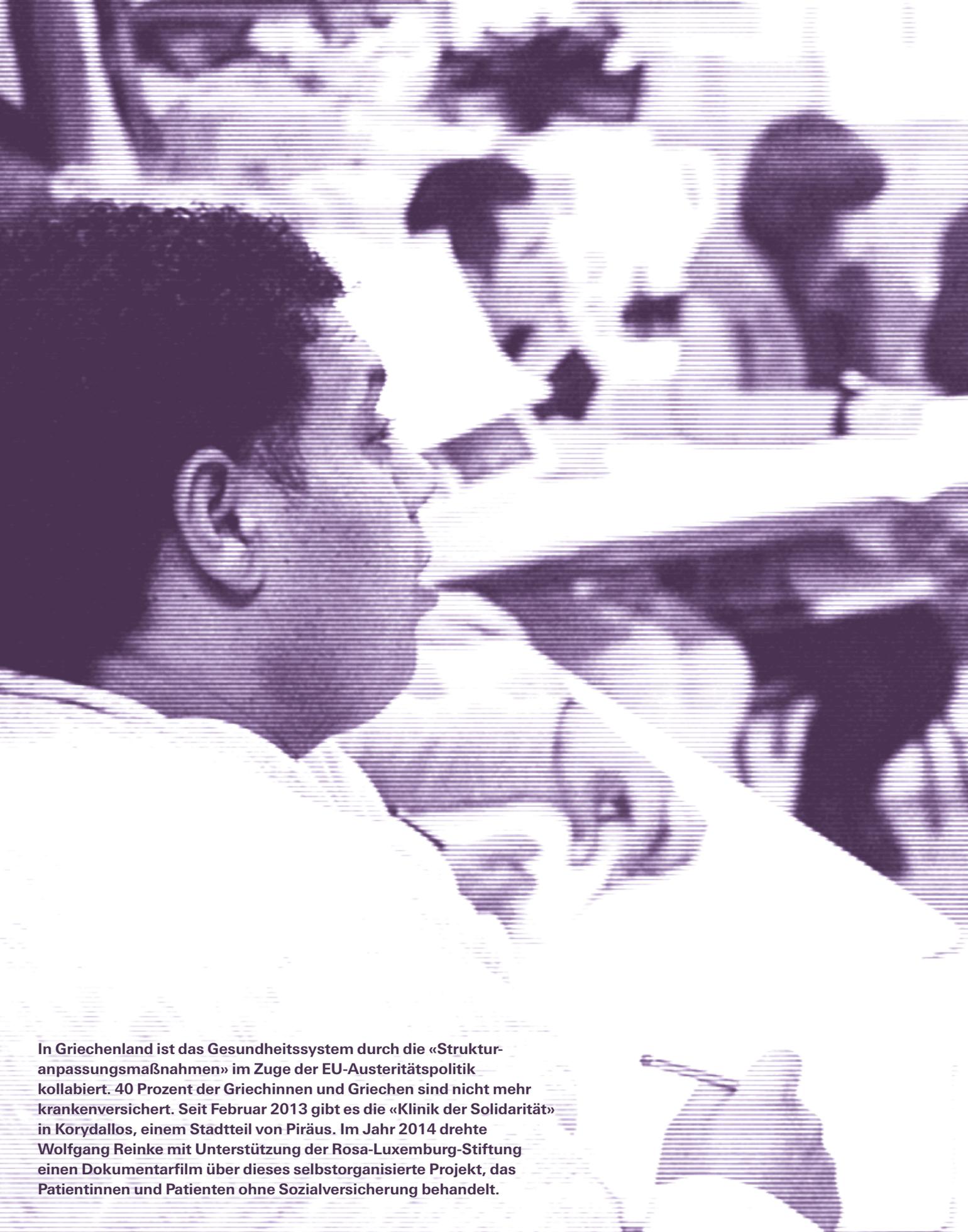
Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen, wie etwa die mit der Bundeskoordination Internationalismus, dem Verein Musik und soziale Bewegungen, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen, dem VVN-BdA und KAIROS Europa. Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteurinnen und Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Wo sich die Möglichkeit unmittelbarer Zusammenarbeit vor Ort bot, wurden bewilligte Fördermittel an die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weitergeleitet. Unter den 37 Projekten, die mit insgesamt 29.500 Euro gefördert wurden, befinden sich unter anderem:

- Heinz Ratz: Projekt Fluchtschiff – Konzerte und Informationsveranstaltungen mit Flüchtlingsfrauen in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz; 6.500 Euro
- Grüne Liga e. V.: Konferenz «Kopf machen» in der Bahnpolitik. 20 Jahre Bahnreform – 20 Jahre Stuttgart 21», April 2014 in Stuttgart; 2.500 Euro
- Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzforschung: Tagung «Krisen der europäischen Migrations- und Grenzregime», März 2014 in München; 1.500 Euro
- Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e. V.: Fotoausstellung und Veranstaltung «Die Lage der Menschenrechte in Burma»; 1.000 Euro
- Hamburger Energietisch e. V.: Informationsveranstaltungen zur Rekommunalisierung der Energienetze; 500 Euro
- Silke Helfrich: Commons-Sommerschule, Juni 2014 in Bechstedt/Thüringen; 500 Euro

.....

Mit ihrer Projektförderung präsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit. Die geförderten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.

.....



In Griechenland ist das Gesundheitssystem durch die «Struktur-
anpassungsmaßnahmen» im Zuge der EU-Austeritätspolitik
kollabiert. 40 Prozent der Griechinnen und Griechen sind nicht mehr
krankenversichert. Seit Februar 2013 gibt es die «Klinik der Solidarität»
in Korydallos, einem Stadtteil von Piräus. Im Jahr 2014 drehte
Wolfgang Reinke mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
einen Dokumentarfilm über dieses selbstorganisierte Projekt, das
Patientinnen und Patienten ohne Sozialversicherung behandelt.







Ανέλα σπίτι
για χέλια
κατατίτη





DAS STUDIENWERK

Seit mittlerweile 15 Jahren werden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Studien- und Promotionsstipendien an engagierte junge Menschen vergeben. Die Zahlen sprechen für sich: Mehr als 1.700 Personen gehören schon zum Kreis der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten; zurzeit erhalten über 1.000 junge Leute ein Stipendium.

Zielgerichtet wendet sich die Stiftung mit ihren Stipendien an Studierende und Promovierende mit linkspolitischem gesellschaftlichem Engagement und emanzipatorischen Ansätzen; sie achtet besonders darauf, bei der Förderung gesellschaftlichen Defiziten entgegenzutreten. So sind mehr als die Hälfte der Stipendiaten Frauen. Außerdem ist es gelungen, vermehrt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erreichen; ihr Anteil an der gesamten Stipendiatenschaft lag 2014 bei 35 Prozent, bei den neu aufgenommenen Studierenden sogar bei 46,6 Prozent (im Vergleich zu 20 Prozent in der gesamten Gesellschaft).

Ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung bedeutet nicht nur finanzielle Zuwendung, sondern umfasst auch ideelle Angebote. Es gibt ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm: Seminare für Doktorandinnen und Doktoranden, in denen die Ergebnisse der Arbeit an der Dissertation diskutiert werden; Treffen in den Bundesländern, die die regionale Zusammenarbeit stärken; Softskill-Workshops und vieles mehr.

Großer Wert wird auf die stipendiatische Selbstverwaltung und das demokratische Mitwirken gelegt. Stipendiatinnen und Stipendiaten wählen einen Sprecherrat, der ihre Interessen gegenüber dem Studienwerk und der gesamten Stiftung vertritt. Es gibt regelmäßig Treffen mit dem Studienwerk, auf denen Probleme besprochen werden; die Mitglieder des Sprecherrats werden zu den jährlichen Mitgliederversammlungen der Stiftung und zu Vorstandstagungen eingeladen.

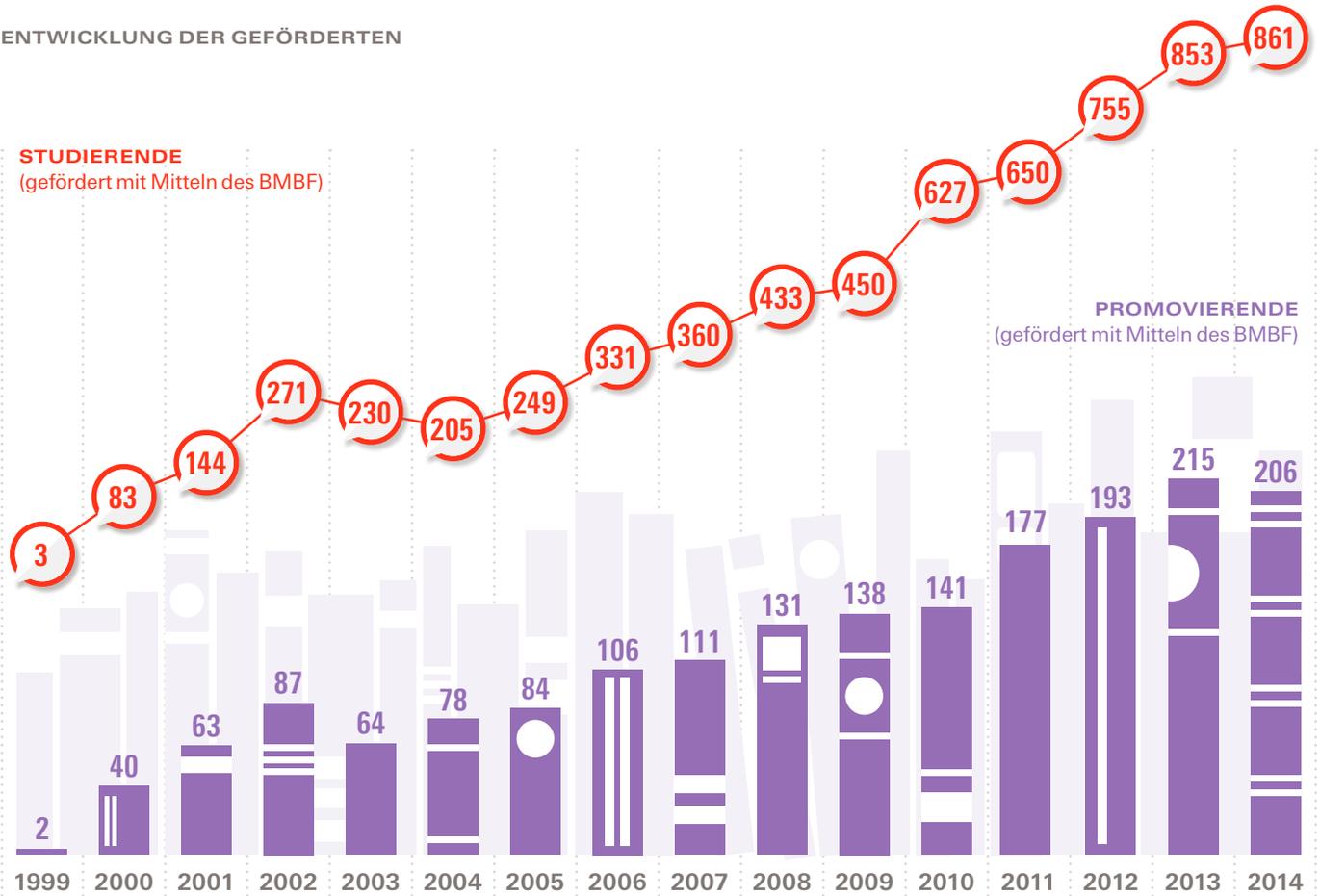
Ein anderer Aspekt demokratischen Mitwirkens ist die Teilhabe der Stipendiatinnen und Stipendiaten an der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen. So gibt es die Möglichkeit, sich in fast 20 selbstorganisierten Arbeitskreisen thematisch auszutauschen und als Referentin oder Moderator bei Veranstaltungen aufzutreten; die jährlich stattfindende Ferienakademie liegt fast vollständig in der Hand der Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Zudem engagieren sich Stipendiatinnen und Stipendiaten auch in der regionalen Arbeit der Stiftung, arbeiten in deren Gremien mit und sind aktiv in der politischen Bildungsarbeit vor Ort, zum Beispiel in den Rosa-Luxemburg-Clubs.

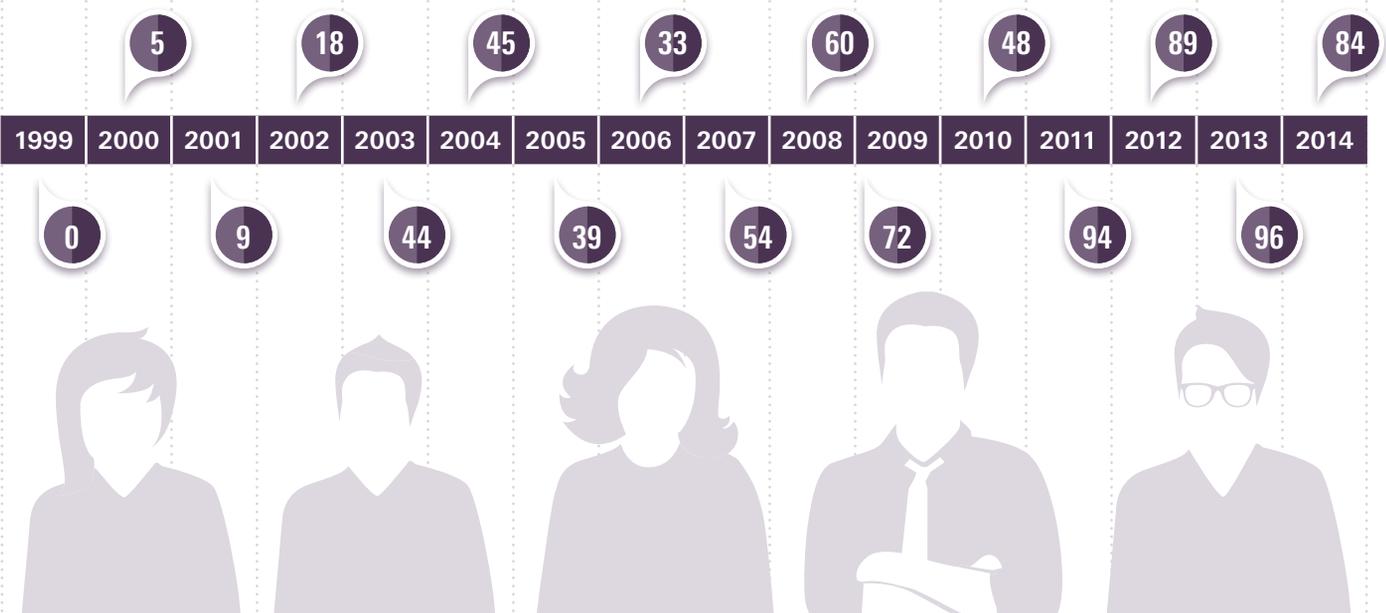
Und nicht zuletzt sind nach 15 Jahren ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten an unterschiedlichen Stellen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung präsent: in Leitungen von Auslandsbüros, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland oder in diversen ehrenamtlichen Funktionen, beispielsweise als Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten.

ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN

STUDIERENDE
(gefördert mit Mitteln des BMBF)



GEFÖRDERTE
(gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes)





Lebenswichtig: Gleichberechtigter Zugang zum Bildungssystem

BILDUNG OHNE GRENZEN

INTERVIEW MIT KATRIN HUNSICKER, MITBEGRÜNDERIN DER INITIATIVE «EDUCATION NO LIMITATION» UND EHEMALIGE PROMOTIONSSTIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Welche Ziele hat sich die Gruppe «Education No Limitation» gesetzt?

Hunsicker: Unser Ziel ist es, dass Flüchtlinge einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem erhalten; derzeit liegt der Fokus unserer Arbeit auf deren Recht zu studieren. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die meisten Flüchtlinge in unserer Gruppe bereits in ihren Herkunftsländern studiert haben, diese nicht selten gerade aufgrund ihres politischen Engagements an den Unis verlassen mussten und nun hier ihr Studium fortsetzen möchten.

Mit welchen Problemen seid ihr hier hauptsächlich konfrontiert?

Hunsicker: Vor allem für Personen, die mit einer «Duldung» oder Aufenthaltsgestattung in Deutschland leben, stellen sich vielfältige Probleme: Oft ist ihr Aufenthaltstitel mit der expliziten Auflage verknüpft, nicht studieren zu dürfen; die staatliche finanzielle Unterstützung, die sie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, erlischt bei der Aufnahme eines Studiums; in den meisten Fällen sind Flüchtlinge sowohl vom Zugang zum Bafög als auch zum Arbeitsmarkt ausgeschlossen

sen; Universitäten akzeptieren in vielen Fällen keine kurzfristigen Aufenthaltstitel und verlangen zudem die Vorlage eines Passes für die Immatrikulation; viele außereuropäische Schul- und Universitätszertifikate – sofern sie überhaupt an politisch aktive Studierende ausgehändigt wurden und mitgenommen werden konnten – werden in Deutschland nicht anerkannt oder als gleichwertig mit deutschen Bildungsabschlüssen betrachtet; und schließlich müssen vor Beginn der meisten Studiengänge sehr gute Deutschkenntnisse nachgewiesen werden, aber es fehlt oft an Sprachkursen für Flüchtlinge. Die genannten Problematiken treffen natürlich umso mehr auf Personen zu, die ganz ohne Papiere, also illegalisiert in Deutschland leben.

Unser Anliegen ist es zum einen, dass Flüchtlinge langfristig einen komplett gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem bekommen. Zum anderen wollen wir durch individuelle Lösungen kurzfristig auch erreichen, dass Flüchtlinge bereits innerhalb der beschriebenen Situation ihr Studium so bald wie möglich aufnehmen können. Für beide Zielsetzungen sind wir mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik, den Stiftungen und den Universitäten sowie anderen im Gespräch. Schließlich sind wir darüber hinaus bestrebt, dass Flüchtlinge nicht nur als Studierende an den Universitäten und Hochschulen vertreten sind, sondern auch als Dozentinnen und Dozenten. Ein erster Schritt in diese Richtung war das Seminar, das einige Mitglieder unserer Gruppe im letzten Semester zu den selbstorganisierten Flüchtlingsprotesten in Deutschland und Europa an der Alice-Salomon-Hochschule gegeben haben.

Aus welchem Grund hat sich die Gruppe gegründet?

Hunsicker: Die Gruppe hat sich vor etwa einem Jahr auf Initiative von Andrea Plöger, einer ehemaligen Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sowie Mai Shutta, Muhammad Mahmud Abdulkarim und Omar Khan, Aktivistinnen und Aktivistinnen vom Oranienplatz, gegründet. Nachdem Flüchtlinge aus der räumlichen und gesellschaftlichen Isolation ausgebrochen sind, öffentliche Plätze verschiedener Städte besetzt und ihren Protest dort sicht- und hörbar gemacht haben, war die Forderung nach Partizipationsmöglichkeiten im Bildungssystem und anderen gesellschaftlichen Institutionen für viele einer der nächsten Schritte.

Was ist noch zu tun?

Hunsicker: Bei der beschriebenen sehr komplexen Problemlage ist in jeder Hinsicht noch viel zu tun. Dabei geht es um pragmatische Dinge wie zum Beispiel die Gründung eines Vereins, vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und den möglichst baldigen Beginn des Studiums der Personen unserer Gruppe, die als Flüchtlinge in Deutschland leben. Daneben ist es für uns vor allem wichtig, noch mehr ideelle und praktische Unterstützung von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zu gewinnen, beispielsweise von Universitäten, Stiftungen und aus der Politik.



Die Magdeburg-Kaserne im niederösterreichischen Klosterneuburg im November 2014, die sechs Monate lang zur Unterkunft von Geflüchteten wurde

ZUR SITUATION VON GEFLÜCHTETEN IN ÖSTERREICHISCHEN SAMMELUNTERKÜNFEN

In den letzten 30 Jahren ist in Studien immer wieder festgestellt worden, dass die Unterbringung in Sammelunterkünften oder Lagern negative psychische und gesundheitliche Auswirkungen auf Geflüchtete und Asylsuchende hat. Die Lebensbedingungen in den Lagern und Heimen sind auch Anlass vielfältiger Proteste von Migrantinnen und Migranten mit prekärem Aufenthaltsstatus, wie umgekehrt das Themenfeld Asyl vor allem durch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) zu rechtspopulistischen Zwecken instrumentalisiert wird.

Die Grundversorgung von Geflüchteten und Asylsuchenden wird in Österreich auf Bundes- und Länderebene geregelt. Die sogenannten organisierten Sammelunterkünfte konzentrieren sich zwar in den städtischen Ballungszentren, aber viele gibt es auch in ehemaligen gastgewerblichen Betrieben in strukturschwachen ländlichen Tourismusregionen. Laut Gesetz umfasst die Grundversorgung unter anderem Betreuung, Beratung und Information ebenso wie medizinische Versorgung. Die Unterbringung soll in geeigneten Unterkünften unter Achtung der Menschenwürde und unter Beachtung der Familieninheit erfolgen und eine angemessene Verpflegung sowie ein monatliches Taschengeld einschließen. Die Unterbringung wird entweder von Nichtregierungsorganisationen oder kirchlichen Trägern, privatwirtschaftlichen Akteuren (z. B. Gastwir-

tinnen und Gastwirte) oder direkt vom Bundesland organisiert. Kritisiert werden an der Unterbringung unter anderem fehlende oder geringe Arbeits-, Bildungs- oder Freizeitmöglichkeiten sowie der soziale und materielle Ausschluss.

Maximiliane Brandmaier, Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, schreibt an der Universität Klagenfurt ihre Dissertation zum Thema «AsylwerberInnen und Geflüchtete in Österreich – Handlungsfähigkeit und Handlungsspielräume unter Bedingungen sozialer und rechtlicher Exklusion im Kontext der «Sammelunterbringung»». Ihre sozialpsychologische Studie geht zum einen von der Überlegung aus, dass das soziale Umfeld und professionelle Unterstützung für den Umgang mit traumatischen Erlebnissen und psychischen Problemen entscheidend sind, zum anderen, dass Handlungsfähigkeit sehr wichtig für die Lebens- und Alltagsbewältigung sowie für die Gesundheit ist. Eine Erweiterung von Handlungsfähigkeit, so die These, könnte also auch zur Stärkung der Menschen in ihrer Alltags-, Lebens- und Krankheitsbewältigung beitragen.

In ihrer Studie vergleicht Brandmaier die Situation von Menschen in Unterkünften in den Bundesländern Kärnten, Tirol und Wien, welche jeweils eine andere Unterbringungspolitik verfolgen. Ziel ist es, die Handlungsspielräume von Geflüchteten und Asylsuchenden zu erweitern und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Hierzu wurden qualitative Interviews mit Geflüchteten sowie Expertinnen und Experten geführt, um Perspektiven (psycho-)sozialer Unterstützung zu entwickeln.

- Dr. Werner Abel**
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ravi Ahuja**
Georg-August-Universität Göttingen
Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Prof. Dr. Andreas Arndt**
Humboldt-Universität Berlin
Philosophie
- Prof. Dr. Jörg Arnold**
Max-Planck-Institut Freiburg
Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Iman Attia**
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Georg Auernheimer**
Erziehungswissenschaft
- Dr. Felix Axster**
Technische Universität Berlin
Geschichte
- Dr. Dario Azzellini**
Universität Linz, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**
Universität Lüneburg, Psychologie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**
Hochschule für Technik, Wirtschaft
und Kultur Leipzig, Mathematik
- Prof. Dr. Helga Baumgarten**
Universität Bir Zeit, Politikwissenschaft
- Dr. Gisela Baumgratz**
Hochschule Fulda
Intercultural Education
- PD Dr. Johannes M. Becker**
Universität Marburg, Friedensforschung
- Prof. Dr. Julia Becker**
Universität Osnabrück, Psychologie
- Prof. Dr. Bernd Belina**
Universität Frankfurt a. M.
Humangeografie
- Dr. habil. Sebastian Berg**
Universität Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**
Universität Potsdam
Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**
Universität des Saarlandes, Biologie
- Dr. Margrid Bircken**
Universität Potsdam
Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**
Georg-August-Universität Göttingen
Neuere Geschichte
- Prof. Dr. Uwe Bittlingmayer**
Pädagogische Hochschule Freiburg
Philosophie
- Prof. Dr. Dieter Boris**
Universität Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**
Universität Wien, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**
Universität Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Christine Brückner**
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Micha Brumlik**
Universität Frankfurt a. M.
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**
Universität Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**
Universität Hannover, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**
Universität Siegen, Sozialwissenschaft
- Dr. Georgia Christinidis**
Universität Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**
Universität Kiel, Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**
Sozialwissenschaft
- Dr. Ina Dietzsch**
Ethnologie
- Dr. Thede Eckart**
Universität Marburg, Psychologie
- Prof. Dr. Trevor Evans**
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin, Volkswirtschaftslehre
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**
Universität Bielefeld, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Peter Fleissner**
Universität Wien, Informatik
- Dr. Eckart Frey**
Universität Magdeburg, Alte Geschichte
- Dr. Jens Gaitzsch**
University College London, Chemie
- Dr. Antje Gebel**
Technische Universität Clausthal
Geowissenschaft
- Dr. Udo Gerheim**
Universität Oldenburg, Soziologie
- Dr. Stefanie Graefe**
Universität Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**
Humboldt-Universität Berlin
Mathematik
- Prof. Dr. Melanie Groß**
Fachhochschule Kiel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez**
Justus-Liebig-Universität Gießen
Sozialwissenschaft
- Dr. Noa Kerstin Ha**
Technische Universität Berlin
Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Dr. Gerda Heck**
Universität Köln, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Susanne Heeg**
Universität Frankfurt a. M.
Geowissenschaft
- Dr. Stefan Heinz**
Freie Universität Berlin, Politikologie
- Prof. Dr. Arne Heise**
Universität Hamburg
Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Jürgen Helmchen**
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Fritz Helmedag**
Technische Universität Chemnitz
Wirtschaftswissenschaft
- Dr. Jutta Hergenhan**
Justus-Liebig-Universität Gießen
Sozialwissenschaft
- Dr. Cordelia Heß**
Universität Göteborg
Sprachwissenschaft
- Dr. Andreas Heyer**
Technische Universität Braunschweig
Politikwissenschaft
- Dr. Thorsten Hindrich**
Universität Mainz, Musikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**
Evangelische Hochschule Dresden
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer Hoffmann**
Georg-August-Universität Göttingen
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**
Universität Salzburg, Psychologie
- Dr. Christian Horn**
Universität Kiel, Geschichte
- PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**
Universität Marburg
Literaturwissenschaft
- Dr. phil. Carsten Jakobi**
Universität Mainz, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Jantzen**
Universität Bremen
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Holger Jeske**
Universität Stuttgart, Molekularbiologie
- Prof. Dr. Dirk Jörke**
Technische Universität Darmstadt
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Werner Jung**
Universität Duisburg
Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Ingrid Jungwirth**
Hochschule Rhein-Waal Kleve
Sozialwissenschaft
- Dr. Christoph Jünke**
Universität Hagen, Geschichte

Jun.-Prof. Olaf Kaltmeier
Universität Bielefeld
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Juliane Karakayali
Evangelische Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft

Dr. Serhat Karakayali
Humboldt-Universität Berlin
Sozialwissenschaft

Prof. em. Dr. Günter Kehrer
Religionswissenschaft

apl. Prof. Dr. Mario Keßler
Geschichte

Prof. Dr. Klaus Peter Kinner
Neuere Geschichte

Prof. Dr. Klaus Peter Kisker
Freie Universität Berlin
Wirtschaftswissenschaft

Univ. Prof. Dr. Clemens Knobloch
Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Peter Kosta
Universität Potsdam
Sprachwissenschaft

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
Fachhochschule Nordhausen
Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Universität Marburg, Gender Studies

apl. Prof. Dr. Friederike Kuster
Universität Wuppertal, Philosophie

Prof. Dr. Raminta Lampsatis
Hochschule für Musik und Theater
Hamburg, Musikwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Universität Frankfurt a. M., Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
Universität München
Sozialwissenschaft

Dr. Anna Leuschner
Karlsruher Institut für Technologie
Philosophie

Prof. Dr. Manfred Liebel
Freie Universität Berlin
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Volker Lüderitz
Fachhochschule Magdeburg
Agrarwissenschaft

Dr. Jens Maeße
Universität Mainz, Sozialwissenschaft

Dr. Stefania Maffei
Freie Universität Berlin, Philosophie

Prof. Dr. Wolfgang Maiers
Fachhochschule Magdeburg
Psychologie

Prof. Dr. Morus Markard
Freie Universität Berlin, Psychologie

Univ.-Prof. Dr. Angela Martini
Universität Witten, Kulturwissenschaft

Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja
Universität Hamburg, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Konrad Meisig
Universität Mainz, Indologie

Dr. Jana Mikota
Universität Siegen, Germanistik

Dr. Irina Modrow
Kulturwissenschaft

Dr. Oliver Nachtwey
Universität Trier, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. John P. Neelsen
Universität Tübingen, Sozialwissenschaft

Dr. Dieter Nelles
Universität Bochum, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Karoline Noack
Universität Bonn
Sprach- und Kulturraumwissenschaften

Prof. Dr. Frank Nonnenmacher
Politikwissenschaft

Dr. Salvador Oberhaus
Geschichte

Prof. Michaela Ott
Hochschule für bildende Künste
Hamburg, Ästhetische Theorien

Prof. Dr. Sabine Pankofer
Katholische Stiftungsfachhochschule
München, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Martin Pinquart
Universität Marburg, Psychologie

Dr. phil. Heike Raab
Universität Innsbruck, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Brigitte Rauschenbach
Freie Universität Berlin
Politikwissenschaft

Dr. Jan Rehmann
New York City, Philosophie

Dr. Katrin Reimer
Fachhochschule Magdeburg
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Ursula Reitemeyer
Universität Münster
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Steffi Richter
Universität Leipzig, Kulturwissenschaft

Dr. Dominik Rigoll
Universität Jena, Geschichte

Prof. Dr. Boris Röhr
Fachhochschule Wiesbaden
Kunstgeschichte

Prof. Dr. Eckhard Rohrmann
Universität Marburg
Erziehungswissenschaft

Prof. apl. Dr. Karla Rost
Technische Universität Chemnitz
Mathematik

Dr. Axel Rüdiger
Universität Halle, Politikwissenschaft

Prof. (i. R.) Dr. Werner Ruf
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Oliver Rump
Hochschule für Technik und Wirtschaft
Berlin, Museologie

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Ruppert
Universität der Künste Berlin
Kulturwissenschaft

Dr. phil. Reyhan Sahin
Universität Hamburg
Sprachwissenschaft

Dr. David Salomon
Universität Siegen, Politikwissenschaft

Dr. Martin Sauber
Universität Hamburg, Sozialwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar
Universität Wien, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Barbara Schäuble
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Renuis Schenkel
Fachhochschule Magdeburg
Journalistik

Prof. Tilman Schiel
Universität Passau
Südostasienwissenschaft

Prof. Dr. Jörg Schmidt
Hochschule Anhalt
Wirtschaftswissenschaft

Dr. Imke Schmincke
Universität München
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Lars Schmitt
Fachhochschule Düsseldorf
Sozialwissenschaft

Dr. habil. Rainer Schnoor
Geschichte

Dr. Frank Schubert
Universität Potsdam
Medienwissenschaft

Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert
Universität Halle, Verkehrswesen

Prof. Dr. Volker Schubert
Universität Hildesheim
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Erika Schulze
Fachhochschule Bielefeld
Sozialwissenschaft

Dr. Christian Seipel
Universität Hildesheim
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Hans-Dieter Sill
Universität Rostock, Mathematik

Prof. Dr. Susanne Spindler
Hochschule Darmstadt, Soziologie

Prof. Dr. Peter Strutynski
Universität Kassel, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Christiane Tammer
Universität Halle, Mathematik

Prof. Dr. Patrizia Tolle
Fachhochschule Frankfurt a. M.
Pflege- und Gesundheitswissenschaft

Dr. Vassilis Tsianos
Universität Hamburg, Philosophie

Dr. Christina Ujma
Universität Paderborn
Sprach- und Kulturwissenschaft

Dr. Peter Ullrich
Technische Universität Berlin
Sozialwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe
Universität Wien, Soziologie

Prof. Dr. jur. habil. Willi Vock
Hochschule für Technik und Wirtschaft
Dresden, Rechtswissenschaft

Jun.-Prof. Dr. Friedemann Vogel
Universität Heidelberg, Linguistik

Prof. Dr. Susanne Völker
Universität Köln, Soziologie

Dr. phil. Heinz-Jürgen Voß
Universität Frankfurt (Oder)
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weber
Fachhochschule München, Psychologie

Prof. Dr. Martina Weber
Hochschule Emden/Leer, Gender Studies

Prof. Dr. Klaus Weinbauer
Universität Bielefeld, Geschichte

PD Dr. Wolfgang Weiß
Universität Greifswald, Geografie

Dr. Christa Wichterich
Soziologie

Prof. Dr. Hanns Wienold
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Kathrin Wildner
Universität Frankfurt (Oder)
Sozialgeografie

Prof. Dr. Markus Wissen
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin, Sozialwissenschaft/Sozialkunde

Dr. Dietmar Wittich
Soziologie

Dr. rer. nat. Markus Wöhr
Universität Marburg, Psychologie

Dr. Safiye Yıldız
Universität Tübingen
Entwicklungspolitik

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Politische Kommunikation wollen die Angebote, Interventionen und Beiträge der Stiftung einem breiten Publikum umfassend und gut verständlich vermitteln. Aus dieser Aufgabenstellung speist sich ihr Selbstverständnis: Sie verstehen sich als Bindeglied zwischen der linken Bildungsinstitution und der Öffentlichkeit.

Die Kommunikation «nach außen» bedingt auch eine intensive Kommunikation «nach innen»: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung kooperieren mit allen Bereichen der Stiftung – bundesweit und international. Im Zusammenspiel mit der Gesamtstiftung und dem Umfeld erledigen sie deshalb eine Vielfalt von Tätigkeiten, oftmals selbst öffentlich in Erscheinung tretend als Moderatorin oder Referent – insofern sind sie viel mehr als Dienstleister «hinter den Kulissen».

Die «Polkomm» ist verantwortlich für die diversen Publikationsreihen, betreut die Online-Präsenz und das Journal *Rosa-Lux*, erstellt den Jahresbericht und einen monatlichen Online-Newsletter, hält die Medien im In- und Ausland auf dem Laufenden, steuert Anzeigenschaltungen, kümmert sich um die Produktion und den Vertrieb von Give-aways und Werbeträgern und unterstützt die Organisation von Ausstellungen. Rund 100 Publikationen gab die Stiftung im Jahr 2014 heraus – von den «Standpunkte»-Papieren über die Broschüren der Reihe «luxemburg argumente» bis zu den «Manuskripte»-Bänden und Buchveröffentlichungen mit kooperierenden Verlagen. Neu eingeführt wurde die Reihe «Materialien», die sich an aktivistische Zielgruppen richtet und in aktuelle Diskussionen eingreift.

Die wachsende Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit zeigt sich in einem breiten Netzangebot: Neben den Webseiten unter www.rosalux.de sowie diversen Blogs nutzt die Stiftung soziale Medien wie Twitter und Facebook, Google+, Youtube und SoundCloud zur Verbreitung ihres Angebots. Einen immer größeren Stellenwert nimmt die Dokumentation von Veranstaltungen per Audio oder Video ein. Sie ermöglicht eine Nutzung der Bildungsangebote der Stiftung unabhängig von Zeit und Ort.

Federführend ist «Polkomm» zudem in zentrale Projekte der Stiftung eingebunden. Dazu zählen die Arbeit zu netzpolitischen Themen, die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung des «Fests der Linken», das am Rosa-Luxemburg-Platz in der Mitte Berlins jedes Jahr mehrere Tausend Gäste anlockt, und die Betreuung von Besuchergruppen aus den Wahlkreisen linker Bundestagsabgeordneter. Aber auch bei den Planungsprozessen innerhalb der Stiftung, der Erarbeitung von internen wie externen Kommunikationsstrategien oder beim Aufbau einer zentralen Adressdatenbank war und ist der Bereich Politische Kommunikation gefragt.



Die Zuverlässigkeit in Person: Karin Malingriaux

«DIE BESTELLUNGEN SIND DEUTLICH GESTIEGEN» INTERVIEW MIT KARIN MALINGRIAUX

Im Organigramm der Stiftung wird Karin Malingriaux' Stelle im Bereich Politische Kommunikation als «Sekretariat/Sachbearbeitung» geführt, doch damit sind ihre Aufgaben bei Weitem nicht erschöpfend beschrieben.

Karin, seit wann arbeitest du bei der Stiftung?

Malingriaux: Seit September 2001 und von Anfang an hier in diesem Bereich, der damals noch Bereich Öffentlichkeitsarbeit hieß. Mit mir waren wir zu fünft im Bereich. Inzwischen sind wir doppelt so viele.

Dieser Zuwachs spiegelt das allgemeine Wachstum der Stiftung wider ...

Malingriaux: Ja, 2001 saß die Stiftung lediglich in der vierten Etage hier im Gebäude. Heute sind die Büros auf alle sieben Etagen verteilt. Damals kannte jeder jeden. Wenn eine Anfrage 'reinkam, wusste ich immer sofort, von wem sie stammte. Das ist heute bei den vielen neuen Kolleginnen und Kollegen nicht mehr so. Gleichzeitig haben sich meine Aufgaben sehr verändert. Damals ging es im Wesentlichen um Sachbearbeitung und Sekretariat.

Und heute?

Malingriaux: Einen großen Stellenwert hat inzwischen die Logistik, von der Bestellung bis hin zum Versand von Publikationen. Hinzu kommt die Organisation von Infoständen der Stiftung auf großen, aber auch vielen kleinen Veranstaltungen – ob nun bei Bundeskongressen der Gewerkschaften und Bundesparteitagen der LINKEN oder am 1. Mai in Berlin-Kreuzberg, beim «Fest der Linken» auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte oder bei der Luxemburg-Lieb-knecht-Ehrung auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. Ich muss ständig alle Veröffentlichungen im Blick haben, um die richtige Auswahl treffen zu können, um

zu wissen, welche Inhalte zu den Veranstaltungen passen, die Lieferbarkeit der Publikationen kontrollieren und dem Bedarf entsprechende Vorschläge für verschiedene Auflagenhöhen unterbreiten.

Was sich aber im Gegensatz zu früher vor allem verändert hat, ist meine Zuständigkeit für die Verwaltung des gesamten Budgets des Bereichs «PolKomm» – vom Rechnungseingang über das Controlling bis zur Auslastungsanalyse. Das ist der wesentliche Teil meiner Tätigkeit. Daneben müssen selbstverständlich auch immer Telefonate erledigt oder Anfragen per Mail oder Brief beantwortet werden, also allgemeine Sekretariatsaufgaben. Das ist das tägliche Geschäft, aber mehr oder weniger Nebensache.

Wer bei der Stiftung Publikationen bestellt, landet unweigerlich bei dir. Sind diese Anfragen überhaupt von einer Person zu bewältigen?

Malingriaux: Im November 2014 hatten wir zum Beispiel 53 Versandaufträge. Sie umfassten 6.700 Publikationen und gingen an 105 Adressen. Seit einigen Jahren werden wir im Versand von einem externen Dienstleister unterstützt. Ohne ihn wäre das nicht zu schaffen, zumal bei den genannten Zahlen noch nicht die Sendungen dabei sind, die ich nebenher auf die Schnelle erledige und in die Post gebe. Hin und wieder drucke ich zwischendurch auch mal eine Publikation aus, die nur noch online zu haben ist – gerade für Ältere, die entweder gar kein Internet haben oder sich damit schwertun.

Bestellen heute die Menschen andere Sachen als früher?

Malingriaux: So kann man das nicht sagen. Was sich geändert hat, ist das Angebot der Stiftung. Gerade durch die neuen Reihen «luxemburg argumente», «Analysen» und «Materialien» ist das Angebot viel größer und interessanter geworden. Die Zahl der Bestellungen ist deutlich gestiegen, weil das Publikationen sind, die gut ankommen und gefragt sind. Das betrifft nicht nur die Einzelbestellungen, sondern auch die Größenordnung.

Gibt es Dinge, die dich immer wieder ärgern?

Malingriaux: Ja schon, etwa wenn Referenten nicht rechtzeitig daran denken, dass sie für eine Veranstaltung auch Material benötigen. Es ist schade, wenn von einer bestimmten Publikation nicht mehr genügend Exemplare vorhanden sind, die wir dort hätten auslegen können. Wäre die Veranstaltung rechtzeitig angemeldet worden, hätten wir sie einfach nachgedruckt.

Was sind die Dinge, die dir Freude machen?

Malingriaux: Auf alle Fälle unser Team; wir unterstützen uns gegenseitig und tragen vieles mit Humor. Es freut mich, wenn unsere Publikationen an Infoständen und online auf reges Interesse stoßen, und natürlich auch, wenn unsere Arbeit Anerkennung findet und nicht nur als selbstverständlich angesehen wird.



Die FIFA verlangte den Um- beziehungsweise Neubau von zwölf Stadien für die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien: das Maracanã-Stadion in Rio beim erneuten Umbau 2013.

HINTER DEN KULISSEN DES SCHÖNEN SCHEINS
 EIN BUCH ZUR FUSSBALL-WM IN BRASILIEN

Dass die deutsche Nationalmannschaft ihren vierten Titel holen würde, stand noch in den Sternen. Klar war aber, dass nicht nur die fußballinteressierte Welt auf Brasilien blicken würde. Im Jahr vor der Fußballweltmeisterschaft war es während des Confederations Cups zu Massendemonstrationen gekommen. Massive soziale Proteste erschütterten das Land. Sie richteten sich gegen die mangelhaften öffentlichen Dienstleistungen bei anhaltend sozialer Kluft in der aufstrebenden Regionalmacht, aber auch gegen die Überkommerzialisierung des «Nationalsports» Fußball.

Die war Anlass für ein ambitioniertes Buchprojekt, das die Hintergründe des Mega-Events ausleuchten wollte. Es erschien pünktlich zur WM-Eröffnung unter dem Titel «Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Von Mythen und Helden, von Massenkultur und Protest». Verantwortlich zeichnete dafür ein illustres Team: Neben dem Büroleiter der Stiftung in São Paulo, Gerhard Dilger, und Stefan Thimmel vom Bereich Politische Kommunikation gehörten dazu Thomas Fatheuer, der von 2003 bis 2010 das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien leitete, und der Publizist Christian Russau vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL). Sie eint nicht nur die Leidenschaft für den Fußball, sondern auch eine intime Kenntnis der Region.

Das Buch erschien im Hamburger VSA-Verlag. Seit 2012 baut die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Kooperation mit linken Verlagen aus. Die Bücher werden in der Stiftung konzipiert und betreut und von den beteiligten Verlagen veröffentlicht. Alle so entstandenen Bücher werden unter einer Creative-Commons-Lizenz zum kostenlosen Download ins Netz gestellt.

Das Buch stieß auf großes Interesse, führte im vergangenen Jahr mit weitem Abstand die Liste der Online-Zugriffe an und war eines der erfolgreichsten Buchprojekte der Stiftung – nicht nur was die Verkaufszahlen und Reichweite betraf. Die *taz* bot das Buch als Prämie für ihr sechswöchiges WM-Abo an, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien eine hymnische Rezension, und der Titel schaffte es auf die Nominierungsliste der Deutschen Akademie für Fußballkultur für das «Fußballbuch des Jahres».

In der Begründung für die Nominierung war zu lesen, warum das Buch auch nach Ende des Turniers in Brasilien lesenswert ist:

.....
 «Weil mit der Lektüre letztlich klar wird, dass fortan beim Sprechen über den kapital-kommerziell organisierten Fußball eine Frage stets aufs Neue gestellt werden muss: In Abertausenden von Stadien werden Fußballspiele ausgetragen – aber auf wessen Rücken?»

DIE ZEITSCHRIFTEN DER STIFTUNG: LUXEMBURG UND ROSALUX

Unter dem Stichwort «Transform RosaLuXemburg» wurde im Jahr 2013 intensiv über die Zukunft der Stiftungszeitschriften *LuXemburg* und *RosaLux* diskutiert, vor allem wie Reichweite und Wirkung erhöht werden könnten. In der Folge wurden beide Formate deutlich profiliert und die Zusammenarbeit der Redaktionen verbessert.

WEBSEITEN:

www.zeitschrift-luxemburg.de, <http://journal.rosalux.de>

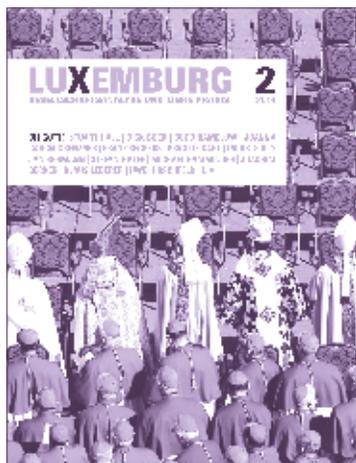
LuXemburg sollte von Beginn an eine sozialistische Zeitschrift sein, die sich um das Allgemeine, das Gemeinsame und den Weg dorthin kümmert. Mitte 2009 erstmals erschienen, waren es Ende 2013 schon 17 Hefte mit respektablen 2.800 Seiten, die inzwischen komplett online zur Verfügung stehen. Seit Anfang 2014 ist die *LuXemburg* ein gemeinschaftliches Gut, *Commons*, das Abo ist kostenfrei – ein ungewöhnlicher Schritt für eine so hochwertige Publikation. Damit wird der Weg fortgesetzt, der mit anderen Druckerzeugnissen der Stiftung schon eingeschlagen wurde.

Wir haben auf zertifiziertes, aber dünneres Papier sowie auf Vierfarbdruck umgestellt und den Umfang auf 120 Seiten reduziert. Die *LuXemburg* erscheint nun drei Mal im Jahr und im Selbstverlag. Die Kosten konnten so um fast ein Drittel reduziert werden. Auch die Website wurde neu gestaltet und die Online-Präsenz mit rund 400 Beiträgen ausgeweitet, um auch politisch aktuell informieren zu können. Die Bestellungen konnten im Laufe eines Jahres so auf mehr als 3.000 Hef-

te pro Ausgabe verdreifacht und zusätzlich 750 E-Abos gewonnen werden.

Im Zuge der Neustrukturierung wurden auch Auflage und Erscheinungstakt des Journals *RosaLux* verändert. Statt vierteljährlich erscheint das Heft seit Anfang 2014 ebenfalls drei Mal im Jahr; die Auflage liegt bei 4.000 gedruckten Exemplaren. Inhaltlich orientierte sich *RosaLux* stärker als zuvor an den thematischen Schwerpunkten der Stiftungsarbeit und nahm weniger Bezug auf tagesaktuelle Fragen und die Konjunktur der Medienöffentlichkeit. Im Mittelpunkt der drei Ausgaben des Jahres 2014 standen europäische Geschichtspolitik, sozialökologischer Umbau sowie Arbeit und Gewerkschaften. Insbesondere Heft 1, das sich kritisch mit Versuchen auseinandersetzte, die deutsche Hauptschuld am Kriegsausbruch 1914 zu relativieren, stieß auf großes Interesse und war nach wenigen Wochen restlos vergriffen.

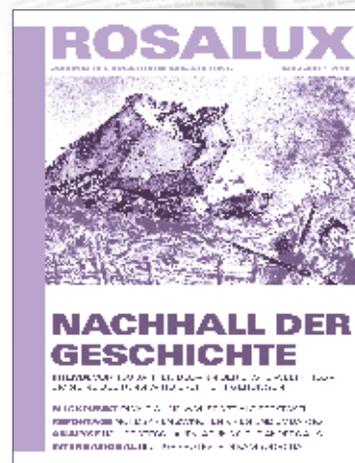
Ausgebaut wurden zugleich die digitalen Vertriebswege. Die PDF-Version des Journals kann von der Homepage heruntergeladen oder als E-Paper abonniert werden; so gelangten pro Ausgabe im Durchschnitt weitere 2.000 Exemplare zu den Leserinnen und Lesern.



OH GOTT!

Weltweit eskaliert Gewalt und fast überall sind es religiöse Spaltungen, an denen die Konflikte ausgerichtet werden

LuXemburg 2/2014 zu politischer Religion
Download unter: www.rosalux.de/publication/40795



NACHHALL DER GESCHICHTE

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg – um seine Deutung wird erbittert gerungen

ROSALUX 1/2014
Download unter: www.rosalux.de/publication/40361

RosaLux, das Hausjournal der Stiftung, und die Stiftungszeitschrift *LuXemburg* können kostenfrei abonniert werden.

ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Die «Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.» begann 1999 mit dem Aufbau von Bibliothek und Archiv. Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) versteht sich als zentrale Institution für das Archivgut der Partei DIE LINKE und ihrer Quellorganisationen PDS und WASG; zudem werden Materialien zur Geschichte der politischen Grundströmung des Demokratischen Sozialismus gesammelt. Der Gesamtbestand umfasst derzeit mehr als 1.300 laufende Meter Akten und 830 GB elektronische Überlieferung sowie umfangreiches analoges und audiovisuelles Sammlungsgut (Plakate, Flyer und Flugblätter, Fotos, Tonbänder sowie Filme). Im ADS arbeiten sechs Archivarinnen und Archivare; ein Fachangestellter für Medien und Informationsdienste/Fachrichtung Archiv beendete 2014 seine dreijährige Ausbildung mit sehr guten Ergebnissen. Ziel der archivarischen Tätigkeit ist die Bereitstellung der erschlossenen Bestände zur wissenschaftlichen Forschung und für die Nutzung durch die interessierte Öffentlichkeit. 13 Findbücher liegen bisher als Recherchehilfsmittel gedruckt und online vor.

PROFILIERUNG DES ARCHIVBESTANDES

Der Gesamtbestand des ADS wuchs im vergangenen Jahr stetig. Die dauerhaft aufzubewahrenden Materialien werden gesichert und später nach archivfachlichen Kriterien erschlossen. Abgaben aus den Abgeordnetenbüros der Bundestagsfraktion DIE LINKE – unter anderem von Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann und Annette Groth – ergänzen die vielfältigen *Personenbestände*. Die Tektonikgruppe *Bundestagsfraktion bzw. -gruppe* wurde durch Ablieferungen aus den verschiedenen Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion DIE LINKE vergrößert. Die Bestände der *Landesverbände* konnten durch umfangreiche Übergaben aus den Geschäftsstellen der Landesverbände Bayern und Schleswig-Holstein erweitert werden. Im Zuge der Europawahl 2014 wurden elektronische Dokumente und Sammlungsgut aus den verschiedenen Büros der Delegation DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im *Europa-Parlament* übernommen. So zum Beispiel 1,2 GB elektronische Daten aus dem Abgeordnetenbüro von Thomas Händel (seit 2009 MdEP).

Übernahmen zum Themenfeld Kulturpolitik gab es im Jahr 2014 aus dem Vorstand der Partei DIE LINKE und von dem entsprechenden Arbeitsbereich der Bundestagsfraktion (1999–2009). Materialien des Berliner Vereins KulturInitiative'89, die zeitweise im ADS deponiert worden waren, konnten im Zuge der Bestandsprofilierung an das zuständige Bundesarchiv überführt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch das *Stiftungsarchiv* – als stetig wachsendes Zwischen- und Endarchiv, zuständig für

die verschiedenen Bereiche sowie Inlands- und Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung – zu erwähnen, welches mittlerweile etwa 350 laufende Meter Akten, Sammlungsgut und elektronische Überlieferung zur Geschichte der Stiftung und des Vereins Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung enthält.

AUSSTELLUNG ZUM TAG DER ARCHIVE

Als Beitrag zum Tag der Archive 2014, der anlässlich des Internationalen Frauentages unter dem Motto «Frauen – Männer – Macht» stand, präsentierte sich das Archiv mit der Ausstellung «politik macht frauen – Ausgewählte Quellen aus den Beständen des Archivs Demokratischer Sozialismus» in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin einer interessierten Öffentlichkeit.

Die Tafelausstellung mit Plakaten, Fotos, Flyern und Flugblättern zu den Themen Frauen, Geschlechterverhältnisse und Familie bezog sich insbesondere auf die Tätigkeiten der Abgeordneten Petra Bläss, Dagmar Enkelmann, Heidi Knake-Werner, Gesine Lötzsch, Christa Luft und Rosel Neuhäuser und ihrer Mitarbeiterinnen aus der Zeit von den Anfängen der PDS bis zum Ende der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags im Jahr 2002. Weitere fünf Texttafeln beschrieben chronologisch die politischen Ansätze und Initiativen der Partei im Deutschen Bundestag, unter Bezugnahme auf ausgewählte Bestände des ADS und auf die dazu veröffentlichten Findbücher zum Parteivorstand der PDS, der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR und der PDS im Deutschen Bundestag (12. bis 14. Wahlperiode). Sie beleuchteten schlaglichtartig die damaligen gesellschaftspolitischen Debatten um den Paragraphen 218 StGB, die Diskussionen um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Reform des Kindschaftsrechts und die Angleichung der Ost-Renten an West-Niveau.

Die von Kolleginnen und Kollegen und externen Besucherinnen und Besuchern sehr gut angenommene Präsentation wird derzeit in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE gezeigt. Anschließend ist sie für die weitere Nutzung durch die Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und möglicherweise auch durch einzelne Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgesehen. Über den Webauftritt des Bereichs Archiv und Bibliothek ist die Ausstellung verfügbar.

DIE BIBLIOTHEK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Seit mittlerweile 15 Jahren stellt die Bibliothek der Stiftung (Bibliothekssigel: B 1599) mit ihren vielfältigen Beständen eine wissenschaftliche Spezialbibliothek dar. Als klassische Präsenzbibliothek steht sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der interessier-



Alle Tafeln der Ausstellung sind hier zu finden: www.rosalux.de/stiftung/archiv/archiv/ausstellung-politik-macht-frauen.html

ten Öffentlichkeit während der Öffnungszeiten zur Verfügung. Der thematische Aufbau des Medienbestands der Bibliothek fußt im Wesentlichen auf den drei Hauptsammelgebieten:

- Partei DIE LINKE und ihre Quellorganisationen (PDS, WASG)
- Rosa Luxemburg
- Ideengeschichte des Demokratischen Sozialismus.

Weiterhin hält die Bibliothek Medien zur Theorie und Geschichte linker Bewegungen, zur politischen Bildung sowie zu den Sozialwissenschaften für die Nutzung bereit. Darüber hinaus ist die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Besitz der Johannes-Agnoli-Bibliothek. Einzigartig ist auch der Bestand der Abschlussarbeiten der Stiftung, die für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung stehen. Insgesamt umfasst der Bibliotheksbestand derzeit um die 18.000 Medieneinheiten. Ergänzt wird das Angebot mit über 1.300 verschiedenen Zeitschriftentiteln – rund 600 Titel können über die Zeitschriftendatenbank (ZDB) recherchiert werden. Aktuell arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek daran, den Buchbestand für die Öffentlichkeit im Internet recherchierbar zu machen.

BERICHTE AUS DER STIFTUNG

1914 – 1939 – 1989.

WENDEPUNKTE EUROPÄISCHER GESCHICHTE

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IM GESCHICHTSJAHR
2014

Im vergangenen Jahr jäherten sich markante Wendepunkte des viel zitierten «Jahrhunderts der Extreme»: der Beginn zweier Weltkriege sowie mit dem Ende der DDR 1989 der Untergang des Realsozialismus. Zugleich hinterlassen historische Ereignisse tiefe Spuren im Denken und Handeln der politischen Linken, denn ihre Aufspaltung begann mit unterschiedlichen Haltungen zum Ersten Weltkrieg.

Aufgabe linker und kritischer Geschichtspolitik kann nicht die einfache Nacherzählung sein. Vielmehr muss die Deutung der Vergangenheit in den Mittelpunkt rücken und die Frage danach, welche Folgen historische Ereignisse bis heute haben. Konkret ging es in der Auseinandersetzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Jahr unter anderem um die neu entfachten Debatten um die Kriegsschuld Deutschlands im Jahr 1914 sowie um die Spätfolgen des industrialisierten Tötens, um Kriegsbegeisterung und Widerstand sowie um den Gegenwartsbezug: Denn Deutschland strebt wieder nach größerem Gewicht in der Weltpolitik. Erinnerungen an die Konsequenzen vergangener Großmachtambitionen und Antimilitarismus stören dabei. Mit dem Fall der Mauer und dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 wiederum wurden Fragen nach der Bedeutung von Demokratie und nach der Erneuerungsfähigkeit des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt.

Bereits im Alltagsgeschäft der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind Bildungsveranstaltungen zu historischen Themen besonders beliebt und machen den größten Anteil des bundesweiten Angebots aus. Aus Anlass dieser drei geschichtlichen Jahrestage bot die Stiftung 2014 eine Vielzahl von zusätzlichen Veranstaltungen in verschiedenen Formaten an: Abendveranstaltungen, Konferenzen, Lesungen, Theateraufführungen, Ausstellungen und Workshops im In- und Ausland sowie Veranstaltungsreihen in mehreren Städten. Für Aufsehen sorgte die Ausstellung zum dissidenten Kommunisten Werner Scholem, die in Berlin gezeigt wurde. Die Ausstellung «Ich kam als Gast in euer Land gereist ...» zu deutschen Opfern des Stalinismus tourte durch mehrere Bundesländer und Landesstiftungen und wird 2015 fortgesetzt. Der 200. Geburtstag von Jenny Marx wurde in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz mit Veranstaltungen (und einer Buchpublikation) gewürdigt.

Die Rosa-Luxemburg-Tage, die vom 28. bis 31. Mai in Berlin stattfanden, und die Veranstaltungen anlässlich des Sonderparteitages der damaligen SED im Herbst warteten mit Vorträgen, Filmen und szenischen Lesungen beziehungsweise Theateraufführungen auf. Das Journal *RosaLux* widmete sich



Als das Töten kein Ende nehmen wollte: Britische Truppen bereiten sich im November 1918 auf die Verteidigung eines Bahndamms bei Merville (Frankreich) vor.

den Deutungen und Folgen des Ersten Weltkrieges in einer Themenausgabe.

Sichtweisen von Expertinnen und Referenten aus ganz Europa flossen dabei immer wieder in die Diskussionen ein – etwa bei mehrtägigen Tagungen in Wuppertal, Potsdam und Berlin zum Ersten beziehungsweise zum Zweiten Weltkrieg. Eine Vielzahl von Akteuren war beteiligt, aus den Landesstiftungen, aus den Auslandsbüros der Stiftung (etwa aus Johannesburg oder Belgrad), aus dem Gesprächskreis Geschichte, aus der Bundestagfraktion der LINKEN oder aus inhaltlich nahestehenden Vereinen und Initiativen. Vorrangige Ziele der beschriebenen Aktivitäten sind und waren, minoritäre und disidente Strömungen der Linken und der Arbeiterbewegung sichtbar zu machen, eine europäische Perspektive auf die deutsche Geschichte zu berücksichtigen und summa summarum Schlussfolgerungen aus der Geschichte für das Leitbild eines modernen, demokratischen Sozialismus zu ziehen.

«NACH DEM SCHLACHTENLÄRM»: URSACHEN UND FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGES

Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg. Anlässlich des 100. Jahrestages der Ouvertüre in die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« widmete sich ein großer Teil der fachlichen und populären Erinnerungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2014 besonders den Entwicklungen, die in den Krieg führten. Der Einladung der Landesstiftungen im Saarland und Rheinland-Pfalz sowie der Marx-Engels-Stiftung zur Tagung »Nach dem Schlachtenlärm« und einer sonntäglichen Matinee folgten Mitte November 75 Interessierte.

Die Veranstaltungen in Saarbrücken richteten einen besonderen Fokus auf die vielfältigen Kriegsfolgen in der im Länderviereck gelegenen frontnahen Großregion Saar-Lothringen-Luxemburg-Wallonien. Dieses Gebiet eignet sich gut,

um beispielhaft unterschiedliche Aspekte imperialistischer Nachkriegspolitik und sozioökonomischer Auseinandersetzungen im revolutionären Transformationsprozess seit 1918 zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Auswirkungen des Krieges auf die Arbeiterbewegung als der zentralen Akteurin der gesellschaftlichen Erneuerung jener Zeit. Herwig Lerouge, Ali Ruckert, Jean-François Lassagne und Laurent Erbs befassten sich in ihren Beiträgen mit ausgewählten Fragen zu Revolution und Konterrevolution in den Nachkriegsgesellschaften. Anni Lacroix-Riz und Hubert Kesternich skizzierten unter besonderer Berücksichtigung der »Saarfrage« die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Handlungsoptionen der Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Beziehungen. Joachim Schröder rundete die Veranstaltung am Samstag mit seinem Vortrag zu Strukturen und Akteuren der Arbeiterbewegung und des Internationalismus nach dem Ersten Weltkrieg ab. So entstand ein weites Panorama zur Thematik, das im geplanten Tagungsband nachzuvollziehen sein wird.

Am darauffolgenden Tag fanden sich 30 Personen zu einer Matinee im Saarbrückener Ratskeller ein, um über den Weg der europäischen Großmächte in den Ersten Weltkrieg zu diskutieren: Salvador Oberhaus (zur Juli-Krise und zu geschichtspolitischen Implikationen der aktuellen Auseinandersetzung um die »Kriegsschuld«), Jörn Wegner (zur Rolle der SPD in der Juli-Krise), Daniel Bratanovic (zur Geschichte des europäischen Imperialismus aus diplomatiehistorischer Sicht) und Oliver Schulz (zum Weg Bulgariens in den Ersten Weltkrieg) führten in die im letzten Jahr medienwirksam inszenierte Debatte zur Kriegsschuldfrage ein, in der versucht worden ist, Deutschland zu entlasten. Referenten und die anderen Teilnehmenden waren sich unerwartet einig in der Einschätzung, dass auf Grundlage der Quellenlage von einer deutschen Alleinverantwortung für den Krieg nicht zu sprechen, eine Hauptverantwortung der Mittelmächte aber nicht von der Hand zu weisen ist.

Bodo Ramelow ist der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit vielen Jahren eng verbunden. Im November 2010 wurde er in den Vorstand der Stiftung nach- und im Dezember 2012 wiedergewählt. Nach den Landtagswahlen in Thüringen hat Bodo Ramelow seine Vorstandstätigkeit zum 22. November 2014 niedergelegt. In besonderem Maße hat der jetzige Ministerpräsident Thüringen sich in seiner Zeit im Vorstand der Stiftung dem geplanten Neubau gewidmet – und damit auch der Durchsetzung der völligen Gleichbehandlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gegenüber allen anderen politischen Stiftungen.



Jetzt Ministerpräsident in Thüringen, zuvor im Vorstand der Stiftung: Bodo Ramelow



Straße der Pariser Kommune 8: Hier wird der Neubau der Stiftung entstehen.

BUNDESTAG BEWILLIGT BAUMITTEL FÜR DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Im 15. Jahr der Finanzierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung durch Mittel der zuständigen Bundesministerien hat der Deutsche Bundestag in der Bereinigungssitzung zum Haushalt 2014 am 5. Juni 2014 erstmalig beim Investitionstitel für die politischen Stiftungen Baumittel für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingestellt.

Vorausgegangen war ein langjähriges Ringen um die schrittweise finanzielle Gleichbehandlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Verteilungsschlüssel der politischen Stiftungen, ein Prozess, der erst 2010 weitgehend abgeschlossen war, sodass die Stiftung von den seit 1990 für Neubauten und investive Maßnahmen bereitgestellten Mitteln in Höhe von 134 Millionen Euro bislang noch gar nicht profitieren konnte. Das letzte Investitionsprogramm war 2003/04 mit einer Laufzeit von zehn Jahren in Höhe von 60 Millionen Euro beschlossen worden – allerdings ohne dabei die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bedenken, die sich bekanntlich seinerzeit auf keine Frak-

tion der ihr nahestehenden Partei im Deutschen Bundestag stützen konnte.

Deutlich anders stellte sich die Situation nach den Bundestagswahlen 2005, 2009 und 2013 dar, nachdem sich DIE LINKE dauerhaft als fünfte Kraft im Bundestag hatte etablieren und stabilisieren können, zweimal als vierstärkste Fraktion, zuletzt sogar als drittstärkste Kraft und Oppositionsführerin. Mithin zeigten auch die anderen politischen Stiftungen Aufgeschlossenheit gegenüber dem Wunsch der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach einem eigenen Stiftungsgebäude noch in der laufenden Dekade. Und es gab einen Vermerk im Haushaltsgesetz 2013, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung ab 2014 in die Baumittelfinanzierung aufzunehmen sei. Im Juni 2014 folgte der Haushaltsausschuss des Bundestages dem Ansinnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und bewilligte 20,4 Millionen Euro als Investitionssumme bis 2018, wovon vier Millionen auf das Haushaltsjahr 2014 entfielen.

Nach der Bestätigung des Haushalts durch den Bundesrat im Juli folgte am 2. Oktober das Koordinierungsgespräch Bau mit allen am Verfahren beteiligten Ministerien und Behörden. Zuwendungsseitig sind dies das Bundesministerium des Innern und das Bundesverwaltungsamt, die baufachliche Betreuung erfolgt durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Nach Prüfung und Begutachtung geht dann der Vorgang zum Bundesministerium der Finanzen, durch das die Freigabe der Mittel erfolgt. Nach Wochen intensiver Arbeit aufseiten der Antragsteller und der beteiligten Behörden erhielt die Rosa-Luxemburg-Stiftung noch rechtzeitig vor dem Jahreswechsel am 19. Dezember 2014 den ersten Zuwendungsbescheid in Höhe von vier Millionen Euro. Damit konnte sie der Grundstücksgesellschaft Straße der Pariser Kommune 8 beitreten und damit das anvisierte Grundstück auf selbiger Adresse vor dem ehemaligen Postbahnhof am Ostbahnhof für den bevorstehenden Neubau sichern. Die Grundstücksgesellschaft hatte dieses Areal, auf das sich nach mehrjähriger Vorauswahl die Standort-

suche der Rosa-Luxemburg-Stiftung fokussiert hatte, für das Bauprojekt vorgehalten.

Für das Jahr 2015 ist ein Architektenwettbewerb vorgesehen, dessen Ergebnisse einer Sondermitgliederversammlung der Stiftung vorgestellt werden sollen. 2016 soll Baubeginn sein, 2017 hoffen wir in das neue Objekt einziehen zu können, um vielleicht am 5. Mai 2018, dem 200. Geburtstag von Karl Marx, die offizielle Einweihung vornehmen zu können.

IN MEMORIAM DIETER SCHLÖNVOIGT

Am 22. Dezember 2014 verstarb unser langjähriger Kollege, Freund und Genosse Dieter Schlönvoigt im 67. Lebensjahr. Schlönvoigt war Aktivist der ersten Stunde, Motor der ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Kampf um die gesellschaftliche und politische Anerkennung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der fast ein Jahrzehnt dauerte und mit den Mitgliederversammlungen am 20. Oktober 1990 und am 16. November 1990 deren Gründungsprozess unter dem Namen «Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.» in Gang gesetzt wurde. In den 1990er Jahren arbeitete er einfallreich und unkonventionell daran, die inhaltlichen, personellen, örtlichen und finanziellen Arbeitsgrundlagen der staatlich nicht finanzierten PDS-nahen Stiftung «Gesellschaftsanalyse und politische Bildung» abzusichern. Er gehörte zu den Initiatoren des Aufbaus eines bundesweiten Netzes von Landesstiftungen und entwickelte Bildungsformate, die sowohl einem zeitgemäßen linken Bildungsverständnis als auch den konkreten Arbeitsmöglichkeiten entsprachen.

Unvergessen bleibt die Arbeit am ersten Bildungsprogramm und dessen Umsetzung durch den noch jungen unerfahrenen Verein im Zeitraum August bis Dezember 1991. Einen besonderen Höhepunkt bildete dabei die erste Großkonferenz vom 3. bis 5. Oktober 1991 mit dem Titel «Hinterm Horizont geht's weiter» im Haus am Köllnischen Park in Berlin – dem früheren Sitz der Parteihochschule der SED. Für Dieter Schlönvoigt war dies auch eine besondere Genugtuung, gerade an diesem Ort seine Ideen einer kritischen, sich emanzipierenden linken politischen Bildung vorstellen und diskutieren zu können.

Drei wechselnde Vereinsadressen, fünf schwer erkämpfte ABM-Projekte in den ersten Jahren Vereinsgeschichte sowie die bis Ende der 1990er Jahre anhaltende Weigerung, den von der PDS 1996 als parteinahe Stiftung anerkannten Verein «Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.» genauso wie die Stiftungen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien mit staatlichen Mitteln für die politische Bildung auszustatten, entmutigten Dieter Schlönvoigt nicht. Im Gegenteil: Je schwieriger die Arbeitsbedingungen für die junge Stiftung wurden, je feindseliger das gesellschaftliche und politische Umfeld, umso konsequenter verfolgte Schlönvoigt mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Verankerung der PDS-nahen Bundesstiftung in der bundesdeutschen Gesellschaft. Dabei hat Dieter Schlönvoigt das Grundverständnis der Stif-



Dieter Schlönvoigt: Mitstreiter der ersten Stunden

fung von linker und kritischer politischer Bildung als einem emanzipatorischen Prozess wesentlich mitgeprägt. Ihm war jedes Belehren fremd, politisches Lernen bestand für ihn in der Schaffung von Räumen für einen wechselseitigen Austausch, in dem «Lehrende» und Teilnehmende auf Augenhöhe zusammenarbeiten, da beide Seiten etwas zu geben und zu lernen haben.

Linke Bildung sollte sich nach Dieter Schlönvoigts Auffassung darüber hinaus durch ihre *inhaltlichen* Zielsetzungen auszeichnen und als Teil eines politischen Projekts begriffen werden, dessen Leitlinien Aufklärung, Autonomie und soziale Gerechtigkeit sind. Ihr Beitrag sollte ihm zufolge darin bestehen, bereits gemachte Erfahrungen und Wissen weiterzugeben, Kritikfähigkeit anzuregen und die Menschen zu befähigen, in politische Auseinandersetzungen erfolgreich einzugreifen. Auch handwerklich stellte er hohe Anforderungen an linke Bildung. Sie muss gut sein muss – im Idealfall besser als die der politischen Konkurrenz. Da linke Politik, insbesondere aber linke Bildungsarbeit wesentlich auf Solidarität und Selbstbestimmung zielt, können ihre Muster nicht einfach dieselben sein wie die der Kräfte, die auf Beharren ausgerichtet sind. Linke Politik muss sich sowohl im Inhalt als auch in der Form von jener unterscheiden, die von ihr kritisiert wird. Dies liegt in der Natur der Sache, wenn Ausbeutung, soziale Ungleichheit, Rassismus und Sexismus überwunden werden sollen.

.....

Dieter Schlönvoigt war kompromisslos, wenn jemand das Bildungsverständnis aufweichen wollte, das in der Stiftung aus den Erfahrungen der politischen Bildung in den verschiedenen linken Strömungen sowie in der DDR und der Wendezeit entwickelt wurde. Ein solch innovativer und streitbarer Denker wie Dieter Schlönvoigt wird uns fehlen.

.....



Flyer der Veranstaltungsreihe «Insight NSU»

EINDRÜCKE VOM NSU-PROZESS

101 Verhandlungstage waren es im vergangenen Jahr. Wer von den schließlich zugelassenen Medienvertretern zu Beginn des NSU-Prozesses im Mai 2013 noch dachte, er oder sie habe im endlosen Akkreditierungsverfahren das große Los gezogen, war sich bald darauf nicht mehr sicher, ob es nicht doch eher ein Fluch war. Als Ende 2014 der Vorsitzende Richter Manfred Götzl bekanntgab, er habe Sitzungen bis Januar 2016 terminiert, schlugen viele die Hände über dem Kopf zusammen.

Der NSU-Prozess im Jahr 2014 war über weite Strecken von fruchtlosen Befragungen meist dreist auftretender Zeuginnen und Zeugen aus der Neonazi-Szene geprägt, vom Auftritt verstockter Geheimdienstmitarbeiter und Polizeibeamter, die im Wesentlichen Aussagen von Zeugen bezeugten, die sich auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen konnten. Wäre nicht im Frühjahr die Überlebende eines Sprengstoffanschlages auf ein Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse im Januar 2001 gehört worden sowie weitere Zeugen zum sogenannten Stollendosen-Anschlag, hätte man glatt vergessen können, worum es bei dem Jahrhundertprozess eigentlich geht: nämlich um die neun rassistischen Morde des rechtsterroristischen «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU), den Mordanschlag in Heilbronn auf eine Polizistin und ihren Kollegen, der schwerverletzte einen Kopfdurchschuss überlebte, um mindestens drei Sprengstoff-beziehungsweise Nagelbombenanschläge und zahlreiche Bank- und Raubüberfälle. Eins hat sich im Laufe der zähen Verhandlung auf jeden Fall geändert: So gut wie niemand mehr geht noch von der in der Anklageschrift formulierten These der Bundesanwaltschaft aus, beim NSU habe es sich um eine «isolierte» Drei-Personen-Zelle, bestehend aus Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und der heute Hauptangeklagten Beate Zschäpe, gehandelt, die unterstützt von einer überschaubaren Gruppe von Helferinnen und Helfern durch das Land reiste und ihre brutalen Verbrechen beging. Die Rede ist heute fast unisono vom «Kerntrio», ein Begriff, der auf ein großes, möglicherweise mehrere Hundert Personen umfassendes «Netzwerk» verweist, das in die Taten des NSU involviert war. Diese Erkenntnis ist vor al-

lem der kontinuierlichen Arbeit von Projekten wie NSU-Watch (einem Bündnis aus rund einem Dutzend antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet), unabhängigen Recherchen und politischen Interventionen außerhalb des Gerichtssaals zu verdanken. Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in Bezug auf den NSU-Komplex wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. Der für das Thema Rechtsextremismus zuständige Referent Fritz Burschel ist als freier Journalist für den Prozess in München akkreditiert. Er hat 2014 Dutzende Informationsveranstaltungen bestritten und damit sowie mit zahlreichen Publikationen nicht unwesentlich zu einer Diskursverschiebung beigetragen. In einem viel beachteten Beitrag in der Fachzeitschrift «Kritische Justiz» (Heft 4/2014) verweist er auf eine zum Teil verstörende Ungleichzeitigkeit dessen, was im Gerichtssaal verhandelt wird und was sich außerhalb des Münchener Betonbunkers abspielt. So haben etwa der im August präsentierte Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Thüringen, Rechercheergebnisse unabhängiger Journalistinnen und Journalisten, engagierter Anwältinnen und Anwälte der Nebenklage und Antifa-Gruppen sowie Ereignisse wie der mysteriöse Tod des potenziellen Zeugen und wichtigen V-Mannes des Verfassungsschutzes, Thomas Richter (Deckname: Corelli), die Öffentlichkeit elektrisiert. Auf den Prozess hatte all dies jedoch so gut wie gar keine Auswirkung.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligte sich im vergangenen Jahr auch an einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel «Insight NSU», die ihr Gesprächskreis Rechts zusammen mit NSU-Watch und dem Republikanischen Anwaltsverein organisiert, unterstützt von der Berliner Humboldt-Universität, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Holtfort-Stiftung und dem Türkischen Bund Berlin. Ziel ist es, die gesellschaftliche Auseinandersetzung und Aufklärung zum NSU-Komplex zu befördern und zu erzwingen, wo man auf Blockaden stößt. Mit «Insight NSU» wird außerdem eine europäische Perspektive in das Thema Rechtsterrorismus und staatliche Verstrickung eingeführt. Im November 2014 war zum Auftakt Liz Fekete vom Londoner Institute of Race Relations zu Gast in Berlin. Erwartet werden noch Gäste aus der Türkei, Griechenland und Ungarn, die aus ihrer je nationalen Perspektive einen Blick auf die Ereignisse und Debatten in Deutschland werfen werden.

Es steht zu hoffen, dass mit den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, geplanten Neuaufgaben in Thüringen und Sachsen und möglicherweise sogar in Bayern und im Bundestag die bisher eher schleppend verlaufende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex doch noch in Gang kommen wird. Die Stiftung will auch in Zukunft darauf hinwirken, dass die Verantwortlichen den bisher weitgehend verhallten Forderungen nach ernsthaften Konsequenzen aus dem offensichtlichen Behördenversagen, dem institutionellen Rassismus und den geheimdienstlichen Verstrickungen (Kollusion) endlich nachkommen.

TREUHANDSTIFTUNGEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verwaltete im Jahr 2014 fünf unselbstständige Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von über zwei Millionen Euro. Es besteht aus Immobilien, Kunstwerken und Geldanlagen. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen werden in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sehr unterschiedliche Projekte durchgeführt, durch die sich positive Synergien ergeben.

«Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.» Unter diesem Motto fand am 27. und 28. November 2014 in der Berliner Jerusalemkirche eine Konferenz aus Anlass des 25. Jahrestages des Sonderparteitages der SED/PDS im Dezember 1989 statt. Eingeladen hatte unter anderem die Michael-Schumann-Stiftung. Sie existiert seit dem Jahr 2006. Mit ihr wird Michael Schumann gedacht, einem der profiliertesten und geachtetsten Politiker der PDS, der durch einen tragischen Verkehrsunfall Ende 2000 ums Leben kam.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Erbin des Max-Lingner-Nachlasses. Zum Erbe gehört auch das aus den 1950er Jahren stammende denkmalgeschützte Wohn- und Atelierhaus des Malers und Grafikers in Berlin-Pankow. Die Stiftung besteht seit dem Jahr 2007. Sie soll Pflege, Aufarbeitung und Verbreitung der Werke des Malers und Grafikers Max Lingner fördern und an die Künstlerinnen und Künstler des 20. Jahrhunderts erinnern, die von Emigration, Krieg und Lagerhaft betroffen waren.

Hermann Henselmann prägte mit seiner Architektur den Städtebau der DDR, zum Beispiel mit dem nach seinen Plänen gebauten «Haus des Lehrers» am Berliner Alexanderplatz. Die seinen Namen tragende Stiftung hat sich die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung zum Ziel gesetzt.

Die Harald-Breuer-Stiftung wurde im Jahr 2006 gegründet. Ihr Zweck ist die Förderung von politischer Bildung, der Wissenschaft und Forschung sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, als Beitrag zur Entfaltung des freien Denkens und des solidarischen Handelns in einem humanistischen, demokratischen und internationalistischen Geist.

Die nach dem im Jahr 2013 im Alter von 82 Jahren verstorbenen DDR-Schriftsteller Erik Neutsch benannte Stiftung wurde im Mai 2006 gegründet. Sie will Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie die internationale Verständigung und Zusammenarbeit fördern. Der künstlerische Nachlass des Stifters wird unter der Treuhänderschaft der Rosa-Luxemburg-Stiftung bewahrt und gepflegt. Der Querdenker Erik Neutsch hatte bis zu seinem Lebensende intensiv am fünften Band seines großen Romanzyklus «Der Friede im Osten» gearbeitet. Am 19. Februar 2014 wurde dieser letzte Band seines Romanzyklus im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Des Weiteren unterstützt die Erik-Neutsch-Stiftung wissenschaftliche Veranstaltungen, vergibt Forschungsmittel und fördert begabte Literaturwissenschaftlerinnen und Schriftsteller.



Einladungskarte zum 10. Hermann-Henselmann-Kolloquium

10. HERMANN-HENSELMANN-KOLLOQUIUM: URBAN AUSTERITY

Im letzten Jahr fand das Hermann-Henselmann-Kolloquium an der berühmten Bauhaus-Universität in Weimar statt. Die zweitägige Tagung (4./5. Dezember 2014) zum Thema «Urban Austerity. Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf Städte in Europa» wurde vom Institut für Europäische Urbanistik und der Hermann-Henselmann-Stiftung ausgerichtet und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung kofinanziert. Ein Schwerpunkt lag auf der Situation in Griechenland, das in den vergangenen Jahren zum Symbol für die Krise der wirtschaftlichen und politischen Architektur der Europäischen Union geworden ist. Die Konferenz lockte über 200 Interessierte aus Europa, Nordamerika und Afrika an. Sie bot die Chance, sich über die neuesten Forschungsergebnisse zu stadtpolitischen Auswirkungen der aktuellen Krisenprozesse auszutauschen. Aufgrund der vielen vorgestellten Fallstudien zu lokalen Auseinandersetzungen gegen neue Tendenzen der Prekarisierung und Exklusion in europäischen Metropolen stand zugleich auch immer wieder die Frage im Raum, ob es etwas Gemeinsames gibt, was die sozialen Kämpfe etwa in Athen, Rom, Budapest oder Berlin miteinander verbindet. Für diese Art von Vergleich boten sich vor allem die beiden Panels zur «Housing Crisis» an, denn die Wohnungsfrage hat sich bekanntlich vielerorts zu einem zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeld entwickelt. Das beste Beispiel hierfür ist Spanien, wo aus dem zivilen Ungehorsam gegen Zwangsräumungen eine Massenbewegung geworden ist. So zeigt etwa der bewegende Dokumentarfilm «Sieben Tage bei der PAH» (2014), wie das Forum der von Hypotheken Betroffenen (PAH) in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Organisationsstrukturen der linken Mobilisierung gegen die Krise in Spanien geworden ist. Auch die abschließende Keynote von Margit Mayer, Professorin für Politikwissenschaften und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zu «Urban Social Movements in Times of Austerity Politics» bezog sich vor allem auf die Ereignisse und Bewegungen in Südeuropa und analysierte die dort entstandenen linken Parteien und Bündnisse wie etwa Podemos als vielversprechende neue politische Organisationsformen.

PERSONALENTWICKLUNG

Das Jahr 2014 war stark geprägt von der Arbeit an der Umsetzung des Tarifvertrags zur erweiterten Mitbestimmung. Neue Verfahrensweisen wurden angewandt und mussten sich bewähren.

So wurden bei allen Auswahlverfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des jeweiligen Bereiches beteiligt, indem

- das jeweilige Stellenprofil gemeinsam beraten und verabschiedet wurde,
- ein bis zwei von den Bereichen benannte beziehungsweise gewählte Beschäftigte an der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und den Bewerbungsgesprächen mitwirkten und
- die Entscheidung über die Besetzung der relevanten Stelle drittelparitätisch – Geschäftsführung/Bereichsleitung/ Beschäftigte – gefällt wurde.

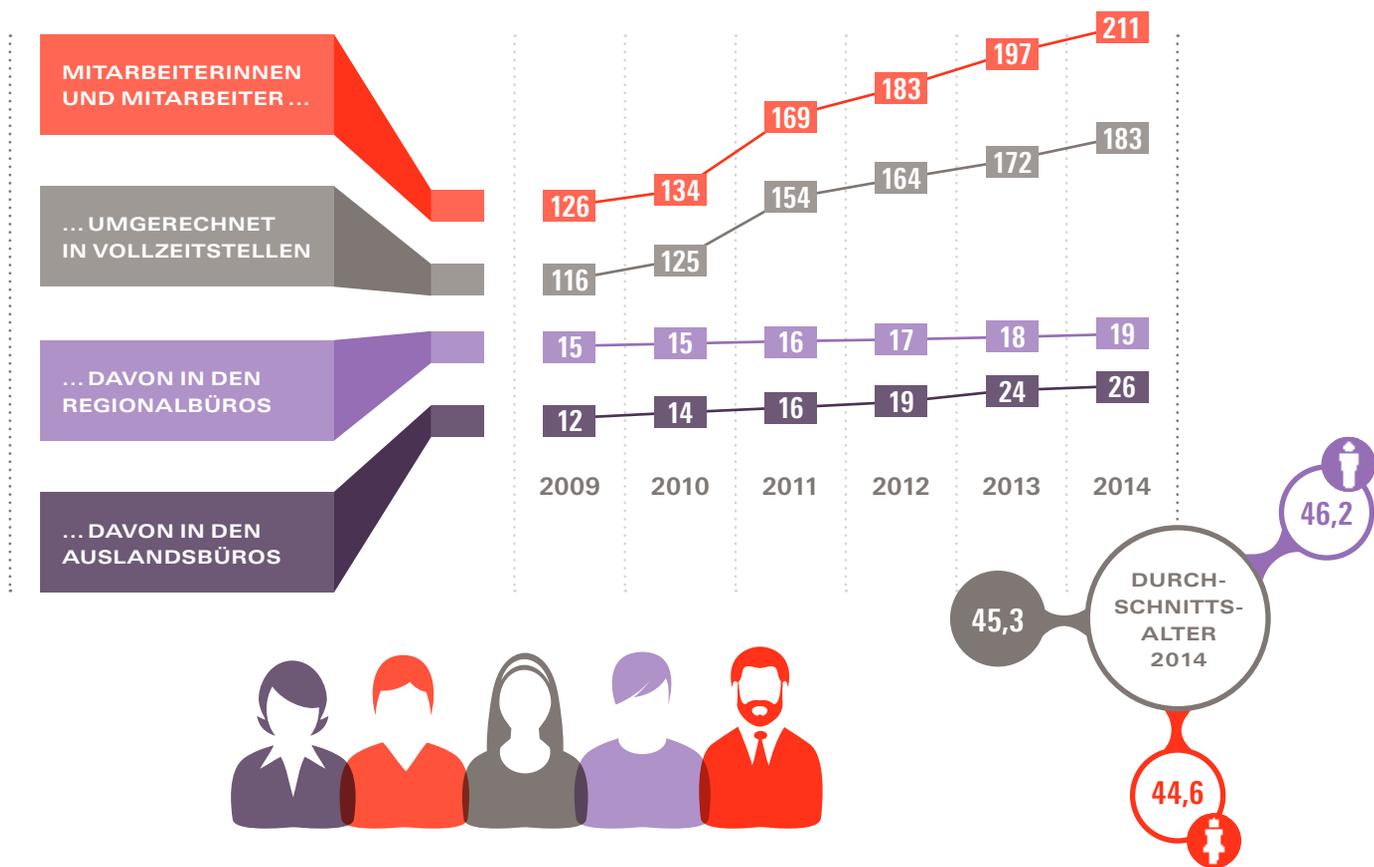
In den meisten Fällen konnte ein Konsens erzielt werden.

Auch bei der Besetzung von drei Leitungsstellen kam der Tarifvertrag zur Anwendung. Die Anforderungen an diese Stellen wurden mit den entsprechenden Bereichen unter Beteiligung des Betriebsrats diskutiert und ergänzt. Die gemeinsam akzeptierten Anforderungen wurden bei den Kriterien der Ausschreibung und den Auswahlgesprächen berücksichtigt. Die Bereichssitzung bestimmte bis zu zwei Beschäftigte, die für den Bereich in die Auswahlkommission entsandt wurden. Nach der Entscheidung durch den Vorstand zur Berufung der neuen Leitung erfolgte dann abschließend die Befragung der Beschäftigten des jeweiligen Bereiches, ob sie dem Ergebnis zustimmen. In allen drei Fällen haben sie sich klar dafür ausgesprochen; die Zustimmung lag zwischen knapp 90 und 100 Prozent.

Darüber hinaus haben sich die Leiterinnen und Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam auf ein Leitbild verständigt, in dem es heißt: «Wir fühlen uns als Leiterinnen und Leiter den Werten und Aufgaben, wie sie in der Satzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung formuliert sind, verpflichtet. Leitung hat für uns das Ziel, diese Werte und Aufgaben in Deutschland, in Europa sowie global zu befördern – kooperativ mit der uns nahestehenden Partei DIE LINKE (bei gleichzeitiger Einhaltung der gebotenen Distanz!), mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft.» Das Leitbild benennt fünf Aufgaben, die gute Leitung charakterisieren:

- Die Arbeitsfähigkeit aller sichern.
- Für ein produktives Arbeitsklima sorgen und Motivation befördern.
- Eine gute Kommunikation gewährleisten.
- Konfliktfähigkeit fördern und Konflikte bearbeiten.
- Leiten gemeinsam lernen.

Die ersten großen Schritte bei der Umsetzung des Tarifvertrags zur erweiterten Mitbestimmung sind gegangen, es steht jedoch noch viel Arbeit an ...



Anteilige Zusammensetzung:	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Mitarbeiterinnen	54%	55%	51%	56%	55%	56%
Mitarbeiter	46%	45%	49%	44%	45%	44%
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund			11%	15%	14%	15%
unbefristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	82%	84%	81%	80%	77%	76%
TZ-Beschäftigte	9%	22%	17%	20%	23%	24%
in Elternzeit			2%	3%	3%	3%
Auszubildende, Trainees und begleitende Masterstudierende			2%	3%	4%	3%
in Passivphase der Altersteilzeit						1%

Zur Belegschaft gehören ebenfalls:	2009	2010	2011	2012	2013	2014
geringfügig Beschäftigte ¹	6	8	12	7	7	7
Praktikantinnen und Praktikanten ²	11	22	34	35	37	36

1 Entsprechend Betriebsvereinbarung, Orientierung am TVöD

2 In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.

GREMIEN

WACHSENDE BEDEUTUNG UND VERANTWORTUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ZUFRIEDENHEIT AUF DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Im Regelfall kommen die Mitglieder des Trägervereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal im Jahr zusammen, um über die Rahmenbedingungen für die politische Bildungsarbeit ihrer Einrichtung zu diskutieren. Sie sind gemeinsam der Souverän, der über die inhaltliche Schwerpunktsetzung und somit das Gesamtprofil in letzter Instanz entscheidet. Auch deshalb betonte die Vorstandsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann am 22. November 2014 in ihrem Bericht an die Mitgliederversammlung, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung wahrscheinlich der größte linke Träger politischer Bildungsarbeit in Europa sei.

Und damit nicht genug: «Die Bedeutung der Stiftung wächst», hob Dagmar Enkelmann hervor und verwies auf die Eröffnung des nunmehr 17. Auslandsbüros der Stiftung in Tunis. Wie wichtig die Ergebnisse der Arbeit in anderen Ländern auch für die Inlandsarbeit sind, zeige sich bei Fragen von Energiedemokratie, Ressourcenpolitik und Klimagerechtigkeit, die eben nicht auf die Bundesrepublik zu begrenzen seien. Die aktive Rolle der Stiftung bei der Vernetzung linker Verlage ist ebenfalls ein Beleg für ihre wachsende Bedeutung.

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung standen auch die Nachwahl von fünf Vorstandsmitgliedern (siehe übernächste Seite) und die Aufnahme weiterer Mitglieder in den Trägerverein. Einstimmig aufgenommen wurden Dr. Carolin Butterwegge (Universität Köln), Dr. Stefanie Graefe (Arbeitsbereich Vergleichende Gesellschaftsanalyse an der Universität Jena), Dr. Barbara Höll (Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Queer der LINKEN), Dr. Steffen Lehndorff (Research Fellow in der Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen), Monika Lent-Öztürk (Mitarbeiterin im International Office der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Stefan Nadolny (Mitarbeiter Peter-Weiss-Haus Rosstock), Dr. Detlef Nakath (Geschäftsführer der Landesstiftung Brandenburg) und Jan van Aken (MdB, DIE LINKE).

Kontroverser verlief die Debatte zum geplanten Stiftungsneubau, in dessen Planung die Mitglieder in Zukunft besser eingebunden werden sollen. So wurde beispielsweise eine Feedback-Gruppe ins Leben gerufen, die als politisch-kulturelles Beratungsgremium fungieren soll, und eine Sondermitgliederversammlung zur Bewertung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs beschlossen.

Grundsätzlich bewertete die Mitgliederversammlung es als großen politischen Erfolg, dass es gelungen ist, Baumittel zu erhalten und am Standort des Postbahnhofgeländes bauen zu können.



Urnengang: Bei der Mitgliederversammlung des Trägervereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 22. November 2014 standen zahlreiche Entscheidungen an.

MITGLIEDER DER ROSA- LUXEMBURG- STIFTUNG

Jan van Aken
Ali Al Dailami
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Peter Bathke
Prof. Dr. Günter Benser
Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Brand
Dr. André Brie
Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
Sandra Brunner
Christine Buchholz
Prof. Dr. Michael Buckmiller
Dr. Carolin Butterwegge
Gerda Daenecke
Sevim Dagdelen
Daniela Dahn
Birgit Daiber
Prof. Dr. Frank Deppe
Richard Detje
Ulrike Detjen
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Ilsegrit Fink
Dr. Thomas Flierl
Claudia Gohde

Dr. Stefanie Graefe
Dr. Bärbel Grygier
Dr. Gregor Gysi
Thomas Händel
Karl-Heinz Heinemann
Heiko Hilker
Heinz Hillebrand
Prof. Dr. Benjamin-
Immanuel Hoff
Dr. Gerd-Rüdiger
Hoffmann
Dr. Barbara Höll
Klaus Höpcke
Dr. Steffen Hultsch
Dr. Gerda Jasper
Dr. Lukrezia Jochimsen
Kerstin Kaiser
Prof. Dr. Mario Keßler
Katja Kipping
Prof. Dr. Dieter Klein
Dr. Thomas Klein
Jan Korte
Prof. Dr. Kurt Krumbach
Marian Krüger
Prof. Dr. Hans-Jürgen
Krysmanski
Prof. Ingrid Kurz
Oskar Lafontaine
Caren Lay
Dr. Klaus Lederer

Dr. Steffen Lehndorff
Sabine Leidig
Monika Lent-Öztürk
Dr. Gesine Lötzsch
Prof. Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Dr. Helmuth Markov
Ulrich Maurer
Prof. Dr. Margit Mayer
Dr. Hans Modrow
Cornelia Möhring
Margret Mönig-Raane
Dr. Edgar Most
Stefan Nadolny
Dr. Detlef Nakath
Prof. Dr. Manfred Neuhaus
Helga Nowak
Gabi Ohler
Petra Pau
Prof. Dr. Kurt Pätzold
Dr. Harald Pätzold
Prof. Dr. Dörte Putensen
Peeter Raane
Bodo Ramelow
Jürgen Reents
Dr. Sabine Reiner
Prof. Dr. Rolf Reißig
Bernd Riexinger
Prof. Dr. Rainer Rilling

Prof. Dr. Jörg Roesler
Prof. Dr. Werner Ruf
Dr. Bernd Rump
Dr. Monika Runge
Bosiljka Schedlich
Dr. Birgit Schliwenz
Fritz Schmalzbauer
Horst Schmitthenner
Christiane Schneider
Dr. Ursula Schröter
Dr. Karin Schüttpelz
Dr. Reinhard Semmel-
mann
Kathrin Senger-Schäfer
Dr. Petra Sitte
Dr. Wolfgang Spickermann
Prof. Dr. Susanne Spindler
Sybille Stamm
Regina Stosch
Gabriele Gün Tank
Heinz Vietze
Vera Vordenbäumen
Dr. Sahra Wagenknecht
Dr. Jochen Weichold
Dr. Florian Weis
Dr. Dietmar Wittich
Janine Wissler
Dr. Ulrich Wolf
Ulrike Zerhau
Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bayern – Kurt-Eisner-
Verein
Helle Panke e. V. – Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V.
Rosa-Luxemburg-
Initiative e. V., Bremen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hamburg
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hessen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e. V.
Peter-Imandt-Gesellschaft,
Saarland
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig-Holstein
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e. V.

EHREN- MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans
Prof. Dr. Reinhard Mocek

RUHENDE MITGLIEDERSCHAFT

Marwa Al-Radwany
Dr. Lutz Brangsch
Prof. Dr. Michael Brie
Dr. Mario Candeias
Wenke Christoph
Prof. Dr. Alex Demirović
Dr. Cornelia Domaschke
Dr. Stefanie Ehmsen
Florian Höllen
Kadriye Karci
Dirk Rumpf
Norbert Schepers
Dr. Jörn Schütrumpf
Dr. Marion Schütrumpf
Dr. Evelin Wittich
Fanny Zeise

Stand: Mai 2015

**MITGLIEDER
DES VORSTANDES**

DR. DAGMAR ENKELMANN

HEINZ HILLEBRAND

Stand: März 2015

JAN KORTE

DR. FLORIAN WEIS

SYBILLE STAMM

ULRIKE DETJEN

THOMAS HÄNDEL

GABRIELE GÜN TANK

PROF. DR. DÖRTE PUTENSEN

DR. SABINE REINER

KERSTIN KAISER

PROF. DR. RAINER RILLING

DR. DETLEF NAKATH

PEETER RAANE

NEUE GESICHTER IM VORSTAND

Das jährliche Pensum des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist für ein ehrenamtlich arbeitendes Gremium sehr intensiv. Insgesamt trafen sich die 12 beziehungsweise 14 Mitglieder dieses Gremiums im zurückliegenden Jahr gleich neunmal. Drei der Sitzungen waren mehrtägig und hatten Klausurcharakter. Blickt man in die Satzung der Stiftung, so scheint der Aufwand gerechtfertigt, denn dem ehrenamtlichen Gremium obliegen alle Aufgaben im Kontext der Stiftungs- und Vereinstätigkeit, sofern sie nicht explizit anderen Strukturen zugeordnet werden. Dieser Verantwortung sind sich die Vorstandsmitglieder bewusst.

Nachdem im Jahr 2013 eine neue Geschäftsordnung ausgearbeitet worden war, die auch die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Ebenen der Stiftung schärfen sollte, standen im Berichtsjahr 2014 weitere Ergänzungen an. Nach wie vor sieht sich der Stiftungsvorstand, in dem Dr. Dagmar Enkelmann seit 2012 den Vorsitz führt, als Steuerungsinstanz, die gleichzeitig auch als Impulsgeber fungieren soll. Die stetige Einbindung in Fragen der inhaltlichen Planung sowie der Schwerpunktsetzung ist deshalb intensiviert worden.

Einen starken Fokus legte der Vorstand zudem auf die Entscheidungsfindung im Kontext der internationalen Arbeit

der Stiftung. Hier ging es nicht nur um die thematische Ausrichtung einzelner Auslandsregionalbüros, sondern auch um die Auswahl des leitenden Personals. Die Büroleitungen repräsentieren mit ihrem Handeln schließlich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Regionen der Welt. Verstärkt haben die Vorstandsmitglieder auch deshalb ihre Mitwirkung in Projektgruppen und Arbeitskreisen. Das wird im Jahr 2015 ein zentraler Ansatz der Vorstandsarbeit bleiben.

Mit der Mitgliederversammlung Ende November 2014 hat sich das Gesicht des Vorstandes verändert. Nachdem mit Marwa Al-Radwany und Prof. Dr. Alex Demirović bereits in der ersten Jahreshälfte zwei Vorstandsmitglieder ausgeschieden waren, weil sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung wurden, traten zur Mitgliederversammlung auch Dr. Petra Sitte, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Bodo Ramelow, seit dem 5. Dezember 2014 Ministerpräsident in Thüringen, und Prof. Dr. Frank Deppe aus zeitlichen Gründen von ihren Vorstandsfunktionen zurück. Alle bleiben sie jedoch in der Stiftung aktiv. Neu in den Vorstand wählten die Mitglieder der Stiftung schließlich Prof. Dr. Dörte Putensen, Gabriele Gün Tank, Dr. Detlef Nakath, Jan Korte und Prof. Dr. Rainer Rilling.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Der Wissenschaftliche Beirat ist auch 2014 gemäß seinem Selbstverständnis, sich mit seiner Expertise aktiv und mit konkreten Vorhaben inhaltlich in die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung einzubringen, tätig gewesen. Er hat zweimal in Berlin getagt und eine zweitägige Klausur in Wittenberg durchgeführt. Schwerpunkte seiner Arbeit waren:

- die Weiterführung der Diskussion zu Kooperativen Arbeitsvorhaben (KAV) und Themenachsen (TA),
- die Beteiligung an wissenschaftlichen Vorhaben der Stiftung,
- die (erneute) Verständigung über Aufgaben und Arbeitsweise des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung.

Der Beirat diskutierte mit den jeweiligen Verantwortlichen den Stand des KAV «Re-Organisation der pluralen Linken», des KAV «Europa» sowie der TA «Demokratie und Gleichheit». Alle drei Vorhaben wurden hinsichtlich ihrer Themenstellung und grundsätzlichen Anlage positiv bewertet, auch wenn es kritische Anregungen für die weitere Präzisierung der Projekte gab. Drei Beiratsmitglieder arbeiten im KAV «Europa» beziehungsweise im Gesprächskreis (GK) Parteien/soziale Bewegungen mit.

Der Beirat hat sich mit seiner wissenschaftlichen Expertise auch an der Auseinandersetzung mit dem Transformations-

begriff in Vorbereitung der 3. Transformationskonferenz sowie aktiv an der Konferenz durch Eröffnungsvortrag und Gestaltung eines Workshops beteiligt.

Mitglieder des Beirats gehören der Auswahlkommission des Studienwerks sowie den Jurys für den Jörg-Huffschmid-Preis und den Hans-und-Lea-Grundig-Preis an. Der Beirat erarbeitet gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) Vorschläge für die Vergabe von Fellowships.

Als ein Ergebnis seiner Selbstverständigungsdebatte auf der Klausurtagung und eines Gesprächs mit dem Vorstand hat der Beirat im Sommer ein Papier zu (künftigen) Aufgaben und seiner Arbeitsweise erstellt, das – vom Vorstand auf seiner Oktobersitzung zustimmend zur Kenntnis genommen – auf der Sitzung des Beirats am 14. November leicht überarbeitet und verabschiedet wurde. Entsprechend seiner zentralen Aufgabe, mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz die Arbeit der Stiftung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildung und Politik zu begleiten, hat der Beirat beschlossen, sich 2015 vor allem aktiv am Forschungskolloquium zur kritischen Transformationsforschung im September sowie an der weiteren Qualifizierung der Themenachsen beziehungsweise KAV zu beteiligen. Rainer Rilling ist nach seiner Wahl in den Vorstand der Stiftung satzungsgemäß aus dem Beirat ausgeschieden.

**MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Stand: 15. März 2015

Prof. Dr. Irene Dölling: Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, geb. 1942, Professorin em. für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Persönlichkeitstheorie, Kulturtheorie, Soziologie der Geschlechterverhältnisse, Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Prof. Jörg Hafkemeyer: geb. 1947, Journalist und Filmemacher, Honorarprofessor für Kulturjournalismus an der Berliner Universität der Künste und Gastdozent für Fernsehdokumentation und -reportagen an der Berliner Journalistenschule, bildet beim Schweizer Rundfunk und im Deutschlandradio Kultur Reporter und Moderatoren aus, arbeitet für die ARD, Deutschlandradio Kultur sowie für verschiedene Zeitschriften (u. a. *Cicero*).

Prof. Dr. Frigga Haug: geb. 1937, Professorin em. für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Vorsitzende des Instituts für kritische Theorie (InkriT), Mitherausgeberin der Zeitschrift *Das Argument* und des «Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus», Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Arbeitsschwerpunkte: marxistisch-feministische Theorie, Arbeit, eingreifende Sozialforschung.

Dr. Stefanie Hürtgen: geb. 1970, Politikwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, Gewerkschaftstheorie, Europa- und Transformationsforschung.

Prof. Dr. Michael Krätke: geb. 1949, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for Advanced Studies, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. SPW) und Buchreihen (Historical Materialism). Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus, Antikapitalismus.

Dr. Rainer Land: geb. 1952, Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter am Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., Mitbegründer des Netzwerks Ostdeutschlandforschung und korrespondierendes Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Sozialökonomie, Evolutionstheorie, ökologische Modernisierung und Transformationsforschung.

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf: geb. 1950, Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Mitglied der wissenschaftlichen Beiräte von Attac, Deutscher Stiftung Friedensforschung (DSF) und Forschungs- und Beratungsstelle der Arbeit Wien. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung, europäische Integration, informelle Ökonomie und industrielle Beziehungen.

Dr. Ingo Matuschek: geb. 1961, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projekts «Externe Flexibilität und interne Stabilität im Wertschöpfungs-system Automobil» (EFIS) an der Universität Jena und Mitglied des Instituts Arbeit und Gesellschaft (INAG) in Chemnitz. Arbeitsschwerpunkte: Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit, qualitative Methoden, politisches Handeln in Alltagsmilieus.

Prof. Dr. Margit Mayer: geb. 1949, Professorin für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik, soziale Bewegungen.

Prof. Dr. Birgit Sauer: geb. 1957, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus.

Dr. Sylka Scholz: geb. 1964, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Dresden, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift *Frauenforschung und Geschlechterstudien*. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterverhältnis in Ostdeutschland und Osteuropa, Männlichkeitsforschung, Medien und Politik, qualitative Methoden.

Dr. Thomas Seibert: stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, geb. 1957, Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von medico international, Aktivist bei der Interventionistischen Linken (IL) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne. Arbeitsschwerpunkt: Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

Dr. Michael Thomas: geb. 1951, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Technik und Gesellschaft sowie am Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), Kuratoriumsmitglied im BMBF-Programm betrieblicher Weiterbildungsforschung, Koordinator des Netzwerks Ostdeutschlandforschung. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Regionalentwicklung, regionale Beschäftigung und Lernkulturen.

Dr. Axel Troost: geb. 1954, Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE, Mitglied des deutschen Bundestages, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Finanzausschuss.

Prof. Dr. Susanne Völker: geb. 1964, Universitätsprofessorin für Methoden der Bildungs- und Sozialforschung unter besonderer Berücksichtigung der Genderforschung an der Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Methoden und Methodologien qualitativer Sozialforschung, gesellschaftliche Transformationsprozesse und soziale Ungleichheiten, Wandel der (Erwerbs-)Arbeit und der Geschlechterarrangements.

MODERNE DIALOGFOREN

GESPRÄCHSKREISE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Assoziationen zum Begriff Gesprächskreis sind sicherlich recht vielfältig, was dieser Einrichtung im engen Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch gerecht wird. Etwa 2007 begann man, ehrenamtlich arbeitende Strukturen, die unter dem Dach der Stiftung tätig waren und sich mit einem übergeordneten Themenfeld beschäftigten, unter dem Begriff Gesprächskreis zu subsumieren. Damit verbunden war auch ein gewisses Ordnungsprinzip und somit eine Systematisierung der inhaltlichen Arbeit. Dieser Prozess wurde sukzessiv ausgestaltet und hat dazu beigetragen, dass Gesprächskreise mittlerweile eine «Markenbezeichnung» in der Stiftung sind.

Obgleich Arbeitsweisen und Arbeitsmethoden sehr unterschiedlich sind, verfolgen die Gesprächskreise allesamt dreierlei Ziele. Sie sollen die Arbeit der Stiftung inhaltlich un-

terstützen; sie sollen mit ihrem weitestgehend halböffentlichen Charakter die Möglichkeit des geschützten Austausches zu politischen Sachfragen ermöglichen, und sie sollen dabei helfen, Expertinnen und Experten mit ganz unterschiedlichen Hintergründen in die Stiftungsarbeit einzubinden. Von besonderer Aktualität geprägt war 2014 die Arbeit des Gesprächskreises Migration. Dieser Arbeitszusammenhang diskutiert nicht nur – wie die Bezeichnung vermuten lässt – migrationspolitische Fragen, sondern rückt auch das Thema Rassismus in den Fokus. In diesem Zusammenhang gelang es durch die Einbindung einer Referentin von der Sinti- und Roma-Frauen-Initiative «Ini Rromnja», das gemeinsame Ausstellungsprojekt «Roma und Sinti nicht im OUT» vorzustellen sowie davon ausgehend weitere gemeinsame Projekte zu planen. Zuvor hatten die Gesprächskreismitglieder schon die Themenkomplexe Menschenhandel und Zwangsprostitution diskutiert, die immer auch unmittelbar migrationspolitische Fragestellungen berühren.

GESPRÄCHSKREISE

Stand: Januar 2015

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch, Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

BILDUNGSPOLITIK

Marcus Hawel (hawel@rosalux.de)

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (bussemer@rosalux.de)

FRAUEN UND POLITIK

Eva Schäfer (schaefer@rosalux.de)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Erhard Crome (crome@rosalux.de)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (huettner@rosalux.de)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke (domaschke@rosalux.de)

GEWERKSCHAFTEN

Florian Wilde (wilde@rosalux.de),

Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girnus, Klaus Meier (meier@rosalux.de)

KULTUR

Michaela Klingberg (klingberg@rosalux.de)

LÄNDLICHER RAUM

Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

LEBENSZEIT - ARBEITSZEIT

Rosalind Honig, Axel Krumrey (krumrey@rosalux.de)

LINKE UND RELIGION (IN PLANUNG)

N.N.

MIGRATION

Koray Yilmaz-Günay (yilmaz-guenay@rosalux.de)

NACHHALTIGKEIT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Cornelia Hildebrandt (hildebrandt@rosalux.de), Harald Pätzolt

POLITISCHE BILDUNG

Stefan Kalmring (kalmring@rosalux.de)

RECHTS

Friedrich Burschel (burschel@rosalux.de)

SOZIALE UNGLEICHHEIT

Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de)

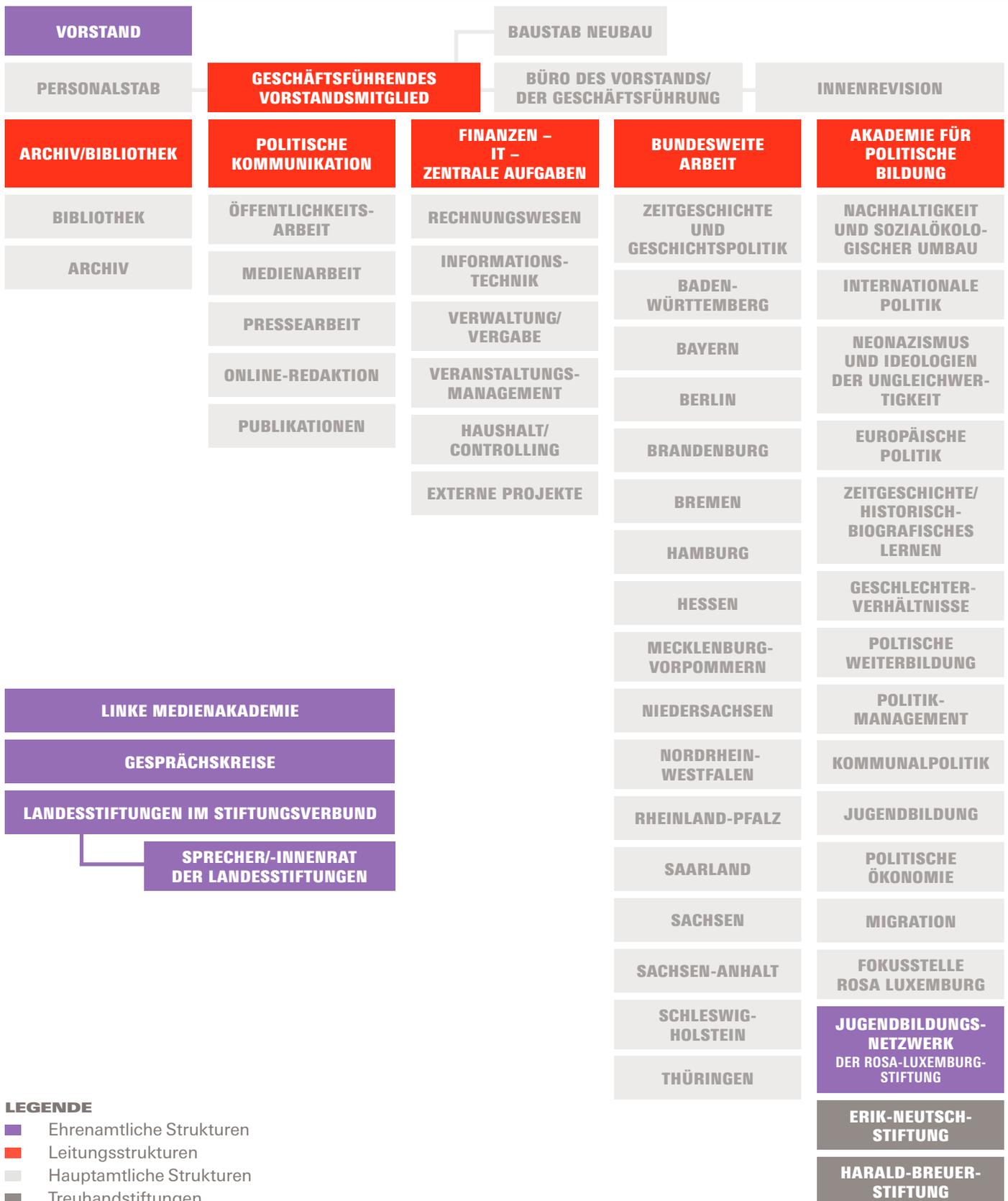
STADTPOLITIK

Katharina Weise (weise@rosalux.de)

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mario Candeias (candeias@rosalux.de), Antonella Muzzupappa (muzzupappa@rosalux.de), Sabina Reiner

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

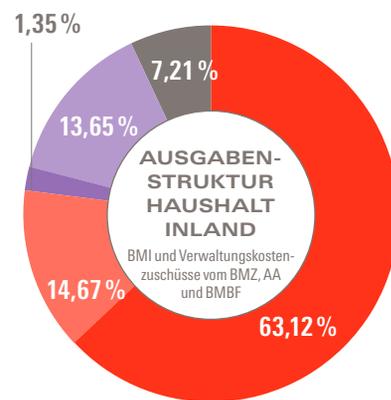
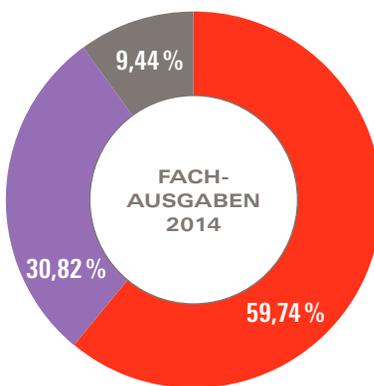
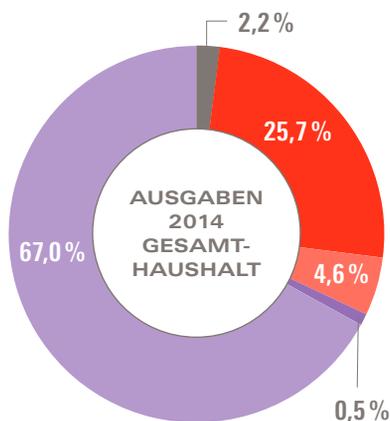
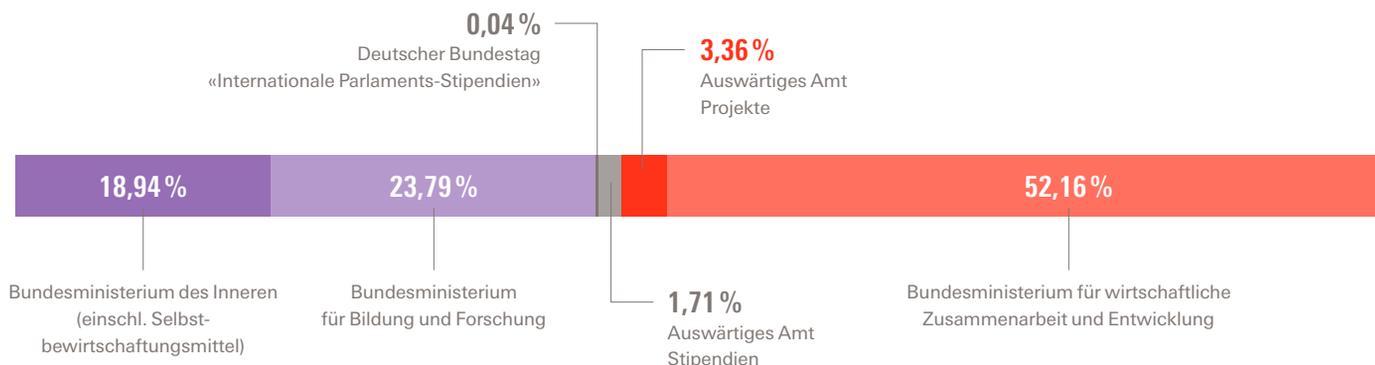
Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 48,3 Millionen Euro im Jahr 2014. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln

ZUWENDUNGEN 2014



- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen

- Auslandsprojekte
- Studenten- und Promovendenbetreuung
- Politische Bildung Inland

- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen

können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch neun Landesvereine genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische

Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2013 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2013

Aktiva	31.12.2013 in Euro	31.12.2012 in Euro
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
Markenrechte	5.000,00	5.000,00
EDV-Software	47.795,83	32.858,74
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	795.063,43	817.450,08
Summe Anlagevermögen	847.859,26	855.308,82
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Forderung aus Selbstbewirtschaftung gegen BMI	367.185,00	367.185,00
II Forderung aus Zuwendungen	0,00	140.000,00
III Sonstige Vermögensgegenstände	135.291,09	83.814,83
Summe Forderungen	502.476,09	590.999,83
C Liquide Mittel		
Summe liquide Mittel	2.311.068,33	3.502.088,03
D Aktive Rechnungsabgrenzung	1.103,72	1.454,16
Summe	3.662.507,40	4.949.850,84

Passiva	31.12.2013 in Euro	31.12.2012 in Euro
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	684.341,65	1.057.231,80
II Überschuss/Fehlbetrag	801.656,42	-312.070,44
III Rücklagen	60.819,71	60.819,71
Summe Reinvermögen	1.546.817,78	745.161,36
B Sonderposten aus Zuwendungen	847.859,26	855.308,82
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	306.386,30	127.876,58
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	640.045,54	1.112.778,31
II Sonstige Verbindlichkeiten	39.626,07	33.435,53
Summe Verbindlichkeiten	679.671,61	1.146.213,84
E Passive Rechnungsabgrenzung	281.772,45	2.075.290,24
Summe	3.662.507,40	4.949.850,84

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2013

		2013 in Euro	2012 in Euro
I	Erträge	46.565.609,91	43.279.715,72
1	Zuwendungen des Bundes	46.449.010,26	42.890.030,18
2	Spenden	6.962,04	4.831,40
3	Mitgliedsbeiträge	15.145,72	11.848,22
4	Sonstige Einnahmen	94.491,89	373.005,92
5	Erlösschmälerungen		
II	Aufwendungen	-45.763.953,49	-42.039.250,17
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-31.939.328,44	-30.231.371,97
	Tagungen und Seminare	-840.654,62	-850.085,76
	Veröffentlichungen	-571.027,87	-630.222,55
	Forschungsprojekte	-240.605,36	-488.128,47
	Weiterleitung von Globalmitteln	-916.611,29	-916.703,16
	Förderung von Studierenden und Graduierten	-9.236.914,86	-7.365.022,80
	Internationale Zusammenarbeit	-19.625.770,21	-19.379.354,66
	Sonstiges	-507.744,23	-601.854,57
2	Personalausgaben	-11.445.510,00	-10.624.589,82
	Löhne und Gehälter	-9.430.192,34	-9.175.397,34
	Soziale Abgaben	-2.015.317,66	-1.449.192,48
3	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.085.515,92	-974.632,82
	Geschäftsbedarf	-322.477,67	-314.229,41
	Sonstige sächlichen Verwaltungsausgaben	-1.763.038,25	-660.403,41
4	Investitionen	-293.599,13	-208.655,56
III	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	801.656,42	1.240.465,55

EINNAHMEN IM JAHR 2014 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	48.420.769,21
1	Zuwendungen	48.284.774,13
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	9.144.101,00
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	11.487.906,09
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	17.458,47
	Auswärtiges Amt Stipendien	823.350,00
	Auswärtiges Amt Projekte	1.624.500,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	25.187.458,57
2	Spenden	8.892,63
3	Mitgliedsbeiträge	15.090,00
4	Sonstige Einnahmen	140.375,92
5	Erlösschmälerungen	-28.363,47

AUSGABEN IM JAHR 2014 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-48.269.724,21
1	Personalkosten	-12.400.887,84
	davon Personalkosten Inland	-9.330.172,14
a)	Löhne und Gehälter	-10.342.946,98
b)	Soziale Abgaben und Sonstiges	-2.057.940,86
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.206.590,91
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-389.775,56
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-224.877,31
	Agenturhonorare	-42.840,00
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-17.367,34
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-37.082,79
	Gerätemieten	-51.106,61
	Werkzeuge und Kleingeräte	-11.645,58
	Bücher/Lehrmittel	-4.855,93
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	0,00
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-1.816.815,35
	Raummiete und Raumkosten	-746.877,82
	Reinigung	-15.422,77
	Instandhaltung betr. Räume	-7.304,17
	Versicherungen	-5.226,15
	Beiträge und sonstige Abgaben	-49.461,98
	Fremdarbeiten/Werkverträge/Verwaltung	-242.684,13
	Reparaturen und Instandhaltung technischer Anlagen	0,00
	Werbung/Annoncen	-52.047,78
	Kosten Repräsentation	-21.341,15
	Bewirtungskosten	-1.273,50
	Reisekosten	-161.651,66
	Fremdfahrzeuge	-1.603,68
	Kurierdienst	-6.085,12
	Fortbildungskosten	-102.656,28
	Porto/Telefon/Internetkosten	-113.637,57
	Zeitschriften/Bücher/Medien	-41.428,00
	Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfer/Buchführung	-67.635,63
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-10.198,32
	Sonstige Steuern	0,00
	Übrige Aufwendungen	-170.279,64
3	Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen	-241.911,75
4	Fachausgaben	-32.354.508,84
	Tagungen und Seminare	-809.605,73
	Veröffentlichungen	-493.997,29
	Forschungsaufträge	-316.521,47
	Sonstige Fachausgaben	-245.479,13

Auslandsprojekte	-19.963.530,47
Studenten- und Promovendenbetreuung	-10.301.712,19
Studienförderung Inland	-9.588.299,79
Studienförderung Ausland	-697.553,97
Internationale Parlamentspraktika	-15.858,43
Ideelle Förderung Stipendiaten	-223.662,56
5 Globalmittel an Dritte	-1.065.824,87

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2014 wurden an folgende Vereine und Stiftungen Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet: ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V. ■ Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern ■ «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V. ■ Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V. ■ Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. ■ Max-Lingner-Stiftung ■ Michael-Schumann-Stiftung

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2015 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	11.260.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	11.500.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	17.500,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	24.174.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	5.235.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	848.360,00

Ausgaben (Auszug)

Personalkosten	-13.700.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.750.000,00
dar. Investitionen	-320.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-36.230.000,00
dar. Bildungsprogramm	-4.700.000,00
dar. Stipendien	-9.600.000,00
dar. Projekte internationaler Zusammenarbeit	-21.930.000,00

BILDNACHWEISE

Umschlag: Flüchtlingsdrama im Mittelmeer – ein Hubschrauber der spanischen Küstenwache über einem Floß mit Flüchtlingen zwischen Marokko und Spanien. (Foto: Gregg Brekke/123RF)

Fotos Innenteil:

S. 5: Christiane Brinkmann
S. 7: Christian Ditsch, Christian-Ditsch.de
S. 8: Michaela, <https://flic.kr/p/mkrNgX>, CC BY-NC-ND 2.0
S. 10: PM Cheung
S. 12: Dominik Berg
S. 13: Bastian, <https://flic.kr/p/kTJH1>, CC BY-NC-ND 2.0
S. 15: Patrick Stary
S. 16: Johannes Schulten, Journalistenbüro work in progress
S. 18: Peter Ostholt
S. 19: Patrick Stary
S. 21: Jakob Huber/ECI Stop TTIP, <https://flic.kr/p/pC1JDx>, CC BY-NC 2.0
S. 22: Gunilla Palmstierna-Weiss
S. 26: www.bloch-blog.de (links)
S. 26: Deutsches Historisches Museum, Berlin (rechts)
S. 27 Fabian Kunow (links)
S. 27: Daniel Klaucke (rechts)
S. 28: Bundeswehr, <https://flic.kr/p/epu6b9>, CC BY-ND 2.0 (links)
S. 28: Ted Eytan, <https://flic.kr/p/i7R7bU>, CC BY-SA 2.0 (rechts)
S. 29: Caruso Pinguin, <https://flic.kr/p/oXdFFX>, CC BY-SA 2.0 (links)
S. 29: Bundesarchiv Bild 183-C0627-0010-005/Friedrich Gahlbeck
S. 30: Katja Herzberg (links)
S. 30: Hans-Dieter Hey, r-mediabase.eu (rechts)
S. 31: Karl Dietz Verlag Berlin
S. 31: Jürgen Michel (rechts)
S. 32: Miala, <https://flic.kr/p/hcWP>, CC BY-SA 2.0 (links)
S. 32: Michael Rennecke, <https://flic.kr/p/eESckE>, CC BY 2.0 (rechts)
S. 33 Ulrich Schippels (links)
S. 33: Matthias Weiß/Offene Arbeit Erfurt (rechts)
S. 35: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 37: Lucas Wirl
S. 42: Jörg Wagner
S. 45–49: Wolfgang Reinke
S. 52: PM Cheung
S. 53: picture alliance/Roland Schlager/APA
S. 57: Martha Dörfler
S. 58: Anja Kessler
S. 61: Martha Dörfler
S. 63: National Archives photo no. 28-0816M
S. 64: Christiane Brinkmann
S. 65: privat
S. 66: MediaService
S. 67: umbra-dor
S. 71: Peter Ostholt

Infografiken: Heike Schmelter, MediaService GmbH Druck und Kommunikation, unter Verwendung von Illustrationen von Freepik.com (S. 51, 69)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Beck
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Dezember 2014.

**«Doch auch ein König kann
seinen Gast nicht höher ehren, als
daß er ihm Sonne, Mond und
die ganze grüne Pracht der Erde
zu Füßen legt.»**

ROSA LUXEMBURG